



# ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



# Schreckensbilanz

Die Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition

Nötig: Ein Rüstungsexportkontrollgesetz

*20 Jahre Kriegspolitik von Bundeswehr und Nato sind gescheitert*

*Jürgen Grässlin: Nato-Waffen in Taliban-Hand*

*Markus Hornberger: Wählen reicht nicht!*

*Lobbyarbeit der DFG-VK*

## Adressen

### DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711 - 65296246  
E-Mail [verwaltung@dfg-vk.de](mailto:verwaltung@dfg-vk.de)  
E-Mail [shop@dfg-vk.de](mailto:shop@dfg-vk.de)

### Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer  
Telefon 0176 - 23575236  
E-Mail [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)

### BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs  
E-Mail [fuchs@dfg-vk.de](mailto:fuchs@dfg-vk.de)
- Katja Görge  
E-Mail [Goergen@dfg-vk.de](mailto:Goergen@dfg-vk.de)
- Jürgen Grässlin  
E-Mail [graesslin@dfg-vk.de](mailto:graesslin@dfg-vk.de)
- Markus Hornberger  
E-Mail [hornberger@dfg-vk.de](mailto:hornberger@dfg-vk.de)
- Kathi Müller  
E-Mail [mueller@dfg-vk.de](mailto:mueller@dfg-vk.de)
- Christoph Neeb  
E-Mail [neeb@dfg-vk.de](mailto:neeb@dfg-vk.de)
- Marius Pletsch  
E-Mail [pletsch@dfg-vk.de](mailto:pletsch@dfg-vk.de)
- Jan Sander  
E-Mail [sander@dfg-vk.de](mailto:sander@dfg-vk.de)
- Thomas Carl Schwoerer  
E-Mail [schwoerer@dfg-vk.de](mailto:schwoerer@dfg-vk.de)

### DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: [www.dfg-vk.de/kontakte](http://www.dfg-vk.de/kontakte)

**Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK**, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund  
Telefon 0231 - 818032  
E-Mail [stiftung@dfg-vk.de](mailto:stiftung@dfg-vk.de)  
[www.bertha-von-suttner-stiftung.de](http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de)

**Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK**  
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

**Redaktion *ZivilCourage***  
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
Telefon 0711-51892620  
E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)

  
[www.zivilcourage.dfg-vk.de](http://www.zivilcourage.dfg-vk.de)

Liebe Leserin, lieber Leser, ein Sommer mit schlimmen Nachrichten geht zu Ende: Erdbeben in Haiti. Hitzerekord mit 49,6 Grad Celsius in Kanada. Verheerende Waldbrände rund ums Mittelmeer. Hitzewelle in Sibirien. Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Von einem startenden Flugzeug in den Tod fallende Flüchtlinge über Kabul. Millionen Menschen in Afghanistan in Angst und Sorge vor der Taliban-Herrschaft. Beginnende vierte Welle der Corona-Pandemie. Und zusätzlich die – wie ich finde – schlimmste Information von allen (und dabei eine alte und beständige und keine neue dieses Sommers): Laut Unicef, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, stirbt alle 10 Sekunden ein Kind unter 5 Jahren an den Folgen von Hunger.

Zu diesem gesamten Chaos zwei kurze Bemerkungen aus pazifistisch-antimilitaristischer Sicht:

Der Klimawandel ist nicht mehr zu übersehen, und niemand kann ihn ernsthaft leugnen. Auch nicht, dass er menschengemacht ist und sich in Richtung einer Katastrophe entwickelt. Zwar kann uns die Wissenschaft Folgen und Szenarien aufzeigen, was das für die Welt und uns als Menschheit bedeutet. Aber richtig verstanden haben das wahrscheinlich die Wenigsten von uns, dass sich unser Leben gravierend ändern wird – bzw. dass wir es gravierend ändern müssen, um die Katastrophe wenigstens abzumildern.

Als DFG-VK-Mitglieder haben wir uns verpflichtet, an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Der Klimawandel wird zu Kriegen führen. Das zu begreifen, programmatisch zu durchdenken, Antworten und Strategien zu formulieren, aktionsmäßig und bündnispolitisch umzusetzen – das ist die Zukunftsaufgabe für die DFG-VK.



Foto: privat

Wir lernen neue Begriffe: „Ortskräfte“, die aber UnterstützerInnen, MitarbeiterInnen, bezahltes Personal der faktischen Besatzungsarmeen der Nato in Afghanistan waren. Wie die deutsche Regierung mit ihnen umgeht, lässt nur das Urteil zu: schäbig! Glaubt ihr kein Wort, wenn sie von Werten spricht. Sie hat Interessen – und für deren Um- und Durchsetzung geht sie durch Tun und Unterlassen planvoll oder fahrlässig über Leichen.

Eine positive Erkenntnis gibt es aus Afghanistan: Eine Armee kann sich von heute auf morgen auflösen. Soldaten kämpfen nur dann, wenn sie wenigstens ansatzweise einen Sinn darin erkennen. Die afghanischen haben keinen gesehen und die der Bundeswehr zweifeln immer mehr. Die Bundesregierung betreibt mit ihrer Politik „Wehrkraftersetzung“ im besten Sinne.

*Stefan Philipp*

### *ZivilCourage*-Digitalbezug

Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb hat in der letzten Ausgabe geworben für: Weniger Geld für die Post, mehr für Politik! Und darum gebeten, dass sich möglichst viele dafür entscheiden, die *ZivilCourage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail.

Die Resonanz ist erfreulich: 206 Mitglieder haben sich bisher für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt.

Die Bitte zur Umstellung gilt weiter. Technisch ist sie ganz einfach: Entweder [zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/](http://zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/) aufrufen, eintragen, fertig. Oder: E-Mail an: [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de) mit Betreff: ZC digital  
Dank!

+++ letzte Meldung +++ direkt vor der Drucklegung +++ letzte Meldung +++ direkt vor der Drucklegung +++  
**Der Bundesausschuss hat wegen der Pandemielage beschlossen: Der für 29.-31.11.2021 geplante DFG-VK-Bundeskongress wird auf das nächste Jahr verschoben.**  
Weitere Informationen: <https://buko2021.dfg-vk.de>

## Wählen reicht nicht!

Pazifistisch-antimilitaristische Gedanken zur Bundestagswahl

Von Markus Hornberger

**B**ei der Bundestagswahl am 26. September geht es um viel. Sie bedeutet nicht nur ein Ende der „Ära Merkel“, sondern spiegelt eine Gesellschaft in einem großen Umbruch wider – eine Gesellschaft, die sich wieder vermehrt Gedanken über das Leben miteinander und mit ihrer Umwelt macht.

Spielten vor vier Jahren noch hauptsächlich das Thema Einwanderung und der Einzug der AfD in den Bundestag eine Rolle, so geht es den Wähler:innen heute viel mehr um die Rettung des Klimas, um genügend und bezahlbaren Wohnraum und um das Thema soziale (Un-)Gerechtigkeit. Das am dringlichsten empfundene Interesse der Bürger:innen ist jedoch das Thema „Sicherheit“. Natürlich fallen unter diesen Themenkomplex auch die Ängste vor den katastrophalen Folgen der Klimaveränderung oder finanzielle Sorgen, jede:r Vierte zeigt sich jedoch mittlerweile besorgt bezüglich der Kriege, in die Deutschland verwickelt werden könnte.

Dabei steht es bei einem Blick in die meisten Wahlprogramme schlecht um die Friedenspolitik der nächsten Jahre.

Die Grünen, die höchstwahrscheinlich das Land mitregieren werden, sehen in der Nato einen „unverzichtbaren Akteur für die gemeinsame Sicherheit Europas“ und forderten sogar von der Linken ein Bekenntnis zu dem Kriegsbündnis als Koalitionsbedingung. Drohnen sollen lediglich international verbindlich reguliert werden – von einem Verbot keine Rede. Ebenso steht es um Rüstungsexporte. Der Umgang mit Russland erfordere einen Zweiklang aus „Dialog und Härte“, China sei sogar systemischer Rivale. Gegen diese vermeintlichen Bedrohungen soll eine „handlungsfähige

EU mit klarem Wertekompass“ in Stellung gebracht werden; EU-Imperialismus im Namen der Menschenrechte also.

Ähnlich desaströs liest sich das Wahlprogramm der SPD, was uns Friedensbewegte jedoch auch nicht überraschen sollte.

Und selbst in den Reihen der Linken werden Stimmen laut, die bezüglich der Friedenspolitik „linke Antworten auf der Höhe der Zeit“ fordern und damit Bundeswehreinätze bei UN-Missionen meinen.

Mehr denn je stellt sich für uns also die Frage, wie weit wir unser Friedensprojekt auf dem Fundament der Parlamente bauen wollen. Sicher, die Friedensbewegung hat durch ihre Einflussnahme auf Politiker:innen viele Erfolge erzielen können – zuletzt auch während der Drohnendebatte der SPD; und sicher, mit einer starken Linken in einer grün-rot-roten Koalition ließen sich einige Auslandseinsätze der Bundeswehr wohl verhindern.

Aber dabei muss uns klar sein, dass die Verhältnisse im Bundestag zum großen Teil die Verhältnisse in der Gesellschaft widerspiegeln. Wir dürfen uns also nicht in ausgeklügelten Lobbykonzepten verlieren, sondern müssen auch lernen, wieder große Teile der Gesellschaft gegen die Kriegsindustrie, die Militarisierung und den Imperialismus zu mobilisieren.

Vergessen wir dabei nicht, dass sich die Beseitigung aller Kriegsursachen, wie es unsere Grundsatzklärung fordert, nicht durch Wahlen und Abstimmungen allein erreichen lässt – „uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“.

*Markus Hornberger ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK.* ‹‹

## Inhalt

### Titel

#### Schreckensbilanz

**04** Die Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition

**05** Nato-Waffen in Taliban-Hand

#### Antimilitarismus

**08** 20 Jahre Kriegspolitik von Bundeswehr und Nato in Afghanistan sind gescheitert

**10** „Tag ohne Bundeswehr“

war ein voller Erfolg

**12** Aktionen

**14** Kreuzzug gegen den Bolschewismus

**17** Spurensuche: sowjetische Kriegsgefangene in NRW

**18** Facebook etc. – zwitschernde Friedensbewegung

#### atomwaffenfrei

**20** Bundestagswahl: Die Positionen der Parteien zu Atomwaffen

#### Kriegsdienstverweigerung

**21** Die Bedeutung der KDV im eigenen Leben

#### Pazifismus

**13** War Sophie Scholl Pazifistin?

**22** Zum 100. Todestag

von Alfred Hermann Fried

**24** Friedensbewegung und DFG in der Weimarer Republik

#### International

**26** Global betrachtet

#### DFG-VK-Info

**28** Das Konzept für die Lobbyarbeit des DFG-VK-Bundesverbands

**30** Ein Konsensverfahren für den DFG-VK-Bundeskongress

**33** „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

**34** Satzung trifft

auf Pandemie-Realität

#### Erinnerung

**36** Nachruf auf Willi Hoffmeister

**39** Trauer um Knut Andresen

25 Impressum • 36 Briefe • 40 Literatur • 43 Satire • 43 Beitrittserklärung zur DFG-VK • 44 Karikatur



# Schreckensbilanz

## Die Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition

### Nötig: Ein Rüstungsexportkontrollgesetz

Von Jürgen Grässlin

**E**nde September wird ein neuer Bundestag gewählt und danach eine neue Regierung gebildet. Für den Rüstungsexportbereich wird diese Wahl auf lange Jahre hinaus richtungsweisend sein. Denn ein Weiter-so mit der CDU/CSU oder der SPD wäre der Türöffner für erneute Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten im Nahen und Mittleren Osten und an weitere Staaten weltweit. Damit das Massenmorden mit deutschen Waffen ein Ende findet, bedarf es einer neuen Bundesregierung, die der enthemmten Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition radikal ein Ende setzt.

Allerdings sprechen sich einzig Linke und ÖDP klar gegen den ungebremsten Waffenhandel aus, Die Linke fordert seit Jahren ein umfangreiches Rüstungsexportverbot. Jedoch ist die Beteiligung dieser beiden Parteien an der neuen Bundesregierung äußerst unwahrscheinlich. Voraussichtlich werden Bündnis 90/Die Grünen als Teil einer neuen Regierung die Richtung mit vorgeben. Ob in gutem oder schlechtem Sinne, steht noch dahin. Nichts Gutes lässt das Statement des Ko-Vorsitzenden Robert Habeck erwarten, der sich vor Kurzem unverhohlen für Waffenlieferungen an die Ukraine und damit in ein Krisen- und Kriegsgebiet aussprach.

Was wir aber brauchen, ist neues Denken, eine wirkliche Wende hin zu einer Politik der Abrüstung und Entmilitarisierung. Im Rahmen dieses Umsteuerungsprozesses bedarf es der Verabschiedung eines neuen und strikten Rüstungsexportkontrollgesetzes, wie es von Greenpeace in Absprache mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ für Deutschland vorgelegt worden ist (<https://bit.ly/3kkTnrs>).

In Ausführung von Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes soll ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten festgeschrieben werden. Dieses neue Gesetz muss dem Menschenrechtsschutz und der Abrüstung

und nicht länger den Interessen der Rüstungsindustrie dienen.

Zentrale Ansprüche an ein Rüstungsexportkontrollgesetz sind u.a.:

- Ein Exportverbot von kleinen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition.
- Keine weiteren Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete oder an menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten.
- Ein Verbot von Lizenzvergaben sowie der Weitergabe von Waren und Informationen, die den Nachbau und die Weiterentwicklung deutscher Waffen und Rüstungsgüter ermöglichen.
- Zukünftig müssen Exportgenehmigungen begründet und jederzeit widerrufen werden können.
- Keine weiteren Vergaben staatlicher Exportkreditgarantien für Rüstungsgeschäfte (Hermesbürgschaften).
- Schaffung eines Verbandsklagerechts, um Rüstungsexportgenehmigungen gerichtlich überprüfen lassen zu können.
- Wiederbelebung des Rüstungskonversionsfonds zur Förderung der Umstellung von militärischer auf nachhaltige zivile Produktion.

**Ein solches neue Rüstungsexportkontrollgesetz** sollte das einzige Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Grundgesetz sein und die bisherigen rechtlichen Vorgaben des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Auswirtschaftsgesetzes ersetzen.

Was vor wenigen Jahren noch utopisch geklungen hätte, gewinnt inzwischen an Kontur. Als Konsequenz unserer erfolgreichen Strafanzeige gegen Heckler & Koch wies der Bundesgerichtshof Ende März auf die bestehenden Lücken bei der Kontrolle des Kriegswaffenexports hin. Mit Nachdruck sagte der Vorsitzende Richter des dritten Strafsenats am Bundesgerichtshof in der Urteilbegründung: „Die Rechtslage zu ändern, wäre Aufgabe des Gesetzgebers, nicht der Gerichte, auch nicht des Bundesgerichtshofs.“ Der Schwarze Peter liegt also bei der Politik.

## Grundgesetz – Artikel 26:

**(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.**  
**(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.**

Die Zeiten sind günstig für die Rüstungsexportwende. Seit Jahren bereits dokumentieren repräsentative Meinungsumfragen den Mehrheitswillen der Bevölkerung – gegen Rüstungsexporte, für Menschenrechte. So entfachte die Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im Oktober 2018 die Debatte über Waffenexporte nach Saudi-Arabien neu. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen ergab kurz danach ein klares Meinungsbild: Eine deutliche Mehrheit der befragten Bundesbürger\*innen sprach sich dafür aus, „dass sich die Bundesregierung in erster Linie an der Menschenrechtssituation im Zielland orientieren sollte, wenn sie Rüstungsexporte genehmigt“. Lediglich 15 Prozent der Befragten sahen wirtschaftliche Interessen als prioritär an.

Immerhin sprachen sich bei der Befragung Wähler\*innen aller Parteien eindeutig dafür aus, dass Menschenrechte wichtiger als Wirtschaftsinteressen seien. Am größten war der Zuspruch bei Wähler\*innen von Bündnis 90/Die Grünen mit 89 Prozent, gefolgt von denen der Linken mit 86 Prozent und der SPD mit 85 Prozent. Selbst bei Wählern der anderen Parteien gab es mehrheitlich Zuspruch: bei der CDU/CSU mit 62, bei der FDP mit 59 und bei der AfD mit 54 Prozent.

Klare Mehrheiten gegen Waffenexporte lassen sich seit Jahren in repräsentativen Meinungsumfragen belegen. Auf die Frage „Einmal grundsätzlich betrachtet, sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ antworteten im Januar 2016 erfreuliche 83 Prozent

der befragten Bürger\*innen mit einem Nein, gerademal 14 Prozent sprachen sich für Rüstungsexporte aus. Bei einer ähnlichen Umfrage fünf Jahre zuvor waren lediglich 78 Prozent dagegen.

**In den kommenden Jahren** gilt es, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung in Deutschland zur Umsetzung zu verhelfen. Dabei sind Bundestagswahlen ein relevanter Stellhebel, jedoch nicht der einzige. Mit unserer Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ ist es uns gelungen, die Wende hin zur drastischen Reduktion der Exportgenehmigungen bei Kleinwaffen herbeizuführen.

Sinnvolle und erfolgversprechende Handlungsansätze gibt es genug. Kritische Aktionär\*innen bieten die Chance, Rüstungsexportskandale bei Aktiengesellschaften wie Rheinmetall, Daimler oder Heckler & Koch in den Hauptversammlungen anzuprangern und die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat in Gegenanträgen zu fordern.

Auch gilt es, Strafanzeigen wie die des European Center für Constitutional and Human Rights (ECCHR) und der Linkspartei zu fördern. Diese gehen die Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden durch Waffentransfers deutscher Rüstungskonzerne juristisch an. Weiterhin gilt es, den offenen Brief von Greenpeace und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und zahlreicher weiterer Organisationen zu unterstützen, der von der Bundesregierung jeweils am Ende eines Jahres nachdrücklich einen völligen Stopp aller Kriegswaffenexporte der Jemen-Kriegsallianz fordert. Bekannt- »

» lich wird das Rüstungsexportmoratorium der Bundesregierung jeweils nur für ein Jahr verhängt.

Außerdem müssen wir über den Tellerrand deutscher und auch europäischer Rüstungsexportpolitik hinausdenken. Denn längst haben Konzerne wie Rheinmetall Defence Teile ihrer Produktion nach Italien (RWM Italia) und nach Südafrika (Joint Venture mit Denel) verlagert, um den deutschen Exportrestriktionen zu entgehen. Lasst uns also mit dem GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) weltweit aufzeigen, wohin grenzenlos Waffen exportiert werden. Und lasst uns den Tätern Name und Gesicht und den Opfern eine Stimme geben. Lasst uns die Werkstore von Waffenschmiedern blockieren und vor dem Bundestag und Kanzleramt gegen die Rüstungsexport- und Kriegslobbyisten demonstrieren.

Wir werden mit der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ weiterhin den Finger in die Wunde einer durch und durch inhumanen und ethisch äußerst verwerflichen Rüstungsexportpolitik legen. Konsequenz und kreativ werden wir unsere Aktionen zur Demaskierung der Bundesregierung weiterentwickeln – so wie mit der X-Ray-Aktion vor dem Deut-

schen Bundestag, der „Waffenkammer Deutschlands“ Ende August.

**Ein Rückblick zeigt**, wie notwendig eine Wende ist.

Als die CDU/CSU/SPD-Regierung nach der Bundestagswahl 2017 erneut ihr Amt antrat, schenkten viele Bürger\*innen den hehren Versprechungen Glauben, die neue Regierung werde in zentralen Politikbereichen eine Wende zum Guten einleiten.

Im Rüstungsexportbereich hofften viele darauf, dass die hemmungslose Exportpolitik nun beendet und Abrüstung die Agenda bestimmen würde. Immerhin hatte die Vorgängerin, ebenfalls eine Große Koalition, mit Einzelgenehmigungen von Rüstungsexporten im Volumen von rund 24,8 Milliarden Euro so viele Waffentransfers genehmigt, wie keine Regierung zuvor.

Heute, noch vor Ende der Wahlperiode, bleibt eine finale Gesamtbewertung unvollständig. Auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen bestätigte die Regierung, dass sie in der noch laufenden Periode Rüstungstransfers im Umfang von mehr als 22,5 Milliarden genehmigt habe.

Eine Zahl, die zu niedrig angesetzt sein dürfte. Denn gemäß den Angaben der regierungsamtlichen Rüstungsexportberichte wurden in den Jahren 2018 bis 2020 Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von 4,8 (2018), 8,0 (2019) und 5,8 Milliarden Euro (2020) erteilt. Rechnet man anteilig die Monate Oktober bis Dezember für 2017 mit 1,5 hinzu sowie anteilig die ersten neun Monate für 2021 (Datenbasis erstes Halbjahr) mit 3,4 hinzu, so ergibt sich für die 19. Legislaturperiode die finale Summe von rund 23,6 Milliarden Euro. Die zu Ende gehende Wahlperiode ist damit gekennzeichnet von einer Stabilisierung der Waffentransfers auf immens hohem Niveau.

Schlimmer noch: Analysiert man die Einzelgenehmigungen seit der Publikation von Rüstungsexportberichten, beginnend im Jahr 1996, dann waren bisher die Jahre 2015-17 negativ hervorgetreten. Für 2019 allerdings müssen sich die Regierenden in Ber-

lin den Vorwurf gefallen lassen, die Einzelgenehmigungen für Kriegswaffenexporte auf den historisch neuen Negativrekordwert von 8,014 Milliarden Euro hochgeschraubt zu haben.

Von einer funktionierenden Exportkontrolle oder gar einer „restriktiven Exportpolitik“ – wie von CDU/CSU und SPD immer propagiert – kann keine Rede sein. Dies ist umso betrüblicher, als auch die Rüstungsexportrestriktionen auf internationaler Ebene weitgehend versagen.

## Rüstungsexport-Rekordhalterin Angela Merkel.

Die Gesamtbilanz der Ära Merkel fällt absolut desaströs aus. Als Bundeskanzlerin und Vorsitzende des Bundessicherheitsrats von 2005 bis 2021 verantwortet Angela Merkel in ihrer 16-jährigen Amtszeit Waffenexportgenehmigungen für Einzel- und Sammelausfuhren in Höhe von mehr als 122 Milliarden Euro. Damit ist sie unangefochten Rekordhalterin in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte vor allen anderen Kanzlern – auch vor Helmut Kohl, der ebenfalls 16 Jahre als Kanzler regierte.

Unter Merkels Ägide durfte die deutsche Rüstungsindustrie mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten jahrelang mehrere Staaten der Jemen-Kriegskoalition hochrücken. Dank ihrer Zustimmung konnten deutsche Waffen zudem im Afghanistankrieg, im Libyenkrieg, im Irakkrieg und im Syrienkrieg zum Einsatz kommen. Angela Merkel verantwortet mit ihren Minister-Kolleg\*innen im Bundessicherheitsrat die erzwungene Flucht, Unterdrückung, Verstümmelung und Tötung Abertausender unschuldiger Menschen mit deutschen Waffen in Krisen- und Kriegsgebieten.

Der 26. September bietet die Chance für eine wirkliche Umkehr!

*Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.* <<



# Nato-Waffen in Taliban-Hand

Wie die Islamisten zur bestgerüsteten Terrorgruppe der Welt werden konnten

Von Jürgen Grässlin

Schlimmer hätte es wahrlich nicht kommen können: Mit der Machtübernahme in Afghanistan gelangte die islamistische Terrorgruppe der Taliban in den Besitz eines riesigen Arsenal hochmoderner Nato-Waffen. Diese können sie von nun an gezielt einsetzen zur Unterdrückung Andersdenkender und Andersgläubiger im Land und zur Sicherung ihrer Herrschaft.

Unkompliziert und kostenfrei – einfacher hätte dieser aus Nato-Sicht ganz und gar ungewollte Waffendeal nicht ablaufen können. Mit der nahezu reibungslos verlaufenen Machtübernahme fielen der „Islamischen Talibanbewegung Afghanistans“, kurz Taliban, in wenigen Tagen im August in gewaltigem Umfang Kriegsmaterial der US-Army und ihrer Verbündeten in die Hände. Dabei handelt es sich um Groß- und Kleinwaffen (wie Flugzeuge und Gewehre), um Rüstungsgüter (wie militärische Geländefahrzeuge) und um Munition in riesiger Menge. Da die afghanischen Regierungstruppen ihre Stellungen zumeist kampflos aufgegeben haben, verfügen die Taliban ab jetzt über ein erschreckendes Arsenal voll einsatzfähiger Hightechwaffen.

Jake Sullivan, Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Joe Biden, musste unumwunden eingestehen: Sicherlich sei „eine ganze Menge“ von US-Rüstungsgütern „in die Hände der Taliban gefallen“. (*Zeit-online vom 22.08.2021*) Der US-Fernseher CNN verkündete gar: „Taliban feiern ihr neues amerikanisches Arsenal“. Lang ist die Liste des Kriegsmaterials, das in den vergangenen 20 Jahren seitens der USA an das afghanische Militär geliefert wurde. CNN nennt moderne minenresistente Fahrzeuge (MRAPs), militärische Geländewa-

gen des Typs Humvee, Black-Hawk-Helikopter, 20 Tucano-Kampfflugzeuge u.v.a.m. Allein zwischen 2013 und 2016 übergab die US-Army den verbündeten afghanischen Streitkräften u.a. rund 80000 Fahrzeuge sowie mehr als 600000 leichte Waffen wie M16- und M4-Gewehre. (*CNN vom 21.08.2021*) Ergänzend nennt das Wall Street Journal M24-Scharfschützengewehre, die sich nun in Taliban-Händen befänden. (*Wall Street Journal vom 20.08.2021*)

Die Rüstungsexperten Karl-W. Koch, Andreas Müller und Wolfgang Wettach listen in einer Analyse für die „Unabhängigen Grünen Linken“ auf, dass die Taliban „schlagartig ein mit modernsten westlichen Waffen ausgestattetes Heer übernehmen können“, weiterhin verfügen sie über ältere Beutewaffen aus sowjetischen Besatzungszeiten. „Dazu zählen „mehr als 600 Schützenpanzer vom Typ M1117 und rund 8500 Humvees (Militär-Geländewagen), über 150 geschützte Hightech-Fahrzeuge vom Typ Maxx-Pro, 100000 aufgewertete Geländewagen der afghanischen Polizei vom Typ Toyota Hilux und Ford Ranger, 1000 Schützenpanzer, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge aus sowjetischen Beständen, 68 leichte Kampfhubschrauber vom Typ MD 500 Defender, 19 brasilianische Bodenkampfflugzeuge vom Typ A-29 und bis zu 16 legendäre Blackhawk Transporthubschrauber, vier schwere Transportflugzeuge der Bauart C-130 Hercules, mehr als 100 russische und sowjetische Transport- und An-

griffshubschrauber (Mi-17 und Mi-24) sowie die afghanische Drohnen-Flotte, darunter mehrere Hightech-Exemplare vom Typ ScanEagle des US-Herstellers Boeing.“ (*Beuerler Extradienst vom 20.08.2021*)

Fortan können die Taliban auch deutsches Kriegsgerät nutzen, denn „seit Anfang 2002 bis heute wurden Rüstungsexporte für 418,8 Millionen Euro in das zentralasiatische Land genehmigt“. Letzte Ausfuhrerlaubnisse wurden noch 2021 erteilt, berichtet Zeit-online (*vom 22.08.2021*).

Damit ist der Worst Case eingetreten: Nicht nur, dass die Nato den – nach den Terroranschlägen von 2001 ausgerufenen – „Anti-Terrorkampf“ gegen die Taliban in Afghanistan auf ganzer Linie verloren hat. Nicht nur, dass die im Land verbliebenen vormaligen Unterstützer\*innen der Nato-Truppen, der Vereinten Nationen und humanitärer Hilfsorganisationen landesweit gejagt, gefoltert oder gar getötet werden können. Mehr noch: Die Taliban sind in wenigen Tagen zur bestausgerüsteten Terrereinheit der Welt avanciert und können fortan ihre militärische Macht stabilisieren und ausweiten.

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis und Initiator des „Global Net – Stop The Arms Trade“.



## „Das Trauerspiel von Afghanistan“

20 Jahre Kriegspolitik von Bundeswehr und Nato sind gescheitert

Von Detlef Mielke, Siglinde und Ralf Cüppers

Nach fast 20 Jahren Kriegsbe- teiligung ist die Bundeswehr fluchtartig aus Afghanistan abgezogen und hinterlässt ein zerstörtes Land. Die formulierten und heimlichen Kriegsziele wurden alle nicht erreicht. Der Einsatz war sinnlos, die Soldat\*innen wurden von den Bundesregierungen missbraucht. Konflikte können mit Militär nicht gelöst werden.

Am 1. Dezember 2001 trafen die ersten Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Afghanistan ein. Ihr vorgeblicher Auftrag war, die afghanische Regierung im Kampf gegen den Terrorismus von Al Kaida und der Taliban zu unterstützen. Zusammen mit den Soldat\*innen aus anderen Nato-Staaten sollte angeblich der Terrorismus erfolgreich bekämpft und demokratische Strukturen aufgebaut werden.

Der Militäreinsatz wurde als „Friedensmission“ verharmlost und sollte für ein Afghanistan sein, „das für sich sorgen kann“, hieß es 2001 aus dem Verteidigungsministerium. Der damalige Bundeskanzler Schröder teilte in einer Regierungserklärung im Dezember 2001 mit: „Der Afghanistaneinsatz ist unsere Antwort auf den Terror“.

Als unausgesprochenes hintergründiges Ziel strebten Schröder (SPD) und sein Außenminister Fischer (Grüne) einen ständigen Sitz im UN Sicherheitsrat an.

**Dargestellt wurde der Krieg** der Nato in Afghanistan als „Aufbauhilfe, Beitrag zur Demokratisierung“. Dafür wurden immer mehr Soldat\*innen und Kriegsgerät ins Land geschafft. 2003 übernahmen die Nato-Armeen Besatzungsfunktionen in den Provinzen, die Bundeswehr im Norden mit Stützpunkten in Mazar, Kunduz und 2004 in Faizabad.

Am 4. September 2009 wurden auf Befehl des Bundeswehroberst Klein Zivilist\*innen, darunter auch Kinder, bombardiert, die sich von einem festgefahrenen LKW Benzin abgezapft hatten. Bei dem Bombenangriff kamen mehr als 100 Menschen ums Leben, viele wurden verletzt. Für dieses Kriegsverbrechen wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Der Staatsanwalt stellte fest, dass die Bombardierung alle subjektiven und objektiven Tatmerkmale des Mordparagrafen enthält, die Ermittlungen gegen Oberst Klein wurden dennoch eingestellt, und er wurde zum General befördert.

2014 wurde schon einmal ein Abzug aus Afghanistan angekündigt. Die Bundeswehr ist damals für die Unterstützung und Ausbildung der afghanischen Armee beauftragt geblieben, Kunduz und Faizabad waren schon geräumt.

Es sollte ihr Beitrag zur Niederschlagung der Aufständischen sein. Soldat\*innen, die von der Bundeswehr ausgebildet wurden sind, desertierten und flohen oder schlossen sich den Taliban oder anderen Aufständischen an. Die Bundeswehr hat diejenigen ausgebildet, die sie eigentlich bekämpfen wollte.

Ausbau des Drogenanbaus und -handels, Zerstörung der Infrastruktur, Verelendung und Hunger, die Kindersterblichkeit ist eine der höchsten in der Welt, ein zerstörtes Bildungssystem, eine zerstrittene Regierung mit steigender Korruption, haben das Ziel der sogenannten „Friedensmission“ ins Gegenteil verkehrt. Die Taliban konnten Kabul und die Macht im Land im August 2021 wieder übernehmen.

**Kapitulation.** Von Januar bis April 2021 stieg der Anteil der getöteten Zivilist\*innen um 30 Prozent oder um

10439 Menschen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind im fast zwanzigjährigen Krieg in Afghanistan mindestens 300000 Menschen getötet worden. Die Soldat\*innen der Bundeswehr lassen mit ihrem Krieg, der nicht Krieg genannt werden sollte, ein zerstörtes Land zurück. Die Islamisten sind stärker als zuvor. Die Bundeswehrsoldat\*innen sind in den 20 Jahren ihres Militäreinsatzes Opfer von Selbsttäuschung geworden, sie wurden von den Bundesregierungen und der Parlamentsmehrheit missbraucht. Mit ihrem Abzug besiegeln sie das Scheitern.

**Soldat\*innen sind Opfer verantwortungsloser Militärpolitik.** Etwa 150000 Soldat\*innen der Bundeswehr waren in Afghanistan im Krieg. 59 kamen dabei ums Leben, 35 bei Kampfhandlungen. Ihnen wurde posthum der Orden für besondere Tapferkeit verliehen.

Die Zahl der psychisch traumatisierten Soldat\*innen steigt, für deren Behandlung in Bundeswehrkrankenhäusern beträgt die Wartezeit bis zu acht Monaten. Wie viele Soldat\*innen aufgrund ihrer Kriegserlebnisse traumatisiert sind, ist aufgrund der Dunkelziffer ungewiss.

Sie haben im Kriegsalltag hilflos mitansehen müssen, wie Zivilist\*innen, darunter auch Kinder, Kamerad\*innen, auch die der anderen Nato-Armeen getötet oder verletzt worden sind oder wurden auch selbst verletzt. Der Schaden, den sie an ihrer Seele genommen haben, ist auf den ersten Blick nicht sichtbar.

Unter der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden nicht nur sie selbst, sondern auch ihre Familienangehörigen und ihr soziales

Umfeld. Für Soldat\*innen mit PTBS hört der Krieg nie auf, er geht im Kopf und den Nerven weiter.

**Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit.** Bei Meinungsumfragen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung gab es durchgängig mindestens eine Zweidrittelmehrheit gegen den Kriegseinsatz in Afghanistan. Rückhalt in der Bevölkerung hat es für die Soldat\*innen in Afghanistan nie gegeben.

Die Mehrheitsmeinung ignorierend haben die Mitglieder des Bundestages mehrheitlich für Krieg gestimmt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bundeswehr eine „Parlamentsarmee“. 12,156 Milliarden Euro, dazu sogenannte Aufbauhilfen und Entwicklungshilfen in Höhe von 430 Millionen Euro, die größtenteils für Militär und Polizei eingesetzt wurden, sind sinnlos für den Krieg verschwendet worden.

**Abschiebestopp und offene Grenzen.** In Afghanistan gibt es keine Sicherheit für Menschen. Während die Bundeswehr für ihre Soldat\*innen einen sicheren Abzug aus Afghanistan organisierte, ließen sie die Menschen in Afghanistan hilflos zurück.

Noch im August 2021 wurde von rassistischen deutschen Politiker\*innen behauptet, es gebe in Afghanistan sichere Gebiete, in die Menschen abgeschoben werden können.

Alle Menschen, die aus Afghanistan schon geflüchtet sind, und auch diejenigen, die das misshandelte Land verlassen und sich hier bei uns in Sicherheit bringen wollen, brauchen ein sicheres und dauerhaftes Bleiberecht. Das gilt für alle, nicht nur für die Kollaborateure der Besatzer. Das ist unsere humanitäre und politische Verantwortung.

**Afghanistan ist der Friedhof für Imperialisten und Invasoren.** Vor 2300 Jahren scheiterte Alexander der Große daran, Afghanistan zu erobern. 1839 versuchten die Briten, das Land zu besetzen und scheiterten. 12000 Zivilisten, 690 britische und 2840 in-

dische Soldaten mussten drei Jahre später nach militärischer Niederlage abziehen. Nur der Militärarzt Bryder überlebte den Abzug.

1858 schrieb Theodor Fontane das Gedicht „Das Trauerspiel von Afghanistan“, dessen letzte Zeile lautet: „Mit 13000 der Zug begann – einer kam heim aus Afghanistan“.

Von 1979 bis 1989 intervenierte die Sowjetarmee in Afghanistan und musste am Ende erfolglos abziehen. Afghanistan wurde zu einem Sargnagel der Sowjetunion.

Nun haben USA und Nato ihren Afghanistankrieg verloren.

**Aus dem Afghanistankrieg lernen.** Der Maleinsatz ist ebenso desaströs. Auch dort destabilisiert der Kriegseinsatz eine ganze Region, und der Krieg weitet sich auf die Nachbarstaaten im Sahel aus.

Menschenrechte, Demokratie, Wohlstand und Sicherheit können nicht durch Soldat\*innen und Krieg erreicht werden. Der Einsatz von Militär ist keine Geopolitik sondern Kriegsführung und verschlimmert das Elend. Die Bundeswehr ist gefährlich, sinnlos, teuer und gehört abgeschafft.

Politiker\*innen, die Krieg als Friedensmission deklarieren, sich an der Vorbereitung von Kriegshandlungen durch Zustimmung beteiligen und



Krieg als politische Strategie gut heißen, sind nicht wählbar.

*Detlef Mielke, Siglinde und Ralf Cüppers sind aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein.*



Den Text dieses Artikels gibt es als Faltblatt zum Verteilen. Das „Tornado-Motiv“ ist erhältlich als Plakat im Format A1 (0,20 Euro/Stück; für Versand gefaltet). Bestellung über: <https://shop.dfg-vk.de/> <<

## „Tag ohne Bundeswehr“ war ein voller Erfolg

### Bundesweit „Adbusting“-Aktionen gegen Militär-Reklame

Von der antimilitaristischen Kommunikationsguerilla

**S**o lief der (digitale) Tag der Bundeswehr 2021 am 12. Juni: Während die Bundeswehr drinnen Video-Konserven für 6000 Hardcore-Fans im Internet streamt, kapert draußen eine Kommunikationsguerilla republikweit Werbevitriolen. Bundesweit beteiligten sich an dem Aktionstag Kommunikationsguerilla-Gruppen aus 13 Städten. In Berlin, Potsdam, Dresden, Erlangen, Stuttgart, Frankfurt/Main, Bonn, Köln, Essen, Hannover, Hamburg und Rostock feierten Aktivist\*innen den Tag ohne Bundeswehr mit Adbustings.

In Witzhausen fanden Bannerdrops statt. In Kiel feierte der DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein den „Tag ohne Bundeswehr“ mit einer Kundgebung vor dem Liegeplatz des Marine-Schiffes Gorch Fock. Eine namenlose Berliner Gruppe hängt Wandzeitungen in der Umgebung des Impfzentrums am Erika-Heß-Stadion auf, die den Inlandseinsatz der Bundeswehr in der Coronapandemie aufgreifen und davon ausgehend die Normalisierung

von Militärpräsenz in der Gesellschaft kritisieren. Auch das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (Junepa) beteiligte sich am Aktionstag.

**Die gefälschten Plakate** in den Werbevitriolen zeigen das Tarnfleck-Polygon der Bundeswehr. Doch die Sprüche machen keine Werbung für die Truppe, sondern kritisieren das Militär. Die unerlaubt angebrachten Plakate verwendeten den Polygon-Fleckarn-Hintergrund der Bundeswehr, kombinierten diesen jedoch mit Sprüchen wie „Nicht alle Soldaten sind Nazis. Aber verdammt viele Nazis sind Soldat\*innen“, „Jeder Tote ist ein kleiner Schritt zum Weltfrieden“ oder „Munition und Menschenleben: Ein bisschen Schwund ist immer.“ In Fachkreisen wird diese Aktionsform „Adbusting“ genannt, und die Behörden gehen sehr hart dagegen vor, da Adbusting laut Landeskriminalamt Berlin die Bundeswehr „gar lächerlich“ mache.

**Viele Reaktionen von Passant\*innen.** Das Aufhängen von gefälschten Werbeplakaten und die Umgestaltung von Werbung zu einer anderen politischen Botschaft nennt man „Adbusting“.

Beim Fotografieren eines „Soldaten-Nazis-Plakats am“ Bahnhof wurde eine Aktivist\*in von einer Passant\*in gefragt, ob sie auch Züge fotografiert. Nachdem die Aktivist\*in auf das Plakat hingewiesen hatte, bekam sie von der Person Zustimmung: „Es ist aber auch echt der



Wahnsinn, aus was für einem rechten Gesocks die Bundeswehr besteht.“

Auf einem anderen Motiv heißt es: „Jeder Tote ist ein kleiner Schritt zum Weltfrieden“. Dieser Spruch sorgte in mehreren Fällen zu höhnischem Lachen auf den Straßen der Städte. Eine Gruppe, die vor dem Plakat versammelt war, rätselte: „Ist das echte Bundeswehrwerbung?“ – „Nein. So ehrlich sind die nicht.“

**Reichweite in den sozialen Medien.** Auch medial stahl der „Tag ohne Bundeswehr“ dem „Tag der Bundeswehr“ klar die Show. Zeitungen be-



richteten, von Passant\*innen hochgeladene Bilder der Adbustings sammelten Tausende Likes, die beteiligten Kollektive feierten Reichweiten-Rekorde. Von Freitag auf Sonntag war #Adbusting zeitweilig auf Platz 9 in den Trending-Charts bei Twitter.



Über den CSU-Bundestagsabgeordneten Florian Hahn („das ist unfassbar scheuBlich“) schwappten die Bilder auch in die Military-Community. Hier zeigte sich deutlich eine demoralisierende Wirkung. Auf Twitter schreibt eine Soldat\*in: „Man dieses ganze Adbusting zeigt einfach wie niedrig der Rückhalt in der Bevölkerung für die Bundeswehr ist.“ (<https://bit.ly/3CVw7bE>)

Eine andere Soldat\*in schreibt: „Der Moment, wo man als Soldat vor so einer Wand steht und sich fragt, für was und wen man diesen Job eigentlich macht!“ (<https://bit.ly/3sjzpRm>)

Sogar Zuspruch findet sich unter den Soldat\*innen: „Als Soldat bin ich Antifaschist. Ich fühle mich hier nicht angesprochen, weil Nazis in der Bw nicht meine Kamerad:innen sind (so wie Ihre bestimmt auch nicht). Ich bin froh um den Druck von außen, weil von alleine wird nichts gegen die Demokratiefeinde in unseren Reihen getan.“ (<https://bit.ly/3iMMHCF>)

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Joana Cotar, angebliche Expert\*in für Digitales, hält die Adbustings für autorisiert: „Was zum Teufel?? Maybe @JCDecauxGlobal can explain why they show ads like this in Germany?“ Ihre Follower spekulieren daraufhin, ob der „französische Großkonzern“ einen „dritten Weltkrieg“ anzetteln wolle.

**Oberstleutnant Marcel Bohnert bläst zum Gegenangriff.** Angesichts der wehrkraftersetzenden Wirkung dieser Störpropaganda gegen die Bundeswehr bläst Oberstleutnant Marcel Bohnert zum Gegenangriff. Der wegen Nazikontakten aus dem Kriegsministerium entlassene Offizier ruft mit einer Woche Verspätung seine Follower\*innen zu Aktionen auf. Das Ziel: Die Sperrung von Accounts, die die Adbusting-Bilder zeigen.

Doch es gibt auch Soldat\*innen, die dies kritisieren. Die ehemalige Fallschirmjäger\*in @Patrick\_J\_Bln, die viele Nazis in der Bundeswehr meldete und deshalb entlassen wurde, sagt: „(...) das ist ein signifikanter Angriff auf die #Meinungsfreiheit.“ (<https://bit.ly/3xSyNDx>)

Die Nutzer\*in @Fabana84 schreibt: „Derzeit auf Insta: 1. #SocialMediaDivison-Größen hetzen ihre Follower auf Accounts die die jüngsten #Adbusting-Ergebnisse teilen 2. die wackeren #SocialMedia-Recken sehen argumentativ kein Land 3. man

ruft dazu auf missliebige Accounts zu reporten. #CancelCulture?“ (<https://bit.ly/3AMHy3Q>)

Gut auf den Punkt bringt es die Nutzer\*in @wimipolis, die an der Bundeswehr-Uni in München arbeitet: „Linke: machen Ad-Busting, unter anderem mit „Nicht alle Soldaten sind Nazis. Aber verdammt viele Nazis sind Soldaten.“ Übliche Verdächtige: regen sich auf, „Generalverdacht“, „Propaganda“, „Verleumdung“. Panzergrenadiere in Rukla: HOLD MY FUCKING NAZI-BEER!“ (<https://bit.ly/3ga8Zg5>)

Der Tag gegen die Bundeswehr 2021 stellte nicht nur den Tag der Bundeswehr in den Schatten. Er trug die Diskussion über Nazis in der Bundeswehr in ein breites Publikum einschließlich der „military community“. Mehr Informationen gibt's auf dem Kampagnenblog [tob21.noblogs.org](http://tob21.noblogs.org)

*Die AutorIn aus der „antimilitaristischen Kommunikationsguerilla“ will anonym bleiben, ist der ZivilCourage aber bekannt.* ‹‹



## Aktionen

### Gedenken in Bremen

Ende April wurde das Mahnmal für den Deserteur Johann Gottfried Seume in



Bremen bei Bauarbeiten umgestoßen, aber rechtzeitig zum internationalen Tag der Deserteure und Kriegsdienstverweigerer am 15. Mai stand der es wieder an seinem Platz an der „kleinen Weser“ – so konnten wir unsere Kundgebung dort abhalten.

Johann Gottfried Seume war ein berühmter Dichter und Schriftsteller sowie der erste Deserteur 1783. Gäbe es seinen Reisebericht „Spaziergang nach Syrakus“ aus dem Jahre 1802 nicht, Johann Gottfried Seume wäre wahrscheinlich nur einigen wenigen Literaturwissenschaftlern und Historikern bekannt.

Klaus Schiesewitz zitierte Ludwig Baumann aus dem lesenswerten Buch „Niemand gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs“ von 2014, welches er 92-jährig verfasst hatte.

Der Hauptredner Dr. Wolfram Grams, pensionierter Schulleiter, referierte zum Thema „Desertieren ist Bürgerpflicht! Zur Kontinuität von Aufrüs-

zung und Militarisierung“, die heutige, wachsende Kriegsgefahr und die Notwendigkeit, demonstrativ zu kämpfen.

Umrahmt wurde die Veranstaltung, zu der 20 FriedensfreundInnen gekommen waren, von Musik der „Grenzgänger“ und von Hannes Wader aus der Verstärkeranlage.

*Herma Priebe*



### Friedensfahrradtour in Bayern

Mit dem Hiroshima-Gedenken am 6. August endete die 17. Friedensfahrradtour des bayerischen DFG-VK-Landesverbands. Ab dem 1. August waren die Friedensradler 350 Kilometer in Franken unterwegs, um für Frieden, Konversion und Abrüstung zu werben. In einer Abschlussbesprechung per Video-Schleife zeigten sich die Organisatoren sehr erfreut über die gelungene Radtour. „Mit einem neuen Konzept ausgerechnet unter Corona-Bedingungen zu starten, war schon ein gewisses Risiko“, so Willi Rester vom Orga-Team. Aber die Rechnung sei aufgegangen.

Mit höchstens 15 TeilnehmerInnen hatten die Organisatoren gerechnet. In der Spitze waren es dann doch 22 RadlerInnen, die in der ersten Augustwoche durch Franken fuhren und den Frieden- und Abrüstungsgedanken hochhielten.

Die Aktionen beinhalteten viel Bewährtes, doch auch Neues wurde gewagt. In Hammelburg kam der kommandierende Offizier des Truppenübungsplatzes zur Kundgebung der Pazifisten und stellte sich dem Disput. Gleiches hätte der Kommandeur der Kaserne Veitshöchheim ge-

tan, doch diese Aktion fiel (als eine von zwei) einem starken Regen zum Opfer. „Die Ansichten von Bundeswehr und Friedensbewegung liegen im Moment noch himmelweit auseinander“, so Brigadegeneral Matz, aber nur durch Miteinander-reden sei eine Verständigung überhaupt möglich. Er schätze faires gesellschaftliches Engagement, selbst wenn es sich gegen die Bundeswehr richte.

Gemäß dem Thema „Wer Krieg sät, wird Flüchtlingen ernten“ wurde spontan unter den Teilnehmern Geld gesammelt, das den Oberzellern Franziskanerinnen gespendet wurde. Diese und andere im Kirchenasyl engagierte Christen werden zur Zeit von der bayerischen Justiz mit einer Prozesswelle überzogen.

Bei acht Bürgermeistern, in der Mehrzahl Mitglieder der „Mayors for Peace“, informierten sich die Pazifisten über deren Initiative zur Abschaffung der Atomwaffen, Problemen und Chancen der Konversion, Abhängigkeiten von Rüstungs- und Militärstandorten sowie die Chancen eines dritten Bayerischen Nationalparks durch Aufgabe eines Truppenübungsplatzes.

Einen ganzen Vormittag hatten sich die Friedensradler auch Zeit genommen, um sich über die Konversionsabläufe der Bamberger Lagarde-Kaserne gründlich zu informieren. Ein Mitarbeiter des Konversionsbüros radelte mit ihnen über die aktuellen Baustellen und informierte sie fundiert über Vertragsverhandlungen, Konzeptausschreibungen und weitere Perspektiven.

Ebenso bereicherten Treffen mit Friedensgruppen vor Ort die Radtour: Das Friedensmuseum Nürnberg lud zum Mittagessen ein und zeigte die neueste Ausstellung, das Klimacamp Erlangen beteiligte sich mit einer Rede bei der örtlichen Kundgebung, in Eltmann informierte die örtliche DFG-VK über verborgene Militärinfrastruktur





im Main. Die Gewerkschaft GEW stellte Scouts von Forchheim bis Bamberg

inklusive einem engagierten ehrenamtlichen Stadtführer.

Mit 350 Kilometern an fünf Fahrtagen blieb diese Friedensfahrradtour deutlich unter früheren Strecken, eröffnete aber Raum für Gespräche und Reserven für Pannen und Abendgestaltung. Zu Beginn stand ein Seminartag über die Inhalte der einwöchigen Tour. Aber auch sichere, vorausschauende und rücksichtsvolle Fahrweise wurde trainiert, was sich auf manchen Streckenabschnitten als überaus wichtig herausstellte.

Medienberichte und Bilder werden zur Zeit zusammengestellt und bei Gelegenheit auf der Homepage des Landesverbands Bayern veröffentlicht.

*Willi Rester*

Auch der DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen führte in diesem Sommer wieder eine Friedensfahrradtour durch. Und der Landesverband Baden-Württemberg veranstaltete zum 17. Mal seinen Pacemakers-Radmarathon. Infos und Berichte gibt es auf deren Websites. <<

## Diskussion anlässlich des 100. Geburtstags: War Sophie Scholl Pazifistin?

Am 9. Mai wäre Sophie Scholl 100 Jahre alt geworden. Als Mitglied der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ hatte sie in München heimlich Flugblätter gegen das Nazi-Regime verteilt, wobei sie entdeckt und festgenommen wurde. Wegen „Wehrkraftzersetzung“, „Feindbegünstigung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde sie am 22. Februar 1943 vom sog. Volksgerichtshof in einem Schauprozess unter dem Vorsitz seines Präsidenten Freisler zum Tode verurteilt und noch am selben Tag – gemeinsam mit ihrem Bruder Hans und Christoph Probst, ebenfalls Mitglieder der „Weißen Rose“ – ermordet.

In der Beilage „Christ und Welt“ der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschien am 6. Mai ein Gespräch von drei Menschen, die Biografien über Sophie Scholl geschrieben hatten. Dabei unterhielten sich Robert M. Zoske, Maren Gottschalk und Hermann Vinke auch darüber, ob Sophie Scholl Pazifistin war. Wir dokumentieren die entsprechende Passage (das ganze Gespräch ist nachzulesen unter <https://bit.ly/3gfZ2xH>).

**Frage:** Wie einig sind Sie sich eigentlich in der Frage, ob Sophie Scholl eine Pazifistin war?

**Vinke:** Ich halte Sophie Scholl für eine politische Pazifistin. Sie hat sehr po-

litisch gedacht. Als politische Pazifistin kann man in konkreten Situationen differenzieren. Ich erinnere nur an den wichtigen Satz, den sie an Fritz Hartnagel schreibt, als dieser in den Krieg zieht: „Sag nicht, es ist fürs Vaterland.“ Das Gleiche gilt übrigens für die Widerstandskämpferin Cato Bontjes van Beek, die der Roten Kapelle in Berlin angehörte (...).

**Gottschalk:** Herr Zoske und ich sind da definitiv unterschiedlicher Meinung. Ich würde sie auf jeden Fall als Pazifistin bezeichnen. Es gibt so viele Zitate von ihr, in denen sie sich explizit gegen den Krieg stellt. Zwei Stellen in meiner Recherche haben mich dennoch irritiert. Einmal fragt Sophie Scholl, warum sich die Franzosen nicht gewehrt haben bei der Einnahme von Paris durch die Nazis. Es hätte ihr offenbar deutlich mehr imponiert, wenn sie bis zum letzten Schuss gekämpft hätten. Ich finde aber, man darf für pazifistische Werte eintreten und trotzdem Fragen wie diese stellen. Besonders als junger Mensch. (...)

**Zoske:** Ich verstehe unter Pazifismus die Ablehnung von Gewalt. Sophie Scholl war gegen den Krieg, aber sie war offenbar nicht gegen die Anwendung von Gewalt. Es gibt Berichte einer Freundin, aus denen hervorgeht, dass Sophie Scholl bereit gewesen wäre, zur Pistole zu greifen, hätte sie die Chance gehabt, Hitler zu erschie-

ben. Ihr Bruder trug eine geladene Waffe bei den nächtlichen Graffiti-Aktionen. Auf den Flugblättern der Weißen Rose stand, dass man Hitler beseitigen müsse – nicht abwählen, tatsächlich beseitigen. Ich gehe davon aus, dass auch Sophie Scholl mit diesen Flugblättern übereinstimmt. Ich würde schon sagen, sie war gegen den Krieg, aber in Extremsituationen nicht gänzlich gegen Gewalt. Nazi-Deutschland war eine solche Extremsituation, Gewalt schien für sie also legitim. Sie hat immer mit den Worten gekämpft. Aber sie wäre bereit gewesen, zur Waffe zu greifen.

**Gottschalk:** Sie hat nie versucht, an eine Waffe zu kommen, plante keine Attentate, soweit wir das wissen. Ich finde, dieses Gedankenspiel über das Schießen auf Hitler kann man deshalb nicht so hoch bewerten. Ein zentraler Satz für mich ist vielmehr, als sie sagt, Krieg bedeute, Menschen bringen andere Menschen in Gefahr. Sie unterscheidet dabei nicht zwischen Deutschen, Polen, Franzosen.

**Zoske:** Ich finde, man muss jeden einzelnen Satz von ihr ernst nehmen.

**Vinke:** Ich halte das für dahingesagt. Sie hat ihren Freund davon überzeugt, dass dieser Krieg ein verbrecherischer ist. Das ist pazifistische Überzeugung pur.

## Kreuzzug gegen den Bolschewismus

### NS-Propaganda zur Rechtfertigung des Überfalls und deren Fortwirkung nach dem Krieg

Von Wolfram Wette

**D**er deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 setzte europaweit eine antibolschewistische Bewegung in Gang. „Es macht sich so etwas wie eine Kreuzzugsstimmung in Europa breit. Das können wir gut gebrauchen“, notierte Propagandaminister Goebbels in sein Tagebuch. Für die deutsche Propaganda ein Anlass, in der Auslandspropaganda verstärkt die europäische Dimension des Krieges Deutschlands und seiner Verbündeten gegen die Sowjetunion zu betonen. Die Idee von einem „Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus“ zu sprechen, kam offenbar aus dem Auswärtigen Amt. Am 29. Juni 1941 erklärte es: „Der Kampf Deutschlands gegen Moskau wird zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus. Mit einer über die Erwartungen hinausgehenden Anziehungskraft erfasst die Erkenntnis, dass es hier um die Sache Europas geht, den ganzen Kontinent, Freunde, Neutrale und selbst jene Völker, die noch vor kurzem mit Deutschland die Klängen gekreuzt haben.“ Deutschland beanspruchte fortan „ein europäisches Mandat“ für jenen „Kreuzzug“, der letztlich ein „gesamt-europäischer Freiheitskrieg“ sei.

Damit vertieften Außenminister Ribbentrops Propagandisten das von der NSDAP in den 1930er Jahren mit seiner Devise „Bolschewismus gleich Weltfeind Nr. 1“ vorgegebene dichotomische Weltbild. Sie rechtfertigten den Krieg als „säkulare Auseinandersetzung zwischen den Kräften der Zerstörung und denen der Erneuerung“.

Es ging darum, die deutsche Aggression als einen „gerechten“ Krieg erscheinen zu lassen und ihn mit dem Nimbus der Heiligkeit auszustatten. Gerade für eine religiöse Sinngebung waren die Deutschen aufgrund

der traditionellen Nähe der Kirchen zu deutsch-nationale Auffassungen in hohem Maße ansprechbar,

Goebbels wollte sich mit dem Begriff „Kreuzzug“ nicht gerade anfreunden, obwohl er wusste, dass Hitler darauf drängte, den Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ zu versehen, um damit eine Beziehung zu den mittelalterlichen Kreuzzügen herzustellen. Friedrich I., genannt Barbarossa („Rotbart“), führte den dritten Kreuzzug zur Befreiung Jerusalems (1189-1190) an. Seit dem späten 19. Jahrhundert verband sich in Deutschland mit dem Namen des Stauferkaisers der Mythos des Schutzpatrons der abendländischen Kultur. Goebbels wusste, dass die Kreuzzüge Ströme von Blut gekostet, aber keinen vollen Erfolg gebracht hatten, und dass Barbarossa im dritten Kreuzzug umgekommen war. Würde die Erinnerung daran nicht eher negative Assoziation auslösen?

Jedenfalls gab der Propagandaminister am 27. Juni 1941 vor, fortan lieber von einem „Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus“ zu sprechen. Tatsächlich dauerte es nicht lange, bis die britische und die sowjetische Propaganda über den „Hakenfeldkreuzzug“ spotteten und vorhersagten, dass der deutsche Krieg im Osten das Schicksal früherer Kreuzzüge teilen würde.

Die Truppen der Kreuzzüge setzten sich aus Freiwilligen unterschiedlicher europäischer Nationalitäten zusammen. Seit Sommer 1941 entstanden wiederum in mehreren europäischen Ländern ähnliche Freiwilligen-Formationen – jedoch unter faschistischem Vorzeichen. Bereitwillig unterstellten sie sich deutschem Oberbefehl, um mit den Deutschen den „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ zu führen.

Solch nationalen Kontingente kamen aus Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Spanien, Frankreich, Skandinavien, Niederlande, Luxemburg, Belgien und Kroatien, also aus fast allen Ländern Europas. Der europäische Faschismus erhob sein Haupt.

### Das Fortwirken des aggressiven Antikommunismus im Kalten Krieg.

Nach Kriegsende verschwand das Feindbild „jüdischer Bolschewismus“ zunächst in der Versenkung – um alsbald in neuem Gewande wieder aufzuerstehen. Der rassistische Begriff „jüdisch“ verschwand und statt „Bolschewismus“ war jetzt von „Kommunismus“ die Rede. Der Feind blieb der gleiche: die Sowjetunion und ihre angeblichen Handlanger im Inneren, die man als „Fünfte Kolonne Moskaus“ denunzierte. Im Hinblick auf die Verwendung des traditionsbelasteten Feindbildes gab es keine „Stunde Null“, sondern vielmehr eine bemerkenswerte und wirkmächtige Kontinuität.

Bereits in der Endphase des Weltkrieges traten die unterschiedlichen politischen Vorstellungen der Westalliierten und der Sowjetunion über die Neuordnung der Welt zutage. Sie führten schließlich zum Bruch der Anti-Hitler-Koalition und zur Entstehung des Kalten Krieges zwischen West und Ost. Europa sah sich in zwei feindliche Machtblöcke geteilt, die sich als Militärbündnisse organisierten (Nato und Warschauer Pakt). Dem Denkmuster der Totalitarismus-Theorie verpflichtet, schätzte die US-amerikanische Administration die Sowjetunion – und im weiteren Sinne den Weltkommunismus – ebenso wie den Nationalsozialismus als antidemokratische, diktatorische Herrschaft und als latent aggressiv ein. Auf dieser Ba-

sis entwickelte die westliche Großmacht ihre Eindämmungsstrategie und reaktivierte zur Rechtfertigung ihrer Politik das alte antibolschewistische bzw. antikommunistische Zerrbild. Das führte zu einer neuerlichen Vergiftung der internationalen Beziehungen. Feinddenken versperrte einmal mehr den analytischen Blick auf das nationale Interesse und Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, das sich nicht erneuten deutschen oder westlichen Angriffen ausgesetzt sehen wollte und daher durchaus als defensiv zu verstehen war.

Der Konflikt zwischen Ost und West spiegelte sich im geteilten Deutschland in der Weise wider, dass die sowjetisch besetzte Zone und spätere DDR ein Russland-Freundbild pflegte und sich auf der anderen Seite, in der Bundesrepublik, die politische Elite in dem Gedanken sonnte, am traditionellen Feindbild Sowjetunion festhalten zu können. Auch die Masse der ehemaligen Nationalsozialisten und Wehrmachtssoldaten mögen jetzt gedacht haben: Wir standen eben schon immer „auf der richtigen Seite“ – was es ihnen einmal mehr erleichterte, den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu verdrängen und die Verbrechen zu leugnen. Es steht außer Frage: die Bundesrepublik Deutschland war der einzige Staat Europas, der nach dem Krieg an einem zentralen Strang der Nazi-Propaganda festgehalten hat, nämlich dem Antibolschewismus. Der alte Feind Sowjetunion war auch der neue, den man nun zusammen mit den westlichen Siegermächten erneut in die Schranken zu weisen habe.

Längst gefiel diese Kontinuität der Feindbildpropaganda nicht allen Menschen in der Bundesrepublik. Die Oppositionellen organisierten sich in einer breiten Protestbewegung gegen Adenauers Politik der Wiederbewaffnung und der mit antikommunistischen Feindbildern gerechtfertigten Westintegration. Damit einher ging die Vision eines respektvollen Zusammenlebens in Europa, das nicht durch Feindbilddenken und Wettrüsten ver-

giftet und in dem die Möglichkeit offen gehalten war, Vertrauen zu bilden und mit Leben zu erfüllen.

**Kooperation mit den westlichen Siegermächten im Geiste des Antikommunismus.** Die neue Mächtekonstellation führte im westlichen Teil Deutschlands zu erstaunlichen Formen der Zusammenarbeit. Während die Besatzungspolitik noch dem deklarierten Kriegsziel „Ausrottung des deutschen Militarismus und Faschismus“ folgte, streckten die westlichen Alliierten in ihren Besatzungszonen ihre Fühler nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den vormaligen Feinden aus. Ihr Anliegen stieß bei deutschen Antibolschewisten auf einen fruchtbaren Boden, weil es ihnen unverhofft die Gelegenheit eröffnete, aus dem politischen Abseits herauszutreten und ihre antibolschewistische Speerspitze zu reaktivieren.

Kooperation gab es auf der Ebene der Geheimdienste, des Militärischen und der Propaganda. Die Abteilung „Fremde Heere Ost“ des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) nahm bereits vor der Kapitulation Verbindungen mit der US-Army auf. Der Vorstoß fand den Segen des Interims-Staatsoberhauptes Dönitz. Wes' Geistes Kind der Marineoffizier war, ist seinem Aufruf vom 1. Mai 1945 zu entnehmen, in dem er verkündete, Hitler habe bis zu seinem letzten Atemzug gegen den Bolschewismus gekämpft, und diesen „Kampf gegen den Bolschewismus“ wolle er nun weiterführen.

Die USA interessierten sich besonders für die Kriegserfahrungen des deutschen Feindnachrichtendienstes im Osten, der nun als „Organisation Gehlen“ firmierte und später im Bundesnachrichtendienst (BND) aufging. Die US-Army nahm die Gehlen-Truppe unter ihre Fittiche und versicherte, deren Tätigkeit liege im gemeinsamen deutsch-amerikanischen Interesse „an der Verteidigung gegen den Kommunismus“. Dem gleichen Ziel dienten auch jene 328 höheren Wehrmachtsoffiziere, die sich in amerikanischer Kriegsgefangenschaft bereitfanden, in

der „Historical Division“ der US-Army auf der Basis der deutschen Operationsakten „studies“ über das militärische Geschehen im Osten zu verfassen. Der vormalige Generaloberst Franz Halder begründete seine Kooperationsbereitschaft und die seiner Kameraden – ebenso wie zuvor schon Dönitz und Gehlen – mit dem Argument, es gehe darum, „den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen“. Aus eigenem Antrieb bot der Wehrmacht-Oberst i.G. Graf Kielmansegg der britischen Siegermacht die Aufstellung eines „Deutschen Korps unter englischem Oberbefehl“ in einer Stärke von 50 000 Mann an, um bei einem für möglich gehaltenen neuerlichen Aufflammen des Krieges „gegen den Bolschewismus“ auf der richtigen Seite mit dabei zu sein.

Eine Schlüsselfigur für das Fortwirken der antibolschewistischen Propaganda über die politische Zäsur des 8. Mai 1945 hinweg war der NS-Funktionär Eberhard Taubert (1907-1978). Unter Hitler und Goebbels als Ministerialrat im „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP)“ tätig, hatte er die „Abteilung Ost“ geleitet, in der 450 Beamte antibolschewistische Propaganda in den besetzten Ostgebieten betrieben. Taubert nahm sozusagen die Rolle des Chefpropagandisten des RMVP gegen den Bolschewismus ein. Wie sein Drehbuch zu dem Film „Der ewige Jude“ belegt, war er zudem ein fanatischer Judenhasser. Nach dem Krieg arbeitete er u. a. für den britischen und den amerikanischen Geheimdienst. In der Bundesrepublik gründete er den – als „Volksbund für Frieden und Freiheit“ getarnten – Zusammenschluss aller antikommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik, den man sich als eine Nachbildung der nationalsozialistischen Anti-Komintern vorstellen muss. 1958 holte ihn Verteidigungsminister Franz-Joseph Strauß (CSU) als Berater für das neu eingerichtete Referat „Psychologische Kampfführung“ in sein Ministerium. Somit verkörpert Taubert wie kaum ein anderer ein halbes Jahrhundert antibolschewistische »

» und antikommunistische Propaganda in Deutschland – sowohl vor als auch nach 1945.

## Ein deutsches Trauma: „Die Russen kommen!“

Die nach dem Zweiten Weltkrieg weit verbreitete deutsche Angst vor „den Russen“ speiste sich zu einem erheblichen Teil aus der NS-Propaganda, insbesondere aus der Gräuelpopaganda der Nazis in der letzten Kriegsphase, die unter Hinweis auf schwere Ausschreitungen und die große Zahl von Vergewaltigungen durch Soldaten der Roten Armee zum fanatischen Durchhalten aufrief, aber auch das Gegenteil zur Folge haben konnte, wie unter anderem die selbstmörderischen Panikreaktionen in der Stadt Demnin belegen. Die Kampagnen hinterließen ihre Spuren in den Köpfen der Menschen, ebenso wie andere Kriegsende-Erfahrungen der Deutschen – Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung, Zusammenbruch der politischen und militärischen Macht. Am Ende betrachteten sich die besiegten Deutschen zunehmend als die „eigentlichen Opfer“, ergingen sich in Selbstmitleid und verdrängten die Tatsache, dass sie selbst ihre Lage verschuldet hatten.

Der Unwille, sich in die Lage der – von deutscher Aggression überzogenen – Menschen in der Sowjetunion zu versetzen, war auch noch Jahrzehnte später zu beobachten. In Russland stets mit großem Befremden wahrgenommen, wies der russische Deutschland-Kenner und hochrangige sowjetische Politiker Nikolai Portugalow (1928-2008) im Jahre 1989 darauf hin. Die Deutschen, sagte er, hätten eine große, „nicht-anerkannte und unbereute Schuld“ auf sich geladen. Und weiter: „Die Ungeheuerlichkeit des Vorgangs, dass gerade die Deutschen unermessliches Leid über unser Land gebracht hatten, ist nicht nur an dem materiellen Schaden zu messen, auch nicht nur an den Toten, den Verkrüppelten, an der Verwüstung, der verbrannten Erde und dergleichen mehr. Der Vorgang, schon der Wille, die Sowjetunion zu vernich-

ten, ist ungeheuerlich. Das hätten wir in unserer Geschichte wohl vielleicht von Tartaren erwartet, im frühen Mittelalter, aber doch nicht von den Deutschen!“

Portugalow, als Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und als Berater von Parteichef Gorbatschow auf sowjetischer Seite führend an der Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt, gehörte zu jenen Russen, die trotz des Zweiten Weltkrieges auf eine deutsch-russische Symbiose hofften, und leistete dazu unter anderem mit der Übersetzung von Werken von Brecht und Böll in die russische Sprache einen eigenen Beitrag. Hat es wirklich zur Aussöhnung beigetragen?

Im Westdeutschland der 1950er Jahre lebten die Angehörigen der Kriegs- und die Nachkriegsgeneration mit Bedrohungsängsten wie „Die Russen kommen!“ – geschürt von einer antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda. Aber es steckte mehr dahinter: Man befürchtete – nur selten offen ausgesprochen –, die auf Rache sinnenden Russen könnten den Deutschen womöglich das antun, was diese in den Kriegsjahren 1941-1944 den als Untermenschen geltenden Russen angetan hatten – eine zentrale Erkenntnis, die in der historisch-politischen Literatur kaum die nötige Aufmerksamkeit findet. Wir haben es mit dem klassischen Falle einer Projektion zu tun. Sie verdeckte das Wissen der Täter des mehrjährigen deutschen Vernichtungskrieges in der Sowjetunion. Russenfurcht erlaubte es vielen Deutschen weiterhin, ein gutes Gewissen zu haben und das eigene Böse zu verdrängen.

Mit der kultivierten Russenangst wurde der Spieß einmal mehr umgedreht: Nicht Deutschland war nunmehr schuld an der Feindkonstellation des Kalten Krieges, sondern die Russen von heute, die Westdeutschland und den Westen bedrohten. Mithilfe dieser Schuldabwehr gelang es den Anhängern der Politik Adenauers, in die Rolle des – potenziellen – Opfers sowjetischer Aggression schlüpfen. Die Option, eigene Schuld anzu-

erkennen und Reue zu zeigen, blieb weitgehend auf der Strecke.

Das Fortwirken der NS-Propaganda im Kalten Krieg zeigte sich auch auf dem Feld der Militärpolitik. Als sich im Sommer 1950 ehemalige hochrangige Offiziere der Wehrmacht auf Geheiß von Bundeskanzler Adenauer (CDU) im Eifelkloster Himmerod trafen, um im Geheimen über die Aufstellung einer „neuen Wehrmacht“ zu beraten, orientierten sich die vormaligen Generale Hitlers in ihren Planungen bedenkenlos am „Vorbild Wehrmacht“. In Himmerod wurde die Bundeswehr – wie vormals die Wehrmacht – „auf einen den gesamten Kontinent Europa umfassenden Kampf ausgerichtet, [...] von den Dardanellen bis nach Skandinavien“. In der Kontinuität ihres antibolschewistischen und antikommunistischen Weltbildes verknüpften die westdeutschen Militärplaner ihre Erfahrungen im nationalsozialistischen „Ostkrieg“ samt seiner Vernichtungsdoktrin mit dem Kalten Krieg.

Verbesserungen des internationalen Klimas in Europa brachte die deutsche Entspannungs- und Ostpolitik der 1970er Jahre. Aber in den Köpfen der Gegner lebten und leben die alten Feindbilder fort. Ende der 1980er Jahre, als sich das Ende des Kalten Krieges ankündigte, klang die Idee eines „Friedens mit der Sowjetunion“ für viele wie Zukunftsmusik. Neuerliche Warnungen, Russland sei eine Bedrohung für den Frieden, lassen leicht vergessen, dass nicht die Russen, sondern die Deutschen den Menschen in zwei Weltkriegen unermessliches Leid zugefügt haben.

*Wolfram Wette ist pensionierter Professor für Neueste Geschichte, Friedensforscher und DFG-VK-Mitglied. Für die Veröffentlichung hier wurde sein Beitrag erheblich gekürzt. Der vollständige Text mit Quellenhinweisen findet sich auf der ZivilCourage-Website: <https://bit.ly/3seJL4Y> Ein inhaltsgleicher Beitrag ist in der Wochenzeitung „Die Zeit“ unter dem Titel „Der Hakenkreuzzug“ am 10. Juni 2021 erschienen. <<*

# Schatten der Vergangenheit

## Sowjetische Kriegsgefangene in Nordrhein-Westfalen – eine Spurensuche

Von Hannelore Tölke

In diesem Jahr ist es 80 Jahre her, dass Nazideutschland die Sowjetunion überfiel und einen Vernichtungskrieg gegen sie führte. Nach offiziellen Angaben starben 27 Millionen Menschen. Fünf Millionen sowjetische Soldaten gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, von denen mindestens drei Millionen ums Leben gebracht wurden. Bis zum Februar 1942 kamen zwei Millionen Rotarmisten in den Lagern in Fronnähe, auf Hungermärschen oder auf Transporten ins Reichsgebiet um. Sie verhungerten, starben an mangelnder Versorgung oder wurden exekutiert. Der Tod von Millionen Menschen wurde durch ein rassistisches und menschenverachtendes Programm der Nazis gerechtfertigt.

Doch schon im Sommer 1941 forderte die deutsche Industrie und insbesondere die Reichsvereinigung Kohle den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen, um die Arbeitskräfte, die durch Einberufungen zur Wehrmacht fehlten, zu ersetzen. Dieser Arbeitseinsatz wurde Ende Oktober 1941 möglich. Für die Gefangenen änderte sich nichts. Der Vernichtungskrieg setzte sich im Deutschen Reich fort. Im Herbst 1941 befanden sich 350 000 sowjetische Kriegsgefangene im Reichsgebiet, 48 000 im Stalag (Stamm lager) VI K Senne bei Stukenbrock. Das Stalag VI K war damals ein umzäuntes, unbebautes Areal, die Gefangenen hausten in Erdlöchern. Unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen, Hunger, fehlende Versorgung und eine demütigende Behandlung blieben das Schicksal der Gefangenen.

Die Gefangenen wurden aus dem Stalag VI K ins Ruhrgebiet gebracht und mussten auf Zechen, in Stahlwerken und Rüstungsbetrieben Zwangsarbeit leisten. Viele verloren hier ihr

Leben. Es gibt kaum eine Gemeinde in NRW, auf deren Friedhof keine Gräber von sowjetischen Kriegsgefangenen sind.

Um den Bedarf an Arbeitskräften für den Ruhrbergbau zu decken, wurde im November 1942 das Stalag VI A in Hemer zum Sondermannschaftslager umfunktioniert. Die Gefangenen kamen von dort direkt in die Arbeitskommandos der Zechen des Ruhrbergbaus. Waren sie durch Krankheit und Hunger geschwächt und konnten schwere Arbeit in den Bergwerken und Rüstungsbetrieben nicht mehr leisten, schickte man sie zurück in die Stalags. Ein Geistlicher, der das Stalag VI D in Dortmund heimlich besuchte, beschrieb den Zustand der Krankenbaracke als so katastrophal, dass er ihn nicht in Worte fassen könne, da jede noch so makabre Beschreibung die Realität nicht widerspiegelt. Die Gefangenen, die im Stalag VI D starben, wurden auf dem jüdischen Friedhof in Dortmund anonym begraben. Im Stadtarchiv Dortmund befindet sich zwar das Sterbebuch für „sowjetische Militärangehörige“. Es enthält weit über 4 000 Einträge, aber nur 650 Namen. Allen anderen Verstorbenen wurden mit „unbekannt“ eingetragen.

In der Nachkriegszeit geriet das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen schnell in Vergessenheit. Die Gräber auf vielen Friedhöfen wurden eingeebnet. Oft erinnert nur ein Grabmal allgemein an die Verstorbenen, eine persönliche Erinnerung gibt es nicht.

Die Ehefrauen und Kinder der in Deutschland umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen suchten oft jahrzehntelang nach ihrem Ehemann oder Vater. Unterstützt durch die Recherchemöglichkeiten des Internets haben sie heute die Möglichkeit, ihren Angehörigen ausfindig zu

machen. Jeder Kriegsgefangene erhielt bei seiner Registrierung eine Erkennungsmarke und eine Personalkarte. Die Registrierungsdokumente der Rotarmisten wurden bei ihrem Tod an die Wehrmachtsauskunftsstelle gesandt und in den 1960er Jahren an die Heimatländer übergeben. Heute sind diese Dokumente in einer Datenbank online abrufbar. Viele Familien aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stellen Nachforschungen an und bitten den Historischen Verein *Ar.kod.M* um Hilfe. In der Broschüre „Schatten der Vergangenheit“ berichten die Autor\*innen über diese Recherchen und über ihre Erfahrungen in nordrhein-westfälischen Gemeinden.

*Hannelore Tölke ist seit vielen Jahren Mitglied der DFG-VK und war aktiv im Landesverband NRW.*

*Die Erstellung der Broschüre „Schatten der Vergangenheit“ wurde gefördert durch die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK. Sie ist zum Preis von 2 Euro (zzgl. Porto) erhältlich unter [ar.kod.m.ev@gmx.de](mailto:ar.kod.m.ev@gmx.de) (Telefon: 0160-99 10 99 90, [www.kriegsopferdaten.de](http://www.kriegsopferdaten.de))* <<



## Zwitschernde Friedensbewegung

### Die Möglichkeiten der sozialen Medien bei der Friedensarbeit

Von Robert Hülsbusch

Jetzt geht die Post ab! Ein neues Zeitalter beginnt – auch für die Friedensinitiative Nottuln (FI). Mit größerer Reichweite. Vor 40 Jahren, 1981, gegründet, informierten wir Menschen in Nottuln mit einem unregelmäßig geschriebenen „Rundbrief“. Wirklich – mit Briefpost. Abends in der Alten Amtmannei, wo wir uns jeden Montagabend treffen, wurden die Adressen auf die Briefumschläge handgeschrieben, die Briefmarken aufgeklebt. 80 bis 100 Rundbriefempfänger erreichten wir.

Vor 25 Jahren sind wir ins moderne digitale Zeitalter eingestiegen. Die Infos werden seitdem per „Newsletter“ gemailt. 350 Interessenten haben sich in den Verteiler selbst eingetragen. Ein Klick und schon sind die Infos dort. Weil es so einfach geht, werden deutlich mehr Informationen herausgeschickt. Zu allen Aktionen und Veranstaltungen laden wir ein. Mit guter Resonanz.

Und wieder haben sich die Zeiten geändert. Junge Menschen erreichen wir per Mail nicht. Das ist „old school“. Es gibt ganz andere Medien, schneller, weitreichender, moderner gestaltet, von jungen Menschen konsumiert und bedient – Social Media. Seit einigen Wochen ist die FI Nottuln dabei. Und schon jetzt wird deutlich, welche Möglichkeiten diese (für uns) neuen Medien bieten: Facebook und Instagram.

**Jeder zweite Deutsche nutzt Facebook täglich.** 75 Prozent der Deutschen verwenden täglich „WhatsApp“, 49 Facebook, 34 Youtube und 25 Instagram.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Einfache Benutzung, kostenlos, das „Medium von unten“. Bekannte politische Bewegungen wären nicht so groß und erfolgreich geworden ohne

diese Medien: der Arabische Frühling, Me too, Trump (@). Natürlich gibt es starke Argumente gegen die Nutzung dieser Medien – die Abhängigkeit von kapitalistischen Großkonzernen, intransparente Algorithmen, Datenschutzprobleme usw.

Die Möglichkeiten sind dagegen gigantisch. Das haben wir mit unserem neuen Facebook-Account erfahren: Wir kündigen eine Veranstaltung an. Mittlerweile haben wir 120 Follower/„Freunde“ auf Facebook, die jeweils unsere Einträge sehen können. Die Veranstaltung können wir jedoch recht einfach weit über diese Gefolgschaft hinaus bewerben. Wir sind mehreren Gruppen beigetreten. Diese gibt es in jedem Ort, heißen oft „Du bist Nottulner, wenn...“ „Du bist Dülmener, wenn...“ Allein in der Nottulner Gruppe haben sich über 3000 User eingetragen. Die Veranstaltung, die wir – ganz einfach – mit Text und Foto auf unserem Facebook-Account als Ankündigung erstellen, verteilen wir in diese Gruppen. So sehen allein mehr als 3000 weitere Nottulner unseren Veranstaltungshinweis; rechnet man die Gruppen der umliegenden Orte hinzu, kommen wir schnell auf 10000 Menschen, die informiert werden. Noch haben die Printmedien größere Auflagen, doch die Zahl der LeserInnen reduziert sich fast täglich. Und junge Leute sind über die Zeitungen kaum noch erreichbar – aber über die sozialen Medien.

**Mobil, schnell, emotional: Die jungen Leute nutzen Instagram.** Noch interessanter für die jüngere Generation ist der Messenger Instagram. Eine Milliarde Menschen haben weltweit ein Instagram-Konto, 21 Millionen in Deutschland. Vor allem die 25- bis 34-Jährigen nutzen in erster Linie Instagram – eine für die Friedensbewe-

gung sehr interessante Gruppe, die so medial erreichbar wird.

Dabei kommt Instagram dem Medienkonsumverhalten der jüngeren Generation sehr entgegen: Instagram wird in erster Linie über Smartphones genutzt. Bilder und Videos mit kurzen Texten werden transportiert. Kommunikation und Interaktion stehen im Vordergrund.

Das birgt große Möglichkeiten auch für Friedensgruppen: Austausch und Absprachen sind schnell und unkompliziert möglich – ebenso die Gewinnung von SpenderInnen und neuen Mitgliedern. Schnell und einfach lassen sich Veranstaltungen bewerben, aber auch durch gezielte Fotos und kleine Videos das Image der Gruppe verbessern. Eine tolle Möglichkeit sind Livestreams. Eine Veranstaltung, eine Aktion kann jede/r so live über das Internet auf der ganzen Welt verfolgen. Und dann: Die Posts, die Fotos, Videos, Texte, auf Instagram hochgeladen, können mit einem kleinen Klick auch mit dem Facebook-Account automatisch verbunden werden. Besser geht es nicht. Kleine Tools, die kostenlos zum Download im Internet bereitstehen, helfen, Fotos zu bearbeiten, Filme zu schneiden, Texte zu layouten.

Wichtig ist bei der Flut von Informationen, dass die eigenen Posts richtige Eye-Catcher sind, auch Gefühle transportiert werden.

**Ergänzen den mediale Auftritt: Twitter und Youtube.** Immerhin



12 Millionen Menschen nutzten in Deutschland 2021 den Messenger Twitter. Dabei wird dieser vor allem von JournalistInnen und PolitikerInnen genutzt, als Fachplattform. Sich hier einzuklinken, erhöht die Chance, von den Medien und der Politik wahrgenommen zu werden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, sich mit PolitikerInnen regelmäßig auszutauschen, sich mit Ideen, Fragen und Forderungen an die Politik einzubringen: Tweets absetzen und retweeten. Neben kurzen Texten (bis zu 280 Zeichen) ist der Transport von Fotos und Videos möglich. Wie bei Facebook können interessante Posts geteilt werden.

**Youtube, ein Kanal mit großer Reichweite** – auch für Dokumentationen. Bedingt durch das kleine Virus Corona wurden die großen Möglichkeiten von Videokonferenzen und virtuellen Vorträgen entdeckt. Eine große Bereicherung und eine Vergrößerung des Aktionsradius, hinter der es auch ohne Pandemie sicher kein Zurück mehr geben wird. Besonders gut: Vorträge können aufgezeichnet und auf Youtube hochgeladen werden. So bleiben sie erhalten und können auch nachträglich von einer großen Adressatengruppe angeschaut werden.

Eine Umfrage 2017 zur Nutzung von Youtube stellt die großen Möglichkeiten dieses Kanals heraus: Danach nutzten in der Altersgruppe 14 bis 19 Jahre 100 Prozent der Befragten Youtube, in der Altersgruppe 20 bis 29 96 Prozent und selbst in der Altersgruppe 60 Jahre und darüber noch 68 Prozent. Zu beachten ist, dass das Drehen und Schneiden von Videos durchaus kompliziert ist und gelernt werden muss. Wie bei allen Veröffentlichungen ist auf Qualität zu achten. Wie bei

den anderen Messenger gibt es auch für Youtube einen sehr effektiven Support.

Und es gibt Michael Schulze von Glaßer, den politischen Geschäftsführer der DFG-VK. Wer eine Einführung in Social Media wünscht, wer Unterstützung braucht, Tipps und Hinweise, der ist bei Michi genau richtig. Nun bot er zum ersten Mal einen dreiteiligen Social-Media-Workshop an – in Pandemiezeiten natürlich per Videokonferenz. Zehn TeilnehmerInnen aus der ganzen Bundesrepublik nahmen daran teil, vollkommene Anfänger, aber auch Leute, die schon Erfahrungen hatten. Und es gab viel zu lernen und zu üben. Besonders attraktiv darüber hinaus: Das Angebot von Michi, Einzeltermine mit ihm zu machen.

Dieses Angebot nutzte nach der Teilnahme am Workshop die FI Nottuln sehr intensiv. Zusammen mit ihm erstellte die FI Facebook- und Instagram-Seiten, richtete diese ein und postete die ersten Beiträge. Und das mit Erfolg. Auf Facebook folgen nun schon 120 Leute der Friedensinitiative Nottuln, auf Instagram über 70 – Tendenz steigend. Und immer wieder mit Resonanz. Noch gehen die Rückmeldungen nicht durch die Decke. Aber auch hier ist die Tendenz steigend. Wir werden wahrgenommen. Von Menschen, die uns inhaltlich nahestehen, aber auch von Organisationen, die erst mal nicht zu unseren Unterstützern gehören. So von der CDU Nottuln. Als wir einen Spruch von Wolfgang Borchert auf einem Banner ans Rathaus hefteten, folgte die Reaktion der Christdemokraten: „Gefällt uns!“

Und wir nehmen wahr. Die Vernetzung mit so vielen Friedensgruppen in der Bundesrepublik



schreitet voran. Unglaublich, was da an allen möglichen Orten passiert. Das hätten wir uns so nicht vorstellen können. Deutlich wird durch das Nutzen der Sozialen Medien: Wir sind nicht allein, sondern Teil eines deutschen und internationalen Netzwerkes. Ideen werden ausgetauscht, Informationen über eine Flut von Veranstaltungen und Aktionen, FriedensaktivistInnen lernen sich kennen und schätzen, vereinbaren Kooperationen, sprechen gemeinsame Termine und Veranstaltungen ab. Das Ziel: Die Friedensarbeit voranbringen! Bedenken und Vorsicht sind bezüglich der Nutzung der neuen Sozialen Medien angebracht. Diese zu nutzen, darauf können und sollten wir nicht verzichten. Was für eine Zukunft! Vor Jahren noch nicht vorstellbar. Die Post geht ab.

*Robert Hülsbusch ist seit Jahrzehnten aktiv in der Friedensinitiative Nottuln, eine Gemeinde mit annähernd 20000 EinwohnerInnen im Landkreis Coesfeld in NRW. Er ist DFG-VK-Mitglied und war vor einigen Jahren eine Amtsperiode Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis.*

*In der ZivilCourage 2/2021 (Seite 12 f.) hat Robert Hülsbusch unter der Überschrift „Befragung eines Kriegsdienstverweigerers“ beschrieben, wie die Auseinandersetzung um Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung sein Leben „reich“ gemacht haben. <<*

# Die Forderung: Atomwaffen verbieten

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl der von der DFG-VK mitgetragenen Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“

In der aktuellen Legislaturperiode konnte die Friedensbewegung einige beachtliche Erfolge erzielen, um Druck für nukleare Abrüstung zu machen. Mehr als 120 Städte haben inzwischen den Ican-Städteappell unterzeichnet und fordern die Bundesregierung dazu auf, dem UN-Atomwaffenverbot (AVV) beizutreten. Mit Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz konnten sogar vier Bundesländer dazu gewonnen werden, sich diesem Appell anzuschließen. Ein weiterer großer Erfolg war das Einwirken der Friedensbewegung auf die SPD, als es um die Anschaffung eines neuen Trägersystems ging. Kein neuer Atombomber in der 19. Legislaturperiode. Doch wie geht es bei diesem und weiteren Kernforderungen der Kam-

pagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ nach der Wahl weiter?

Wir haben in die Wahlprogramme geschaut und uns gefragt, wie die Parteien zu den zentralen Forderungen unserer Kampagne stehen.

**CDU/CSU:** Die Unionsparteien betonen, solange es Staaten mit Atomwaffen gebe, brauche Europa „weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA“. Daher sind sie für eine „entschlossene Fortsetzung“ der nuklearen Teilhabe Deutschlands und die Bereitstellung der notwendigen Mittel (sprich: neuer Atombomber für die Bundeswehr) dafür. Die langfristige Vision sei eine Welt, „in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind“. Sie wollen daher Initiativen unterstützen, „die zu mehr Sicherheit beitragen“. Konkrete Schritte dorthin gibt es aber nicht. Der Atomwaffenverbotsvertrag wird nicht genannt.

**SPD:** Die SPD betont, sie sei für eine Welt ohne Atomwaffen. Dafür will sie sich für Abrüstungsverhandlungen einsetzen – auch mit dem Ziel, „die in Europa und in Deutschland stationierten Atomwaffen endlich abzubauen und zu vernichten“. Deutschland solle die Intentionen des UN-Atomwaffenverbotsvertrages als Beobachter „konstruktiv begleiten“. Die Entscheidung über einen Nachfolger der Tornado-Kampfflugzeuge macht die SPD von einer sorgfältigen Erörterung der nuklearen Teilhabe abhängig.

**Bündnis 90/Die Grünen:** Der Anspruch von Bündnis 90/Die Grünen ist „nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt“. Sie wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Die Formulierungen dazu sind jedoch sehr schwam-

mig. Wann soll dies geschehen? In der nächsten Legislaturperiode oder in 20 Jahren? Die Grünen sprachen sich ebenfalls dagegen aus, ein klares „Nein“ zu einem neuen Atombomber in ihr Wahlprogramm aufzunehmen, wie wir in einer Pressemitteilung zum Wahlparteitag der Grünen im Juni herausgearbeitet haben. Deutschland solle zuerst mit einem Beobachterstatus an der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages teilnehmen und u.a. eine internationale Initiative zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen starten. (...)

**Die Linke:** Deutschland muss, so die Linke in ihrem Wahlprogramm, den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen, die nukleare Teilhabe in der Nato beenden und darf keine Trägersysteme bzw. Pilotinnen und Piloten mehr für den Einsatz von Atomwaffen bereitstellen. Die US-Atomwaffen sollten sofort aus Büchel abgezogen und vernichtet werden. (...)

**FDP:** Die Freien Demokraten bekennen sich zum „langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt“. Auf Grund der zunehmenden Gefahr durch Nuklearwaffen wollen sie, dass Deutschland und Europa Impulsgeber sind, um Abrüstungs- und Rüstungskontrollinstrumente „zu erneuern und neu zu denken“. Zu unseren konkreten Forderungen verhalten sich die Liberalen nicht. Auf Nachfrage von „Ohne Rüstung Leben“ verneint sie diese aber zum jetzigen Zeitpunkt. Die Frage, ob Deutschland als Beobachter bei der ersten Vertragsstaatenkonferenz des AVV dabei sein solle, lehnte ein Redner der FDP im Januar im Bundestag ab. Dies führe zu „Kollateralschäden“ im Verhältnis zu Deutschlands Verbündeten.



## „Sich am Unrecht nicht beteiligen“

### Die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung im eigenen Leben

Von Stefan Philipp

**H**ermann Brinkmann war Kriegsdienstverweigerer. Und Soldat. 1973 war er im Rahmen der Wehrpflicht zur Bundeswehr eingezogen worden. Sein Antrag auf KDV war abgelehnt worden, und er wurde zum Militärdienst gezwungen. Das konnte der Pazifist nicht lange ertragen und nahm sich am 20. Januar 1974 das Leben, was damals bundesweit durch eine Todesanzeige der Familie in der FAZ Aufmerksamkeit fand und Betroffenheit erzeugte.

Seine 1990 geborene Nichte Hannah Brinkmann hat diese tragische Auseinandersetzung ihres Onkels mit Kriegsdienstzwang und Militär in einer Graphic Novel verarbeitet (Gegen mein Gewissen. Berlin 2020; siehe auch das Interview mit Hannah Brinkmann in *ZivilCourage* 5/2020, S. 14 f.). Dieses Buch führte auch bei einigen DFG-VK-Mitgliedern zum Nachdenken darüber, welche Bedeutung die eigene Kriegsdienstverweigerung hatte und auch heute noch hat. So hat beispielsweise Robert Hülsbusch diese Erfahrung reflektiert und in der letzten *ZivilCourage* geschildert, wie Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung sein Leben „reich“ gemacht hätten (<https://bit.ly/3mAHvE6>).

Da bis Anfang der 1980er Jahre ausnahmslos alle KDVer das zurecht als Inquisition gebrandmarkte KDV-Anerkennungsverfahren durchlaufen mussten, veranstalteten die DFG-VK, Connection e.V. und die Evang. Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) Mitte Mai eine offene digitale Gesprächsrunde zum Thema „Die eigene Kriegsdienstverweigerung als lebensgeschichtlich bedeutsames Ereignis“.

Moderiert von Ute Finckh-Krämer, frühere Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung und SPD-Bun-

destagsabgeordnete, berichteten und diskutierten neben Hannah Brinkmann ZeitzeugInnen mit unterschiedlichsten Hintergründen über ihre Entscheidung und ihre Erfahrungen zur KDV vor 50 Jahren. Die Aufzeichnung ist nun im Internet abrufbar unter <https://youtu.be/HLX5f5z9J4c>

Mehrere Dutzend Interessierte hörten und sahen sich per Zoom die Statements der ReferentInnen an: Hannah Brinkmann, Werner Glenewinkel (früherer Vorsitzender der Zentralstelle KDV), Rudi Friedrich (Mitbegründer und Geschäftsführer von Connection e.V.), Gaby Weiland (langjährige KDV-Beraterin), Michael Zimmermann (KDVer in der DDR), Gernot Lennert (Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Hessen) und Markus Stettner-Ruff (in den 1980er Jahren als Totaler KDVer vor Gericht).

Aus einigen Beiträgen entwickelten sich Diskussionen, auch über die Veranstaltung hinaus. Markus Stettner-Ruff hatte als sich aus der KDV-Entscheidung ergebende Handlungsforderung formuliert: sich nicht an Unrecht beteiligen. Ich griff das auf und konkretisierte dies rückblickend für das KDV-Anerkennungsverfahren.

In den mündlichen Gewissensprüfungen saßen die KDV einem Vorsitzenden gegenüber, der von der Wehrverwaltung kam, sowie von den Landkreisen entsandten BeisitzerInnen, in der Regel also Menschen aus den politischen Parteien. In den Prüfungsausschüssen und -kammern waren damit fast immer auch SozialdemokratInnen vertreten und damit den KDVer tendenziell positiv Gegenüberstehende.



Das Video ist abrufbar unter: <https://youtu.be/HLX5f5z9J4c>

Die Beteiligung an diesen Gremien gab dem Verfahren, das von der DFG-VK und anderen zurecht als Inquisition bezeichnet wurde, einen korrekten und „sauberen“ Anstrich.

Sonnhild Thiel, langjährige Aktivistin, DFG-VK-Ehrenmitglied und damals SPD-Mitglied, schrieb mir danach: „Ich war einige Jahre im Prüfungsausschuss. ... Sehe das nicht als Beteiligung am Unrecht.“

Ja, subjektiv war das sicher so, im Gegenteil wollten manche BeisitzerInnen den KDVer helfen und lehnten das Verfahren eigentlich ab. Gleichzeitig wurden sie aber Teil der Gewissensprüfung und legitimierten sie.

Strategisch wäre es auch damals für (linke) SozialdemokratInnen denkbar gewesen, das Verfahren zu brandmarken und eine Beteiligung abzulehnen. Vielleicht wäre diese Form der Gewissensprüfung früher vorbei gewesen und nicht schließlich erst von einer CDU/CSU geführten Regierung abgeschafft worden. Eine Diskussion darüber gab es damals aber nicht.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage und hat als Totaler Kriegsdienstverweigerer in den 1980er Jahren alle sich aus der Wehrpflicht ergebenden Auflagen, also Militär- oder Zivildienst verweigert.* <<

# Zum 100. Todestag von Alfred Hermann Fried

Symposium in Erinnerung an Leben und Wirken des DFG-Mitgründers

Von David Scheuing

**A**m 4. Mai jährte sich der Todestag des Mitbegründers der Deutschen Friedensgesellschaft Alfred Hermann Fried zum hundertsten Mal. Zum Gedenken und um der Frage nachzugehen, welche Bedeutung sein Leben und Werk für Pazifist\*innen auch 100 Jahre später noch haben kann, lud die Bertha-von-Suttner-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der DFG-VK, dem Arbeitskreis Historische Friedens- und Konfliktforschung und dem International Peace Bureau zu einer kleinen Gedenkveranstaltung.

Diese Veranstaltung war vom Impuls des früheren Mitglieds im DFG-VK-Bundesvorstand Wilfried Twachtmann ausgegangen, der in Zusammenarbeit mit dem internationalen Sprecher der DFG-VK Guido Grünewald dafür sorgte, dass Besucher\*innen aus den USA, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Deutschland an der Veranstaltung teilnahmen. Wie so viele Veranstaltungen dieser Tage fand auch diese rein digital statt; und wie bei so vielen Veranstaltungen half das zwar der Internationalität, aber nicht unbedingt der Intensität des Austausches.

**Zu 100 Jahren Fried'scher Gedanken** sprachen bei der Veranstaltung die Fried-Biografin Petra Schönemann-Behrens, der Historiker Guido Grünewald und der Verleger Helmut Donat. Jede\*r von ihnen beleuchtete eine

spezifische Facette des Lebens und Wirkens Alfred Frieds.

Petra Schönemann-Behrens setzte das bewegte Leben Frieds ins Zentrum und zeigte, wie eng er in der europäischen pazifistischen Bewegung um die vorletzte Jahrhundertwende eingebunden war, wie viele Kontakte er pflegte – zu Bertha von Suttner, zu schweizerischen Aktiven, zur deutschen Szene – und dass er (auf Anraten oder Drängen Suttners) durch seine Gründungsbeteiligung an der Deutschen Friedensgesellschaft 1892 aktiv war.

Guido Grünewald lieferte einen groben Überblick über das weite Feld der Tätigkeiten Frieds – vor allem der publizistischen, außerdem die Anknüpfung an neuere Publikationen in Frieds Geist: friedenswissenschaftliche Texte und Projekte zu global Governance, Friedensjournalismus.

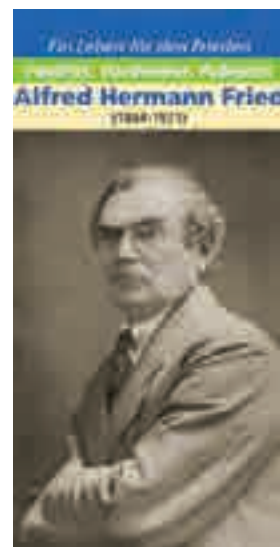
Aus beiden Vorträgen wurde klar: Die Bedeutung des publizistischen Wirkens Frieds auf die Bewegung und die Formalisierung und Verstetigung ihrer Ziele darf nicht unterschätzt werden. Durch zentrale Organe wie nicht zuletzt die – 1899 vom späteren Friedensnobelpreisträger gegründete und bis heute kontinuierlich publizierte – *Friedens-Warte* wurden pazifistische Gedanken, Theorien und Praxiswissen mindestens deutschlandweit sichtbar und damit auch debattierbar.

Sein Bemühen auch um eine internationale Vernetzung und Etablierung des expliziten Friedensjournalismus scheiterten zur damaligen Zeit – im Angesicht jüngerer Gewalttaten (u.a. dem Genozid in Ruanda mit seiner expliziten Rolle des Rundfunks) wurden diese Bemühungen seit den 1990er Jahren aber wieder verstärkt. Dennoch bleiben diese Versuche stark von den Mitteln und Motiven der internationalen Entwicklungszusammen-

arbeit abhängig und sind wenig von Journalismus (und seinen Medienhäusern) und der Friedensbewegung gefördert – eine politisch wie inhaltlich un-gute Verengung.

Den sehr persönlichen Auseinandersetzungen im Ersten Weltkrieg widmete sich Helmut Donats Blick auf das Feldtagebuch Frieds. Eingewoben in eine dichte Erzählung der Kriegsursachen und der Leichtigkeit, mit der die Staaten in den Krieg taumelten, schilderte Donat die Kriegserfahrungen Frieds, seine Beobachtungen zum intellektuellen und journalistischen Gleichakt der Kriegsjahre („das Denken [ist] gleichsam auf dem Exerzierplatz eingeübt worden“) und seinen nahezu ohnmächtigen, aber oppositionellen Unglauben ob der Umstände dieses Krieges. Ein lesenswertes Zeugnis auch über 100 Jahre nach dem Ende dieses Krieges.

**Mit Blick auf die bewegungsinternen Auseinandersetzungen** kam auf dem Symposium nicht zum Ausdruck, inwieweit Frieds individuelles Wirken auch Einfluss auf die politische Linie der publizierten Werke hatte – inwieweit also eine stärker bürgerliche Ausrichtung (sozial, politisch, publizistisch) radikaleren Ansätzen, anarcho-pazifistischen oder der Arbeiterbewegung näherstehendere Ansätze antimilitaristischen Denkens dadurch eher unterbelichtet waren. Dennoch: der Nobelpreis ist unbestritten verdient gewesen – für Theorie wie Tat des rechtlichen Pazifismus.



Bertha  
von Suttner  
Stiftung  
der DFG-VK

Denn Fried begründete den „ursprünglichen“ oder „radikalen“ Pazifismus – seine Überlegungen für eine fundamental pazifistische Grundordnung der globalen Beziehungen. Dabei setzte er auf internationale Verrechtlichung, die Etablierung globaler Institutionen und die Entwicklung gemeinsamer Wertgrundlagen für diese Friedensorganisationen. Er setzte damit der eher emotionalen Abkehr vom Kriege ein rationalistisches Modell friedlicher Beziehungen entgegen.

Dabei bleibt aber die Rolle und Wirkung anderer ursächlich mit unfriedlichen Verhältnissen verknüpfter Tatsachen (Wirtschaftssysteme, politische Systeme, koloniale und postkoloniale Verhältnisse) weitestgehend außen vor – diesen Bruch zu thematisieren, zu kritisieren und schließlich zu überwinden, ist eine notwendige Herausforderung für die heutigen Generationen. Nur so kann eine wirklich gewaltfreie Konflikttransformation – und eine Transformation unfriedlicher Verhältnisse gleichermaßen (so möchte man ergänzen) – gelingen. Denn trotz aller größeren internationalen Verrechtlichungen und 75 Jahren Vereinter Nationen herrschen weltweit weiterhin keine friedlichen Verhältnisse.

Für solche zu sorgen, ist auch 100 Jahre nach Frieds Tod unsere gemeinsame Aufgabe – denn: „Den Frieden allein zu lieben, reicht nicht aus. Notwendig ist tatkräftiges Handeln, um den Frieden zu errichten.“ Mögen wir zu seinem 200. Todestag Besseres berichten können.

*David Scheuing ist Vorsitzender der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK.*

*Auf der (neu gestalteten) Homepage der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK sind die Vorträge der Tagung von Petra Schöne-mann-Behrens, Guido Grünewald und Helmut Donat dokumentiert. Die Videos können abgerufen werden unter der Adresse: [www.bertha-von-suttner-stiftung.de/?p=576](http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de/?p=576) <<*

## Trauer um Willi Hoffmeister (\*25. März 1933 † 3. August 2021)

Der Friedenskämpfer, Gewerkschafter, Antifaschist und Kommunist Willi Hoffmeister ist am 3. August im Alter von 88 Jahren gestorben. Seine Erfahrungen mit Faschismus und Krieg, die er als Kind in einem kommunistischen Elternhaus machte, und die seines Onkels, der die mehrjährige Haft im KZ überlebt hatte, mündeten bei Willi in der Überzeugung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Diese Überzeugung lebte er konsequent bis zu seinem Tod.

In seiner ostwestfälischen Heimat gründete er als junger Mann eine FDJ-Gruppe und reiste zum Deutschlandtreffen der Jugend Pflingsten



1950 nach Berlin. Westdeutschland hatte seinen Bürgern die Teilnahme verboten, Willis Lehrmeister hatte den Urlaub verweigert. Beides kümmerte Willi nicht, er fuhr und nahm teil. Vom antikommunistischen Verfolgungsdruck hatte er sich niemals beirren lassen. Willi trat 1954 nach dem in Westdeutschland erlassenen Verbot der FDJ der KPD bei. Später wurde auch diese verboten, und so wurde Willi Mitglied der DKP.

Bei der VVN-BdA war Willi aktiv und in Dortmund kämpfte er gegen das Wiedererstarken von Nazis im Bündnis gegen Rechts. Sein Engagement war weit bekannt und bescherte ihm auch Bedrohungen, von denen er sich aber nicht abschrecken ließ.

Auch gegen die in den 80ern in Dortmund sehr aktive Nazi-Kleinpartei FAP organisierte Willi den Widerstand, zusammen mit seinen Kollegen von der Westfalenhütte marschierte er zu deren Büro, so dass die geplante Eröffnung nicht stattfinden konnte.

Auf der Suche nach Arbeit nach seiner Lehre als Schreiner kam Willi 1951 nach Dortmund und war zunächst Hafearbeiter. 1954 heuerte

er bei Hoesch als Stahlarbeiter auf der Westfalenhütte an. Die Belegschaft war politisiert, und der Organisationsgrad bei der Gewerkschaft lag bei 100 Prozent. Willi wechselte von der ÖTV zur IG Metall, der er bis zu seinem Tod treu blieb. 1967 wählten ihn die Kollegen zum Vertrauensmann und 1978 wurde er erstmals in den Betriebsrat gewählt. Die Betriebsratsarbeit gestaltete Willi stets mit Blick über den Tellerrand und immer auch politisch. Hoesch war bekannt für seine betriebliche Friedensinitiative, die sich den seinerzeitigen Plänen zur atomaren Bewaffnung entgegenstellte.

Bereits 1961 nahm Willi Hoffmeister am ersten Ostermarsch West teil, und bis zu seinem Tod war er mehr und mehr das Gesicht des Ostermarsch Ruhr, der sich mit dem Ostermarsch Rheinland zu einem gemeinsamen starken Ostermarsch verband.

Anfang 1999 trat er der DFG-VK bei. Ohne ein Amt in der DFG-VK zu haben, prägte er die Außendarstellung der Landesgeschäftsstelle mit. Will war maßgeblich beteiligt an den Aktivitäten der DFG-VK im Ruhrgebiet, nicht nur bei Ostermärschen, sondern auch bei den jährlichen Demos gegen das Luft- und Welt-raum-Operationszentrum am 3. Oktober und zahlreichen Anlässen wie den Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr in Afghanistan und Ex-Jugoslawien.

Willi war ein Menschenfänger. Mit dem gleichen Ernst mit dem er mit Abgeordneten oder Ministern diskutierte, sprach er mit Passant:innen am Infostand oder mit Mitdemonstrant:innen. Zusammenkünfte in seinem Garten bleiben unvergessen, hier wurden in kleinen und großen Runden ohne Tagesordnung und Redeleitung viele erfolgreiche Aktivitäten geboren und geplant.

Willi, unser Kampf muss weitergehen. Verlass´ dich auf uns!

*Felix Oekentorp*

# Kampf gegen das Hakenkreuz

## Friedensbewegung und DFG in der Weimarer Republik

Von Stefan Lau

Am 9. Juli fand in Karlsruhe die Tagung „Demokratie-Retter:innen 1.0 – NGOs im Ringen um die Festigung der Weimarer Republik. Forschungsstand und Perspektiven für die historisch-politische Bildungsarbeit“ statt. Veranstalter war der Verein „Lernort Zivilcourage und Widerstand“, der Bildungsarbeit durch ein aktives und gegenwartsbezogenes historisches Lernen an konkreten Beispielen in Baden leistet. Nähere Informationen zu den Projekten des Vereins findet man auf der gut gestalteten Internetseite [www.lzw-verein.de](http://www.lzw-verein.de). Sehr erfreulich waren die angenehme und wertschätzende Atmosphäre bei der Tagung und die Anwesenheit vieler jüngerer Teilnehmer:innen.

Auf der Tagung wurden Organisationen vorgestellt, die sich in der Weimarer Republik für die demokratische Zivilgesellschaft eingesetzt hatten und antidemokratisch-rassistischer Hetze aktiv entgegengetreten waren. In einem ersten Panel am Vormittag unter dem Titel „Nie wieder Krieg!: Der Einsatz für den Frieden“ stellte Guido Grünewald die *Deutsche Friedensgesellschaft* in der Weimarer Republik vor; außerdem wurden der *Friedensbund Deutscher Katholiken* und der *Bund der Religiösen Sozialisten* vorgestellt. Am Nach-



Antimilitaristische Veranstaltungsankündigung im Karlsruher Tagblatt am 2...

formativ und stellten gut die Bezüge zwischen den einzelnen Organisationen dar. Bei der Einschätzung der Rolle der SPD in der Weimarer Republik kam es zu einer kurzen Kontroverse. Der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD 1931 zu einer Mitgliedschaft in SPD und DFG im Zuge der Kontroverse um den Bau des Panzerkreuzers A und die illegale Aufrüstung der Reichswehr führte zu einer Schwächung der Friedensgesellschaft und erschwerte in der Folge dadurch auch ihre antifaschistische Arbeit, z. B. ganz praktisch, weil in der Folge das Reichsbanner keinen Saalschutz für die DFG stellte (auch wenn es Beispiele gibt, wo man sich vor Ort über das Verbot hinwegsetzte). Dies führte zu einer klaren Schwächung der demokratischen Kräfte.

Der Versuch der Tagungsorganisatorin, Verständnis für damalige Entscheidungen der SPD-Führung zu zeigen, konnte nicht überzeugen, zeigte aber indirekt eine konzeptionelle Schwäche der ansonsten so interessanten Tagung auf: Auf die Rolle der SPD-Führung bei der Gründung der Weimarer Republik wurde nicht ein-

zum Schluss wurde von Sebastian Els-bach von der Forschungsstelle Weimarer Republik an der Universität Jena das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* vorgestellt.

Alle Vorträge beeindruckten durch prägnant zusammengefasstes Fachwissen ausgewiesener Expert:innen. Die Diskussionsrunden zwischen den Vorträgen waren sehr in-

### Demokratie-Retter:innen 1.0

#### NGOs im Ringen um die Festigung der Weimarer Republik

#### Forschungsstand und Perspektiven für die historisch-politische Bildungsarbeit



Tagung zu Friedensorganisationen in der Weimarer Republik

gegangen. Dies wäre aber wichtig gewesen, denn die von Friedrich Ebert geführte Regierung stützte sich damals doch wesentlich auf die Generale des Kaiserreichs und stellte sich gegen die soziale Revolution. Die daraus resultierenden Folgen schwäch-

ten die Weimarer Republik von Anfang an entscheidend, eindrucksvoll dargestellt zum Beispiel in dem Ende der zwanziger Jahre erschienenen und immer noch sehr lesenswerten dokumentarischen Roman „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ von Theodor Plivier.

## Wie sah aber die Arbeit der Deutschen Friedensgesellschaft

in der Weimarer Republik bei uns in Karlsruhe

und Baden aus? Bislang wusste ich nur wenig darüber. Auf Anregung von Jürgen Schuhladen-Krämer, Historiker am Stadtarchiv in Karlsruhe, nutzte ich die digitalen Bestände der Badischen Landesbibliothek; dort sind alle Karlsruher Tageszeitungen und Adressbücher inzwischen digitalisiert und über Volltextsuche bequem von zu Hause nutzbar. Nach ein paar Klicks hatte ich über 60 Ergebnisse nur für das Karlsruher Tagblatt. So erschien dort am 24. April 1930 eine Anzeige zu dem Vortrag „Hakenkreuz und Stahlhelm sind Deutschlands Untergang“ von Fritz Küster in Karlsruhe.

Am 4. September 1930 berichtete das Karlsruher Tagblatt dann über einen Auftritt von Fritz Küster in Kehl, bei dem viele Nationalsozialisten im Saal waren, die versuchten „den Redner dauernd zu unterbrechen. Dieser blieb keine Antwort schuldig, worauf die Hitlerleute zu Heilrufen und zum Absingen des „Wessel-Liedes“ übergingen, um den Vortrag gänzlich unmöglich zu machen. Dabei kam es zu Tötlichkeiten, denen die rasch erschienene Schutzpolizei mit dem Gummiknüppel ein Ende bereiten musste. - Bei dem energischen Vorgehen der Polizeibeamten mochten auch einige Unbeteiligte von Schlägen getroffen worden sein, was bei dem heilloosen Durcheinander wohl zu verstehen ist; glücklicherweise ging es noch mit Beulen und blutigen Köpfen ab. Nach Räumung des Saales konnte die zahlenmäßig stark verminderte Versammlung ohne weitere Zwischenfälle zu Ende geführt werden.“

Ausführlicher auf die Geschichte der DFG in der Weimarer Republik einzugehen ist hier leider nicht der Platz, es wäre sicher lohnend und nicht nur historisch interessant, wenn in einer der nächsten Ausgaben der *ZivilCourage* zum Beispiel an die Zeitung „Das Andere Deutschland“ sowie die beiden bedeutenden pazifistischen Publizisten Fritz Küster und Heinrich Ströbel erinnert würde, die heute leider etwas in Vergessenheit geraten sind.

*Stefan Lau ist einer der SprecherInnen der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe.* <<



24. April 1930



Bericht im Karlsruher Tagblatt am 4. September 1930 über eine DFG-Veranstaltung in Lahr

## Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2021 im 48. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

**Redaktionsanschrift:** *ZivilCourage* – das Magazin der DFG-VK, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de), Internet [www.zc-online.de](http://www.zc-online.de)

**Herausgeberin:** Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart  
**V.i.S.d.P.:** Stefan K. Philipp ([philipp@dfg-vk.de](mailto:philipp@dfg-vk.de))

**Druck:** Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail [info@stil-find.de](mailto:info@stil-find.de)

**Vertrieb:** Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

**ISSN:** 1614-1954

**Anzeigenverwaltung:** Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail [bernhard.kusche@gmx.de](mailto:bernhard.kusche@gmx.de); zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

**Erscheinungsweise:** fünf Mal/Jahr  
**Haftungsausschluss:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

**Bezugsbedingungen:** Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

**Redaktionsschluss** für diese Ausgabe war der 23. August. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. Oktober.

# Global betrachtet

## Die Militarisierung von Polizei und „Sicherheitsdiensten“ weltweit

Von David Scheuing

**A**n dieser Stelle bin ich in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Militarisierung der Polizei eingegangen. Nicht zuletzt die Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat dieser Militarisierung weltweit Nachdruck verliehen. Daher will ich dieses Mal noch einen etwas vertieften Blick auf neue Ressourcen zum Thema werfen. Daneben ein kurzer Bericht vom Ratstreffen der WRI, das auch in diesem Jahr digital stattfinden musste.

**Verschwommene Grenzen: Globale Aufrüstung der Polizei.** In vergangenen Beiträgen habe ich auf die Ressourcenseite der WRI zur Militarisierung der Polizei hingewiesen (<https://bit.ly/3A59tLT>). Dem dort gesammelten Wissen zu globalen Militarisierungen der Polizeien hat jetzt das Transnational Institute (TNI) einen Bericht zur Seite gestellt, der die Ergebnisse verdeutlicht: Unter dem Titel „Coercive World“ (Welt des Zwangs) führt der Bericht in elf Kapiteln aus, worin die globale Militarisierung der Zwangsapparate besteht. Die Autor\*innen führen an Länderbeispielen aus, wie sie unter anderem den stetigen Zuwachs an verwendeten Überwachungstechnologien, die Auslage-

rung exekutiver Gewalt an private Milizen oder die Verknüpfung zwischen Profiten und Militarisierungen beobachten können. Ein lesenswerter Bericht in seiner Gesamtheit (<https://bit.ly/3jg3cX0>).

Es sei mir erlaubt anzumerken, dass es allerdings bedenklich ist, wie die begleitende Homepage (die Graphiken und anderweitig aufbereitete Informationen aus der Studie darstellt) mit dem Herausheben Israels als „Modellstaat des Zwanges“ die globale Erfahrung des Anstiegs von Zwangsmaßnahmen an ein einzelnes Beispiel bindet. Hier unterminiert die Studie ihre eigenen Ergebnisse unnötig und leistet allzu eifertiger Kritik an Israel Vorschub. Denn gerade die eigenen Ergebnisse zeigen ja, dass es eben auch unterschiedlich gelagerte Erfahrungen solcher modellhafter Verläufe in anderen Staaten gibt.

Denen, die gut Englisch lesen können, seien noch zwei weitere Texte zum Thema empfohlen: Andrew Metheven (WRI) hat für das Onlinemagazin „Roarmag“ einen Überblick über die „Verwandlung der Straßen in Schlachtfelder“ im Zuge der globalen Militarisierung der Polizei verfasst. Er hebt besonders das Ineinandergreifen verschiedener Elemente dieser Militarisierung hervor, die jeweils für sich genommen einigermaßen harmlos scheinen (Training, Ausrüstung, Gruppenstärkung) – im Zusammenspiel allerdings wird eine Normalisierung militarisierter Polizeitaktiken geschaffen, der es entgegenzutreten heißt: <https://bit.ly/3xfrF3C>

Im Nachklang zu den Protesten in Chile von 2019 hier ein Beitrag zur Rolle der staatlichen Polizeikräfte in der Unterdrückung von Protesten und der Sicherung der Privilegien und Profite der nationalen Eliten: <https://bit.ly/37h1AGS>

**Langfristig unterfinanziert, politisch hoch aktiv – die WRI.** Das diesjährige Ratstreffen der WRI Ende Juni versuchte sich an einem neuen Beratungsformat – so wurden die Tagesordnungspunkte über zwei Wochen hinweg beraten, aber nicht konstant. Jedes Thema wurde digital vorgegearbeitet auf einer Konsensentscheidungsplattform und dann in einem gezielten, thematisch fokussierten und zeitlich begrenzten Konferenz-Call beraten. In diesem Jahr wurde erneut deutlich, dass die wichtige Arbeit des Netzwerkes dauerhaft minderfinanziert ist – der Beitrag der DFG-VK leistet einen wichtigen Anteil an der Aufrechterhaltung, könnte aber absehbar erhöht werden, wenn sich die DFG-VK das leisten möchte.

Inhaltlich standen die Wochen des Ratstreffens unter keinem besonderen Fokus – aber natürlich auch unter dem Eindruck der jüngsten Eskalationen in Israel/Palästina und in Kolumbien. Just während einer Sitzung drang dann ein britisches Kriegsschiff in die neu als „russisch“ deklarierten Gewässer rund um die Krim ein, Unbekannte attackierten Ruslan Kozaba (siehe unten) und allen Teilnehmenden wurde erneut bewusst, wie notwendig die internationale Vernetzung doch ist.

Der WRI trat dieses Jahr nur eine kleine Organisation aus Australien bei: „Wage Peace“. Die Projektgruppe ist jedoch wichtiger Bestandteil der internationalen Arbeit zur Situation in West Papua – ein wichtiger Zugewinn zum Netzwerk. Die Arbeit des Programms zur Gewaltfreiheit der WRI wird sich in kommender Zeit etwas auf West Papua fokussieren.

Wie vermutlich bei jedem Ratstreffen war es auch diesmal wieder beeindruckend zu sehen, wie viele Aktionen und Kampagnen trotz globaler Einschränkungen dennoch möglich wa-



ren – einige davon stelle ich weiter unten kurz vor.

## Kurz notiert

**WRI100 Niederlande auf 2022 verschoben.** 2021 ist das Jubiläumsjahr der WRI – doch viele der Feierlichkeiten müssen entfallen oder werden verschoben. So auch die geplante Aktionskonferenz in Utrecht im September, die unter dem Titel „Eine Zukunft ohne Krieg!“ stehen soll. Es wird ein Termin für das Frühjahr 2022 anvisiert. Infos: [wri100.nl](http://wri100.nl)

**Angriff auf Ruslan Kozaba.** Ende Juni wurde Ruslan Kozaba auf dem Weg vom Gericht, in dem er sich derzeit wieder einem Prozess ausgesetzt sieht (siehe ZC 2/21), brutal von Rechten angegriffen. Die Angreifer\*innen verschütteten eine blaue Substanz über Kozaba, der dadurch eine Verletzung am Auge erlitt. Der Angriff machte wieder einmal deutlich, welch großem Risiko Ruslan Kozaba und sein nächstes Umfeld alltäglich ausgesetzt sind. Gruppen in ganz Europa organisierten Solidaritätskundgebungen. Infos: [wri-irg.org](http://wri-irg.org); [connection-ev.de](http://connection-ev.de)

**Aktionsmonat für ein nuklearwaffenfreies Europa.** Die Aktionsgruppe „NukeFreeEurope“ (u.a. IPB, Church and Peace, IPPNW, Pax Christi und die Quäker) hat einen Aktionsmonat für ein nuklearwaffenfreies Europa ausgerufen und dazu einen Informationsflyer veröffentlicht. Die Gruppe ruft dazu auf, europaweit Standorte der Atomwaffen(produktion) mit Protesten zu überziehen. Infos: [nukefreeeurope.eu](http://nukefreeeurope.eu)

**Neue Kampagne „Abolish Frontex“.** Ein großes Bündnis antirassistischer und antimilitaristischer Gruppen in Europa hat sich zur Kampagne „Frontex abschaffen“ zusammengeschlossen. Zwar haben seit der Gründung der Polizeitruppe Organisationen der Zivilgesellschaft die Staaten Europas dazu aufgerufen, Frontex

wieder abzuschaffen. Passiert ist bislang das Gegenteil: Europa hat sich eine nicht regulierte Polizeitruppe geschaffen, deren Budget um ein Mehrfaches angewachsen ist und die sich nicht an Recht und Gesetz zu halten scheint. Zeit, daran etwas zu ändern – auch indem sich NGOs nicht mehr an den „Beratungen“ von Frontex beteiligen. Mehr Infos: <https://abolishfrontex.org>

## KDV: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer\*innen.

Auch an diesem 15. Mai wurde wieder all der verknasteten Verweigerer\*innen gedacht und auf ihre weltweite Lage aufmerksam gemacht. Neben je spezifischen Forderungen in vielen einzelnen Staaten (bspw. von den „Frauen in Schwarz“ in Serbien zu den aktuellen Versuchen der Wiedereinführung der Kriegspflicht) fokussierte eine Kampagne der WRI in diesem Jahr auf der Situation in der Türkei. Die Themenseite dokumentiert dies: [wri-irg.org/en/CODay2021](http://wri-irg.org/en/CODay2021). Zudem: alle fünf Webinare der WRI zur Kriegsdienstverweigerung international auf dem Kanal des „Refuse to Kill“-Programms: <https://bit.ly/3xwJzPH>

## Erschreckende Forensik des Jemenkrieges.

Die investigative Forscher\*innengruppe „Forensic Architecture“ hat in enger Zusammenarbeit mit einer Reihe von Partnerorganisationen eine Zeitschiene des Jemenkrieges zusammengestellt. Sie zeigt Angriffe, Anschläge und Kriegshandlungen, die durch europäische Waffen und Waffenlieferungen ermöglicht wurden. Die schiere Dichte der Ereignisse und die Vielzahl der Waffen ist erschreckend – eine wichtige Ressource gegen Waffenexporte. Mehr Infos: <https://bit.ly/3rMN2s0>

## Südkorea: mit kleinen Schritten, aber immerhin...

Das oberste Gericht des Landes hat Ende Juni zum ersten Mal ein Gerichtsurteil bestätigt, das einen jungen gläubigen Menschen vom Kriegsdienst freisprach, da seine Verweigerung aufgrund einer

David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem



internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *Civil Courage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine cursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist erreichbar unter [scheuing@dfg-vk.de](mailto:scheuing@dfg-vk.de)

plausiblen Gewissensentscheidung beruhe. Dies ist der erste Fall, der dies religionsunabhängig etabliert – bislang waren lediglich Zeugen Jehovas als Verweigerer anerkannt worden. In den letzten Jahren hat sich in kleinen Schritten etwas bewegt in Südkorea. Wenig, immer noch zu wenig – aber immerhin. Infos: [wri-irg.org](http://wri-irg.org); [withoutwar.org](http://withoutwar.org) ‹‹



Fotos: Stefan Philipp

# „Das Rad in die richtige Richtung drehen“

## Das Konzept für die Lobbyarbeit des DFG-VK-Bundesverbands

Von Elvin Çetin

**O**ft haben wir von der DFG-VK mit unseren Forderungen große Teile der Bevölkerung hinter uns. Dennoch lässt die Bundesregierung unentwegt aufrüsten, um beispielsweise auch in Zukunft die technischen Anforderungen der sog. nuklearen Teilhabe zu erfüllen. Die Arbeit unseres Verbandes konzentriert sich bisher vor allem auf die Straße und erreicht damit in erster Linie die Bevölkerung. Defizite hat unser Verband jedoch in der „Bearbeitung“ wichtiger politischer Entscheidungen, die unsere Aktionen leider nur selten wahrnehmen.

Wie vom Bundesausschuss beschlossen, wurde im Rahmen der neuen Lobbying-Stelle ein Konzept für die zukünftige Lobbying-Arbeit der DFG-VK vorgelegt. Es wurde mit einigen Aktiven des Verbandes – vor allem den Kampagnenverantwortlichen – abgestimmt. Anschließend hatten auch die Bundesausschuss-Mitglieder die Möglichkeiten, Änderungen einzubringen. Bei der virtuellen BA-Sitzung im Juni wurde das Konzept beschlossen.

**Zu Recht wird Lobbying** oftmals aus verschiedenen Gründen kritisiert. Das Lobbyieren von Parteien und Abgeordneten gehört aber zu den Werkzeugen friedensbewegten Handelns – neben der Mobilisierung von Basisaktivismus, der medialen Einflussnahme auf Narrative, dem Aufbauen und Pflegen von Netzwerken und dem Wählen von linken friedensbewegten Parteipolitiker:innen. Wir sollten den Rüstungslobbyist:innen und Militärs nicht die Parlamente überlassen, sondern auch hier gegenhalten und uns auf diesem Parkett verstärkt für Frieden einsetzen.

Eine große Stärke unseres Verbandes ist die bundesweit aufgestell-

te Struktur mit Ortsgruppen und Landesverbänden, um vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene für Aktionen zu mobilisieren und auch um Verbindungen zu u.a. Stadträten und Landesparlamenten aufzubauen. Die Koordinierung von friedensbezogenen Bemühungen zusammen mit anderen Gruppen und Partner:innen ist ein wichtiger Baustein für die Friedensbewegung. Dementsprechend ist die DFG-VK Teil von Bündnissen und Netzwerken, um gemeinsame Ziele zu erreichen und gemeinsame Interessen voranzutreiben. Auch dies ist eine wichtige Ressource für (gemeinsame) Lobbyingaktivität und bietet eine hilfreiche Struktur für den Erfahrung- und Wissensaustausch. Um unsere Ziele zu erreichen, Aufmerksamkeit für bestimmte politische Zusammenhänge und Probleme zu erregen und Alternativen dazu anzubieten, haben wir zu den unterschiedlichen politischen Themen Aktionen und Kampagnen. Im Lobbying-Konzept liegt der Hauptfokus auf den größten Kampagnen und Themenfeldern:

### Engagement gegen Atomwaffen.

In Büchel sind nach wie vor etwa 20 US-Atombomben gelagert. Zusätzlich plant die Bundesregierung die Anschaffung von neuen nuklearwaffenfähigen „F-18“-Kampfflugzeugen und bezieht sich in der Debatte um ein Atomwaffenverbot in erster Linie auf die „nukleare Teilhabe“.

Die Ziele der Kampagne *Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt* sind eine umfassende nukleare Abrüstung und die internationale Ächtung/Abrüstung aller Atomwaffen sowie der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag.

**Stopp der Rüstungsexporte.** Ein weiteres Hauptthema ist der Export

von Rüstungsgütern. Deutschland ist weltweit einer der größten Rüstungsexporteure, bei Großwaffen auf Platz vier, bei Kleinwaffen auf Platz 2 im Ranking. Zudem wurden bundesdeutsche Großwaffentransfers in den vergangenen fünf Jahren um mehr als 20 Prozent gesteigert. Die bestehende widersprüchliche Gesetzeslage mit dem Außenwirtschafts- und dem Kriegswaffenkontrollgesetz zum Export von Rüstungsgütern und Kriegswaffen ist unternehmensfreundlich und wird exportfördernd ausgelegt.

Die Kampagne *Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!* setzt sich für ein Exportverbot von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern ein. Ein aktueller Vorschlag von Greenpeace für einen Gesetzentwurf setzt diese Forderungen weitgehend um und sollte nach der Bundestagswahl im Mittelpunkt von Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag stehen. Entsprechend werden die voraussichtlichen Vertreter:innen von Grünen und SPD in diesen Verhandlungen identifiziert, um direkt nach der Bundestagswahl Termine mit ihnen durchzuführen.

**Killerroboter verhindern.** Beim Thema autonome Drohnen arbeitet die Bundesregierung aktuell nicht auf ein verbindliches nationales oder internationales Verbot autonomer Waffensysteme hin. In ihren Koalitionsverträgen haben die drei Regierungsparteien CDU, CSU und SPD 2013 und 2018 aber vereinbart, autonome Waffen ächten zu wollen. Bundesaußenminister Heiko Maas spricht sich immer wieder für Deutschlands Einsatz zur Ächtung solcher Waffen aus. Bisher gibt es aber keine Anstrengungen seitens der Bundesregierung, nationale Gesetze zum Verbot von vollautonomen Waffen auf den Weg zu bringen oder ein Moratorium über deren

Entwicklung und Beschaffung zu verabschieden.

Ziel der Kampagne gegen Killerroboter sind ein präventives Verbot für die Entwicklung, die Produktion, den Handel und die Nutzung von autonomen Waffensystemen, ein klares Bekenntnis der amtierenden Bundesregierung zur im Koalitionsvertrag zugesagten globalen Ächtung autonomer Waffensysteme und eine verbindlichere Formulierung im neuen Koalitionsvertrag sowie ein völkerrechtliches Verbot auf VN-Ebene im Rahmen der VN-Waffenkonvention.

Hier gilt es, die meinungsführenden Bundestagsabgeordneten von CDU, CSU und SPD in Bezug auf das Koalitionsversprechen, autonome Waffensysteme ächten zu wollen, zu lobbyieren. Weitere wichtige Akteur:innen sind das Auswärtige Amt sowie Investor:innen, um sicherzustellen, dass keine Projekte bzw. Unternehmen finanziert werden, die mit der Entwicklung oder der Produktion von Waffen mit autonomen Fähigkeiten in Verbindung stehen.

Ab 2029 will die Luftwaffe über die Eurodrohne (voraussichtlich von Airbus Defence & Space als Generalunternehmer) verfügen, die aufklären, abhören oder angreifen kann. Der Bundestag hat am 14. April für die Entwicklung und Anschaffung gestimmt. Die Bundesregierung spricht sich mehrheitlich für eine Bewaffnung/Munitionierung der Eurodrohne aus.

Die Bewaffnung der bereits geleasten israelischen „Heron“-Drohnen fand im Dezember 2020 nicht die Unterstützung der SPD. Dies war ein enormer Erfolg der Friedensbewegung, welcher insbesondere auch der Initiative und dem Einsatz von DFG-VK-Mitgliedern und der Drohnen-Kampagne zu verdanken ist.

Im März 2021 wurde mit dem Ziel, die Bewaffnung von Drohnen aus politischer, rechtlicher und ethischer Perspektive zu erörtern, eine SPD-Projektgruppe gegründet. Dies ist eine wichtige Anlaufstelle für Gespräche, da die Kommission bis Ende des Jahres ihre Empfehlungen vorlegen soll.

In Bezug auf die Themen Drohnen und autonome Waffensysteme ist insbesondere das „Future Combat Air System“ (FCAS) von großer Bedeutung. Das FCAS ist ein Milliarden Euro teures deutsch-französisch-spanisches Großprojekt für den Nachfolger u.a. des Eurofighters – es soll bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge beinhalten und auch nuklearwaffenfähig sein. Ziel ist es, gegen die Realisierung des FCAS aktiv zu werden und eine breite Ablehnung in der Bevölkerung zu erzeugen.

Hierzu muss das Thema aber erstmal mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Die *Informationsstelle Militarisierung* lieferte bereits erste Recherchen und Analysen. Außerdem gibt es erste Kooperations-Bemühungen von Friedensgruppen mit dem Ziel, sich um Aktionen und Lobbying zu kümmern. Konkrete Zielgruppen des Lobbyings wären die Grünen, CDU, SPD und eventuell auch zivile Unternehmen, die dem Projekt zuliefern.

**Militarisierung der Jugend beenden.** Aktuell können Jugendliche in Deutschland schon nach Beendigung der Mindestschulzeit und mit einem Mindestalter von nur 17 Jahren eine militärische Ausbildung bei der Bundeswehr beginnen.

Ziele der *Unter 18 Nie!*-Kampagne und der Bemühungen gegen Bundeswehr-Werbung sind die Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre sowie das Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung (zunächst die auf Minderjährige abzielende).

Derzeit vertritt die SPD die Position, dass es keine Ausbildung an der Waffe für Minderjährige geben soll. Jedoch sollen minderjährige Bewerber:innen bis zum Erreichen der Volljährigkeit ein ziviles Beschäftigungsverhältnis bei der Bundeswehr eingehen können. Die Grünen sind für „unter 18 nie“, es ist aber fraglich, ob sie es wirklich umsetzen, wenn sie an der

Regierung sind – auch dann müsste also weiter Druck gemacht werden.

**Beim Einsatz für eine Welt ohne Krieg** und Unterdrückung entsteht manchmal der Eindruck, einen Kampf gegen Windmühlen zu führen. Gleichzeitig ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass es viele verschiedene Wege gibt, unsere Sichtweisen in den politischen Prozess einzubringen. Meinungsführende Personen in Politik und Öffentlichkeit von den eigenen



„... damit weniger Müll rauskommt!“

Foto: Stefan Philipp

Grundsätzen und Ansichten zu überzeugen, ist einer von vielen Wegen; der Aufbau von Beziehungen zu ihnen ist wichtig.

Darüber hinaus gibt es viele Akteur:innen, die aktiv sind – man ist eines von vielen Rädern im System und kann lediglich versuchen, dieses Rad in die richtige Richtung zu drehen und fortwährend dabei zu lernen, welche Hebel etwas bewegen – und welche nicht.

*Elvin Çetin ist Referentin für Lobbyarbeit des DFG-VK-Bundesverbands. <<*

# Basidemokratisch und friedlich streiten

## Ein Konsensverfahren für den DFG-VK-Bundeskongress 2021

Von Olaf Maiwald, Manfred Diebold und Michael Sünner

Im Dezember 2019 stimmte der Bundesausschuss in Kassel für einen Antrag, der für den Bundeskongress 2021 ein Konsensverfahren zu etablieren vorsieht. Der Auftrag der daraus entstandenen Arbeitsgruppe ist klar: Für den Bundeskongress wird ein Verfahren entwickelt, die Antragsberatung als Konsensverfahren zu gestalten. Doch weshalb überhaupt ein Konsensverfahren? Wozu dient die Methode und was sind ihre Stärken? Dazu ein knapper Text zur Einführung.

### Entscheidungsfindung auf dem Bundeskongress.

Nach bisheriger Praxis nehmen die Delegierten bei Bundeskongressen oder Bundesausschusssitzungen Anträge an bzw. lehnen sie ab, indem sie mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen. Es zählt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen – egal was der „unterlegene“ Rest denkt. Mehrheitsentscheidungen hinterlassen bei der „unterlegenen“ Gruppe oft Unzufriedenheit und damit verbundene Zurückhaltung oder Gegnerschaft – das schlägt sich vor allem bei der Umsetzung der Entscheidungsinhalte nieder.

Auf das Problem der Mehrheitsentscheidungen wurden wir in der DFG-VK erneut aufmerksam, als ein Antrag zur politischen Positionierung des Verbandes gegenüber der AfD sehr heftig diskutiert wurde. Das Beratungs- und Antragsverfahren des Verbandes mit Änderungsanträgen und gestuftem Abstimmungsverfahren über diese Änderungsanträge berücksichtigt relativ wenig, worin die Hintergründe und damit verbundenen Interessen und Wünsche der jeweils anderen liegen. Oft können auch Anliegen nicht vollständig differenziert eingebracht werden.

So auch bei diesem Antrag: Er wurde mit einfacher Mehrheit abge-

lehnt, und es entstand dadurch eine heftige Gegnerschaft zwischen „Gewinner\*innen“ und „Verlierer\*innen“ – trotz Entscheidung waren die Fronten verhärteter als vorher, und die Umsetzung des Beschlusses stand schnell infrage. So wurde dann auch ein Antrag zum gleichen Anliegen erneut eingebracht und diesmal mehrheitlich befürwortet, führte aber auch dann wieder zu Unzufriedenheiten bei „Gewinner\*innen“ und „Verlierer\*innen“

Um hierfür Abhilfe zu schaffen wurde eine Arbeitsgruppe Konsens gebildet, die nach zwei DFG-VK-weit offenen Workshops zu Konsensmethoden in gemeinsamer Gruppenarbeit und vielen Videokonferenzen ein reduziertes und illustratives Vorgehen erarbeitete: Auf dem kommenden Bundeskongress sollen exemplarisch zwei Anträge im Konsensverfahren behandelt werden, so dass Wirkungsweisen und Nachhaltigkeit der getroffenen Entscheidungen auch für alle Delegierten sichtbar werden. Wir hoffen, auf künftigen Bundeskongressen den Anteil der zu konsensierenden Entscheidungen zu steigern.

### Konsens finden als Methode.

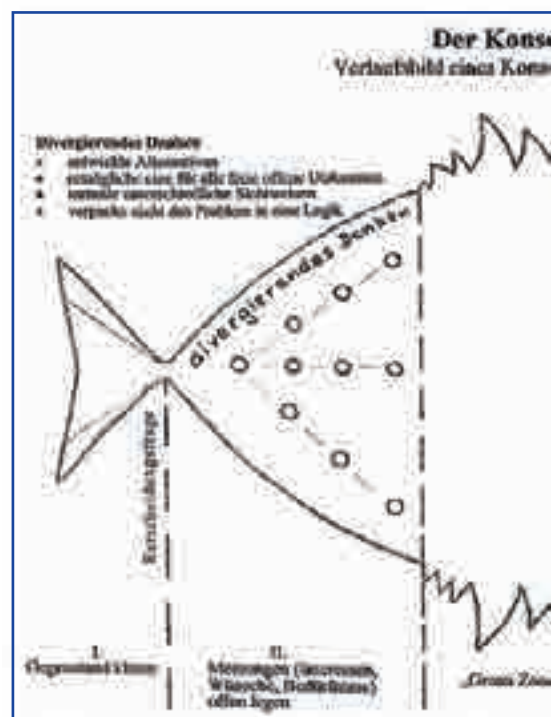
„Konsensieren“ oder „Konsens zu finden“ bedeutet, spezifische Methoden zur Entscheidungsfindung in einer Gruppe anzuwenden, die dazu geeignet sind, tragfähige Lösungen mit größtmöglicher Akzeptanz in der gesamten Gruppe zu erlangen. Dabei erlauben es Methoden der Konsensfindung, zu Entscheidungen zu gelangen, ohne dass Einzelne faule Kompromisse eingehen müssen. Konsens muss dabei aber weder bedeuten, dass alle der gleichen Meinung sind, noch dass es keine Vorbehalte Einzelner zur Entscheidungsformulierung geben kann. Konsens soll also nicht als „Einheitsbrei“ missverstan-

den werden. Zum Einsatz kommt das Konsensieren nicht nur dann, wenn es einen Konflikt über ein Thema gibt, sondern auch wenn es darum geht, bei einem Entscheidungsprozess alle Beteiligten und Betroffenen mit einzu-beziehen.

Konsensieren ist ein basidemokratischer Ansatz in sozialen Bewegungen als Alternative zum Mehrheitsentscheid. Wir sind überzeugt, dass Konsensfindung ein wesentlicher Aspekt von gewaltfreier Auseinandersetzung über Inhalte im Verband sein kann und sich daher auch gerade für die Anwendung auf den zentralen Entscheidungsforen des Verbandes eignet.

### Konsensverfahren: Die Idee des Konsensfisches.

Doch Konsens bleibt abstrakt, wenn die Methoden nicht erklärt werden. Das wollen wir hier knapp versuchen. Zunächst mit dem Konsensfisch, der den idealen Verlauf einer Konsensberatung verbildlicht.



Der Konsensfisch ist eine Vorstellungshilfe für die Phasen des Konsensverfahrens – um ihn „zu lesen“, beginnt man am Schwanz.

Die Phase 1 beschreibt das Problem, das gelöst werden soll. Etwas allgemeiner formuliert: warum man sich der Sache widmen sollte und worum es geht. Der breite Schwanz eben, der sich verjüngt, indem eine möglichst präzise Fragestellung/Aufgabenstellung dafür gefunden werden sollte, die auch deutlich für alle visualisiert werden sollte, damit schon in der Anfangsphase keine Missverständnisse über nicht ausreichend kommunizierte Fragestellungen auftreten.

Die Phase 2 (der nun wieder breiter werdende Fischkörper bis zur Rückenflosse) ist die Spontanphase oder auch „Phase des Ideensammelns“.

Hier werden Interessen, Wünsche, Anforderungen, Bedürfnisse, Gedanken ausgesprochen und gesammelt – um so zu einer zukünftigen Lösung, die für alle tragbar ist, beizutragen.

In der Phase 3 werden Lösungsvorschläge entwickelt, „konvergierendes Denken“ ist gefragt. Dieser Phase geht eine „Stöhn“-Zone (Groan Zone) voraus, also Aufräumen, Einordnen, Gruppieren der Ideen – bildlich als zackige Rückenflosse dargestellt. Die vielen Ideen mit losen En-

den aus Phase 2, sollen im folgenden wieder zusammengefasst werden sollen. Hier ist es wichtig, für Rückfragen an die Ideengeber\*innen und zur Erläuterung der Positionen und Hintergründe genügend Zeit/Raum zu haben, um zu erfahren und zu verstehen, worum es den Befürworter\*innen und den „Bedenkenträger\*innen“ geht.

Die Phase 4 dient auf der Basis verschiedener Lösungsmöglichkeiten aus Phase 3 dem Herausarbeiten des Konsens, dem Sammeln und Entwickeln von Lösungen in Hinblick auf einen oder mehrere Konsensvorschläge: Wie können die losen Enden wieder verknüpft werden? Können weitere kreative Lösungen gefunden werden, die unterschiedliche Perspektiven mit einschließen? Es ist konvergierendes Denken gefragt, um zu einem möglichst gemeinsamen Punkt zu gelangen oder eine gemeinsame Schnittmenge zu finden.

**Methoden: Systemisches Konsensieren oder Konsensstufen.**

Eine weitere Methode ist das „systemische“ Konsensieren, bei dem verschiedene Lösungsvarianten gemeinsam erstellt oder vorgestellt, besprochen und angepasst werden.

Zu diesen Lösungsvorschlägen werden dann im Abstimmungsverfahren die vorhandenen Widerstände der Delegierten festgestellt. Eine Option ist dabei immer auch die sogenannte Null-Lösung oder Passiv-Lösung: Es bleibt alles so, wie es ist.

Alle Lösungsvorschläge erhalten von jeder Beteiligten Widerstandspunkte, beispielsweise 0-10:

0 bedeutet dann volle Zustimmung oder kein Widerstand, 9 oder 10 dagegen sehr starke Ablehnung, höchster Widerstand, Veto.

Jede\*r Delegierte nennt seine\*ihre Widerstandswerte zu den jeweiligen

### Konsens – so geht's

**Vorgehensweise:**

- I. Gegenstand klären**
  - a) Problem klären
  - b) Entscheidungslage formulieren
- II. Meinungen offen legen**
  - a) Kunde mit Meinungsäußerungen zum Thema
  - b) Interessen, Wünsche und Bedürfnisse offen legen
- III. Lösungsvorschläge entwickeln**
  - a) Sammlung von Lösungsvorschlägen
  - b) Diskussion der Lösungsvorschläge
- IV. Konsens herausarbeiten**
  - a) Konsenswärtige Konsensvorschläge herausarbeiten
  - b) Kunde mit positiver Bewertung des Konsensvorschlags nach Konsensfragen: Konsens? Wenn nicht: zurück zu II

**Konsensstufen:**

- 1) Vorbehaltlose Zustimmung**  
„Ich stimme dem Lösungsvorschlag zu.“
- 2) Leichte Bedenken**  
„Ich stimme zu, habe aber leichte Bedenken.“
- 3) Schwere Bedenken**  
„Ich habe schwere Bedenken, trage die Entscheidung aber mit.“
- 4) Beiseite stehen**  
„Ich kann den Vorschlag nicht verstehen, lass ich trotzdem zustimmen, befinde mich aber nicht.“
- 5) Enthaltung**  
„Ich überlasse auch die Entscheidung, bin bei der Umsetzung aber dabei.“

---

**6) Veto (kein Konsens)**  
„Der Vorschlag widerspricht grundsätzlich meinen Vorstellungen. Er darf nicht beschlossen bzw. ausgeführt werden.“

Lösungsvorschlägen oder trägt sie auf einer Stimmkarte ein. Die Widerstandswerte werden in einer Kalkulationstabelle aufsummiert und das Ergebnis visualisiert.

Alternativ zu den Widerstandswerten können auch die 6 Konsensstufen genutzt werden (siehe Grafik oben): Vorbehaltlose Zustimmung, leichte



KONSENSIERUNGSZETTEL		
A	I	
B	J	
C	K	
D	L	
E	M	
F	N	
G	O	
H	P	

www.TRAUMFIRMA.de



Die Konsens-Verfahren auf dem kommenden Bundeskongress werden von zwei Expert\*innen moderiert und durchgeführt, die wir hier vorab schonmal vorstellen:



Sara Fromm ist seit 2020 bei der „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion“ (WfGA) aktiv und dort auch seit April 2021 angestellt. Zuvor hat sie ein Master-Studium in „Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften“ in Schweden gemacht und sich in der Klimagerechtigkeitsbewegung in Barcelona viel mit gewaltfreien Strategien bei Aktionen des zivilen Ungehorsams beschäftigt.



Ulrich Wohland ist Organizer und Campaigner für Gewerkschaften und Organisator des Qualifizierungslehrgangs „CampaPeace“ zur Ausbildung von Campaigner\*innen für die Friedensbewegung. Zudem organisiert er das Netzwerk „CampaNet“ zum Austausch aktiver Campaigner\*innen. Darüber hinaus arbeitet er als freier Mitarbeiter bei der „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion“ (WfGA) – und ist seit Langem Mitglied der DFG-VK.

Bedenken, schwere Bedenken, beiseitestehen, Enthaltung, Veto. Hier werden dann die gleichzeitig hochgehaltenen Konsenskarten mit der jeweiligen Konsensstufe eines Delegierten aufsummiert und das Ergebnis ebenfalls visualisiert.

Die spezifischen Abstimmungsausdrücke wie „Beiseite stehen“ (eine Entscheidung tolerieren, sie nicht blockieren, aber auch zum Ausdruck bringen, dass sie entweder für einen selbst belanglos ist, oder man sich an der Umsetzung nicht beteiligen wird) oder auch „leichte Bedenken“ (die eine Entscheidung tolerieren, aber sich ein anderes Ergebnis wünschen würden) können helfen, einen gefundenen Konsens immer weiter zu verfeinern, um so immer weiter zu einer tragfähigen Lösung zu reifen.

Mit diesen konkreten und weiteren Moderationsmethoden erhält die Entscheidungsgruppe ein Stimmungsbild: Gibt es einen oder mehrere Lösungsansätze oberhalb der Null-Lösung? Wo gibt es keine, leichte, starke oder sehr starke Widerstände Einzelner zu den Lösungsvorschlägen?

Zunächst wird jetzt nach den (Hinter-)Gründen, Motiven, Interessen, Erklärungen für „Widerstände“ oder „Bedenken“, „Beiseite-stehen“, „Enthaltung“ oder „Veto“ gefragt, so dass jede\*r die Möglichkeit erhält, ihre\*seine Position den anderen zu erläutern und die Positionen der anderen zu verstehen.

Bei ernststen Bedenken muss nachgefragt werden und diese durch Klärung abgebaut oder ein anderer Kompromissvorschlag gefunden werden. Hieraus können Veränderungen der Lösungsvorschläge entwickelt werden und in einer nächsten Runde erneut die Widerstände oder Konsensstufen abgefragt werden.

Es gibt kein Verfahren mit Erfolgsgarantie, es kann Rückschläge geben, dann muss gegebenenfalls zu einer früheren Phase wieder eingestiegen werden,

Durch gut moderierte Konsensverfahren oder solche, die selbständig von darin geübten Gruppen durchge-

führt werden, können diese zu größerer Zufriedenheit mit den Ergebnissen führen als die einfachen Mehrheitsentscheidungen. Konsensverfahren schaffen weniger Gewinner\*innen und Verlierer\*innen, schaffen Verständnis für die anderen und suchen nach gemeinsamen Lösungen. Sie können aber Widerstände, Beiseitestehen, Enthaltungen und ein Veto nicht ausschließen, begegnen diesen Positionen aber mit Anerkennung und Respekt.

## Konsens konkret: Bundeskongress 2021.

Von der AG Konsens wurden zwei vorliegende Anträge zur Behandlung im Konsensverfahren für den DFG-VK-Bundeskongress vorgeschlagen und vom Bundesausschuss befürwortet, damit die Konsensmethoden beim Buko vorgestellt und diese Anträge im Konsensverfahren entschieden werden können anstelle des üblichen Mehrheitsverfahrens. Dafür wurde auch entsprechend mehr Zeit vorgesehen.

Um die gemeinsame Erfahrung mit dem Konsensverfahren beim Bundeskongress möglichst erfolgreich zu gestalten, haben wir für die Moderation mit den entsprechenden Hilfsmitteln/Tools zur schnelleren Auswertung der Widerstandswerte/Konsensstufen zwei erfahrene Menschen aus der Friedensbewegung gefunden: Sarah Fromm (hauptamtliche Mitarbeiterin der Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden [WfGA]), und Ulrich Wohland (Netzwerk ORKA [Organisation & Kampagnen] und WfGA) werden die Moderation für diesen Part beim Bundeskongress übernehmen.

Bei den beiden ausgewählten Anträgen handelt es sich um einen Antrag zur Mitgliedsbeitragserhöhung ab 2022 und um die Anträge zur Einsparung von Kosten bei der *ZivilCourage* durch die Internetversion in Verbindung mit einer Reduzierung der zu verschickenden Druckversion.

*Olaf Maiwald, Manfred Diebold und Michael Sünner arbeiten in der AG Konsens mit.* ‹‹

# „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

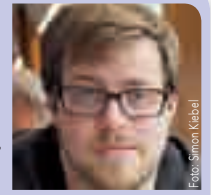
Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

**D**er Hiroshima-Gedenktag 2021: Die Menschen hasten an unserem Infostand in der Kasseler Innenstadt vorbei. Die zwei (fahrbaren) Atombomben-Modelle ziehen zwar einige neugierige Blicke auf sich, aber nur sehr wenige Leute bleiben stehen und kommen zu unserem Stand – und viele von denen wollen statt über Atomwaffen auch lieber über Corona sprechen, und es wird schnell klar, dass sie Verschwörungsmysen anhängen. Unsere Aktion der lokalen DFG-VK Gruppe, bei der ich aktiv bin, am 6. August war ernüchternd: Die Corona-Pandemie hat einiges verändert. Die Menschen sind – zumindest in Kassel – (noch) kontaktscheuer geworden. Es herrscht Unsicherheit. Hoffentlich geht dies wieder weg, wenn die Pandemielage wieder besser und das Virus für die Menschen ungefährlicher wird.

Über die Konsequenzen für unseren Verband durch die Pandemielage, habe ich schon einige Male kurz geschrieben. Gerade diskutieren die Bundesausschuss-Delegierten darüber, ob unser vom 29. bis 31. Oktober 2021 geplante Bundeskongress physisch in Halle an der Saale stattfinden kann oder welche Alternativen gut und realisierbar wären. Dabei freut es mich sehr, dass trotz der unsicheren Lage sehr sachlich diskutiert wird und Argumente gehört und behandelt werden. Wenn ihr am Bundeskongress teilnehmen wollt, schaut bitte immer mal wieder auf die BuKo-Website – [www.buko2021.dfg-vk.de](http://www.buko2021.dfg-vk.de) –, wo ihr den aktuellen Stand und auch die letztliche Entscheidung der Bundesausschuss-Delegierten über die Durchführung des Bundeskongresses finden werdet.

In jedem Fall ist es für uns enorm wichtig, als Friedensverband voran zu kommen: Sowohl inhaltlich als auch organisatorisch. Neue Entwicklungen im Bereich „Militär/Rüstung/Krieg“ wie der gerade beendete Afghanistan-Einsatz oder die Bundeswehr im Südosten des Bundeslands einen Militärübungsplatz erweitern – ganz in der Nähe einer Nachsorgeklinik für Menschen mit Krebs-, Mukoviszidose- oder Herzerkrankungen. Dagegen wurden über 68000 Unterschriften gesammelt. Nun hat die Bundeswehr Abstand von ihren Plänen genommen – ein toller Erfolg! Themen wie das giganti-

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.  
Kontakt: [svg@dfg-vk.de](mailto:svg@dfg-vk.de)



sche Rüstungsprojekt „FCAS“ (Future Combat Air System) fordern uns heraus. Und auch organisatorisch gibt es für uns viel zutun: Wie schaffen wir es strategisch, unsere Forderung nach einer Abrüstung des Militärs und eine Aufrüstung des zivilen Katastrophenschutzes und des Gesundheitssektors durchzusetzen? Und wie werden wir als Organisation stärker? Aufgrund der Pandemielage fanden nun schon seit anderthalb Jahren deutlich weniger Friedens-Aktionen und Veranstaltungen statt, was zu einem Rückgang unserer Präsenz im Allgemeinen geführt hat, wodurch wir am Ende auch weniger Mitglieder gewonnen haben als in den Jahren zuvor. Und auch wenn unser Verband in den vergangenen Jahren auch vermehrt junge Menschen für sich gewonnen hat: Nachhaltig ist diese Entwicklung noch nicht. Wir müssen zusehen, junge Menschen auch langfristig in das Engagement für eine Welt ohne Militär einzubinden. Es ist noch viel zu tun – und viel zu besprechen.

Bei all den Herausforderungen, die wir zu nehmen haben, dürfen wir nicht vergessen, auch mal Erfolge zu feiern: In Baden-Württemberg gab es gerade einen! Eigentlich wollte die Bundeswehr im Südosten des Bundeslands einen Militärübungsplatz erweitern – ganz in der Nähe einer Nachsorgeklinik für Menschen mit Krebs-, Mukoviszidose- oder Herzerkrankungen. Dagegen wurden über 68000 Unterschriften gesammelt. Nun hat die Bundeswehr Abstand von ihren Plänen genommen – ein toller Erfolg! Kriegsübungen braucht kein Mensch!



Aktuell von der Facebook-Seite der DFG-VK (<https://www.facebook.com/DFGVK/>)

# Satzung trifft auf Pandemie-Realität

## Der bevorstehende DFG-VK-Bundeskongress unter Corona-Bedingungen

Von Stefan Philipp

**B**undeskongresse sind das höchste (Entscheidungs-) Gremium (lateinisch „Schoß, Innerstes“) in der DFG-VK und damit der Wesenskern demokratischer Willensbildung in unserer Organisation und der Teilhabe der Mitglieder. Nach der Satzung muss „mindestens alle zwei Jahre“ ein Bundeskongress (Buko) stattfinden.

Und so hat der Bundesausschuss (BA) im letzten Jahr beschlossen, den nächsten Buko vom 29. bis 31. Oktober 2021 in Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt durchzuführen. Die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen dafür laufen seit Monaten, die Jugendherberge als Tagungsort und Übernachtungsmöglichkeit für die Delegierten ist seit Langem fest gebucht. Der Vertrag dafür kann bis Anfang September kostenfrei storniert werden. Fraglich ist nämlich, ob wegen der Pandemie erlassene staatliche Vorgaben einen Kongress Ende Oktober rechtlich zulassen und ob eine solche Präsenzveranstaltung sinnvoll und verantwortbar ist.

Der BA hat deshalb auf seiner Sitzung im Juni beschlossen, sich Ende August festzulegen, ob und wie der Buko stattfinden wird. Zum Redaktionsschluss Mitte August war also noch unklar, ob die Delegierten und interessierten Mitglieder real in Halle (Saale) zusammenkommen können, ob der Kongress per Videokonferenz stattfindet oder ins nächste Jahr verschoben wird. Ab Anfang September sind alle Informationen dazu auf der Website [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de) zu finden.

**Wie sich die Coronapandemie weiterentwickelt und welche staatlichen Bestimmungen wann gelten, ist unklar.** Die Anzahl der Neuinfektionen stieg allerdings Anfang August wieder kontinuierlich an. Es ist jedenfalls

nicht damit zu rechnen, dass die Pandemie Ende Oktober vorbei ist und die Beschränkungen für Versammlungen aufgehoben sind.

Bis zum 26. August galt und gilt in Sachsen-Anhalt die „14. Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2“. Nach dieser gilt bei allen Veranstaltungen, wobei „Mitglieder- und Delegiertenversammlungen“ ausdrücklich als solche genannt werden, die Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern. Nach Auskunft der Jugendherberge dürften sich in dem für den Buko vorgesehenen Versammlungsraum nach dieser Vorgabe lediglich 35 Personen aufhalten. Außerdem haben alle TeilnehmerInnen der Veranstaltung einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. Und schließlich müssen alle Nicht-Geimpften täglich eine negative Testbescheinigung vorlegen oder unter Aufsicht einen Selbsttest vornehmen.

Es ist vernünftigerweise nicht davon auszugehen, dass bei einem wahrscheinlichen Anstieg der Neuinfektionen im Herbst – Stichworte: „vierte Welle“, ansteckendere Delta-Variante – weniger einschneidende Maßnahmen verordnet werden.

**Ein normaler Buko** mit um die 100 TeilnehmerInnen, der die satzungsmäßigen Aufgaben erledigt, scheint damit für das letzte Oktoberwochenende unwahrscheinlich. Das schafft für die DFG-VK politische, aber auch satzungsrechtliche Probleme.

Nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches für Vereine finden Mitgliederversammlungen als Präsenzveranstaltungen statt. Das ist auch der Regelfall für die Bukos der DFG-VK; eine Regelung, dass ein solcher auch digital stattfinden könnte, findet sich in der Satzung nicht. Al-

lerdings hat der Bundestag bereits am 28. März 2020 das „Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ (GesRueCOVBekG) beschlossen, dessen Paragraph 5 bis Ende 2021 befristete Ausnahmeregelungen schafft.

Deshalb könnte die DFG-VK ihren Buko auch digital, also z.B. als Videokonferenz durchführen. Und auch der Vorstand/BundessprecherInnenkreis (BSK) bliebe „auch nach Ablauf seiner Amtszeit bis zu seiner Abberufung oder bis zur Bestellung seines Nachfolgers im Amt.“

Es wäre also rechtlich nicht notwendig, einen eintägigen Buko Ende Oktober als Präsenzveranstaltung oder digital nur deshalb durchzuführen, um Rechenschaftsberichte entgegenzunehmen und den BSK sowie weitere FunktionärInnen zu wählen. Ein solcher Vorschlag wurde im Vorfeld der genannten Abstimmung des BA gemacht, verbunden mit der Idee, einen zweiten Teil mit Antragsberatung, Workshops etc. dann z.B. im nächsten Frühsommer zu veranstalten.

Der BA könnte Ende August also rechtlich unbedenklich entscheiden, den 23. DFG-VK-Bundeskongress mit dem bereits beschlossenen (oder einem geänderten) Tagesordnungsvorschlag im nächsten Jahr durchzuführen – ganz real mit anwesenden Delegierten und Mitgliedern.

**Das wäre aus meiner Sicht auch politisch sinnvoll.** Eine der wesentlichen Aufgaben und gleichzeitig zentrales Recht des Buko ist die Wahl des BSK/Vorstands.

Zurecht erhalten Menschen, die sich dafür zur Wahl stellen, einen gro-

Ben Vertrauensvorschuss und werden in der Regel gewählt. Und so sehr es geschätzt wird, wenn gerade junge Menschen für eine Mitarbeit im DFG-VK-Führungsgremium bereit sind, so befremdlich war es für viele Delegierte beim letzten Buko 2019 in Frankfurt am Main, dass dort einige Kandidaturen quasi „vom Himmel fielen“; dass sich nämlich Menschen zur Wahl stellten, die man auf Bundesebene niemals zuvor gesehen hatte, die auch nicht durch inhaltliche Beiträge beim Kongress oder zuvor eine Position bezogen hätten, die sichtbar gemacht hätte, wofür sie stehen.

Es gibt also durchaus auch kritische Fragen zum BSK und seiner Arbeitsweise in den letzten beiden Jahren. Dass diese im Rahmen einer distanzierteren Videokonferenz vernünftig gestellt und umfassend beantwortet werden, ist leider nicht sehr wahrscheinlich. Da es seit Pandemiebeginn im März 2020, also kurz nach dem letzten Buko, auf Bundesebene fast ausschließlich Telefon- und Videokonferenzen mit begrenzten Möglichkeiten zu vertiefter inhaltlicher Arbeit gab, wären Wahlen bei einem zweigeteilten Buko mit Formalien im Oktober und einem inhaltlichen Teil im nächsten Jahr der falsche Weg.

Bleibt ein Problem: Für den Buko liegt ein Antrag zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge vor. Das ist traditionell ein äußerst umstrittenes Thema in der DFG-VK, das intensiv diskutiert werden muss. Sollte der Kongress verschoben werden, würde eine Erhöhung, so sie denn beschlossen wird, erst 2023 die Verbandsfinanzen verbessern.

Meine Lösung, die ich zur Nachahmung empfehle: Ich erhöhe meinen Monatsbeitrag ab dem 1. Januar 2022.

*Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage. In der Ausgabe 5/2020 (Seite 28 f.) hat er sich unter der Überschrift „Die DFG-VK-Satzung, das unbekanntes Wesen“ vor allem mit den Aufgaben des BundessprecherInnenkreises beschäftigt.* ‹‹

### Auszug aus der DFG-VK-Satzung § 10 Bundeskongress

(1) Der Bundeskongress ist das höchste Beschluss fassende Gremium des Verbandes. Er findet mindestens alle zwei Jahre statt. Zur Teilnahme sind alle Mitglieder berechtigt. Der Bundeskongress wird vom Bundesausschuss unter Angabe der Tagesordnung und unter Wahrung einer Frist von acht Wochen schriftlich einberufen. Die schriftliche Einladung ergeht an alle Gliederungen nach § 7 der Satzung. Die Mitglieder werden durch eine bundesweite Publikation über den Bundeskongress und seine Tagesordnung informiert.

(2) Stimmberechtigt sind die von den Orts- bzw. Basisgruppen und Landesverbänden bestimmten Delegierten und die Mitglieder des BundessprecherInnenkreises. Jede Orts- bzw. Basisgruppe und jeder Landesverband hat einen Delegierten und zusätzlich pro angefangen 25 Mitglieder je einen weiteren Delegierten. Bei Landesverbänden werden nur die Einzelmitglieder ohne Gruppenzugehörigkeit in die Ermittlung der Delegiertenzahl einbezogen. Jeder Stimmberechtigte hat eine Stimme. Das Stimmrecht muss persönlich ausgeübt werden, es ist nicht übertragbar. Stimmberechtigte Delegierte können nur Mitglieder der DFG-VK sein.

(3) Alle Gliederungen des Verbandes sowie Einzelmitglieder, wenn dies mindestens zehn weitere Mitglieder unterstützen, sind berechtigt satzungsändernde und ordentliche Anträge an den Bundeskongress zu stellen. Ordentliche Anträge müssen sowie Rechenschaftsberichte des BSK und der Finanzbericht sollen vier Wochen vor Beginn des Bundeskongresses in der Bundesgeschäftsstelle vorliegen.

(4) Aufgaben des Bundeskongresses sind:

- Beratung und Beschlussfassung über Programm, Satzung, Finanzordnung und ggf. weitere Vereinsordnungen;
- Beschlussfassung über Anträge,

- Wahlen des BundessprecherInnenkreises,
- mögliche Wahl von GeschäftsführerIn sowie ReferentInnen,
- Wahl der verantwortlichen RedakteurInnen der bundesweiten Medien,
- Wahl der Mitglieder der Kassenprüfungskommission
- sowie ggf. Wahl weiterer VertreterInnen des Verbandes
- Einrichtung bundesweiter Projektgruppen
- Entgegennahme der Rechenschafts-, Kassen- und Revisionsberichte und Beschlussfassung über die Entlastung des BundessprecherInnenkreises
- Beschlussfassung über die Auflösung der DFG-VK oder die Verschmelzung mit anderen Verbänden.

(5) Der Bundeskongress gibt sich mit einfacher Mehrheit der anwesenden Delegierten eine Geschäftsordnung, in der er seine Arbeitsweise regelt. Wahlen und Beschlüsse des Bundeskongresses sind in einer Niederschrift festzuhalten, die von der/dem ProtokollantIn und der neu gewählten Geschäftsführung zu unterschreiben und den Verbandsgliederungen zuzuleiten ist.

(6) Für Wahlen und die Beschlussfassung sowie die Änderung der Finanz- und weiterer Vereinsordnungen ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln, die Auflösung oder Verschmelzung des Verbandes von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen. Satzungsändernde Anträge sowie Auflösungs- bzw. Verschmelzungsanträge sind mit der Einladung zum Bundeskongress zu versenden.

(7) Der BundessprecherInnenkreis oder der Bundesausschuss kann jederzeit einen außerordentlichen Bundeskongress mit einer Frist von vier Wochen einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel aller Orts- bzw. Basisgruppen oder ein Drittel aller Landesverbände dies verlangt.



**Zuschriften bitte per E-Mail an: [zc@dfg-vk.de](mailto:zc@dfg-vk.de)**  
Briefe sollten maximal 1800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

**Zum Beitrag „Aktivistische Basisorganisation oder NGO?“ von Detlef Mielke in *ZivilCourage* 2/2021, Seite 28 f.**

Die kritischen Gedanken von Detlef Mielke kann ich nur unterstützen. Gut, dass er das mal in Ruhe und systematisch aufgeschrieben hat.

Seit Jahren nehme ich an den monatlichen Kundgebungen am Drohnenstandort Jagel und an Aktionen in Schleswig-Holstein teil. Unsere Wirksamkeit besteht darin, dass wir für unsere Bündnispartner\*innen politische Pazifisten „zum Anfassen“ sind.

Eigenständiger Protest von unten wird von unserem Gegenüber in Politik und Bundeswehr sehr genau registriert, da brauchen wir keine Lobbyist\*innen. Lobbyismus verbreitet den Irrglauben, dass aus Parlamenten und den Machttagen der Interessenverbände, aus Regierungen und Kommissionen die Abschaffung des Militärs in irgendeiner Form vorgebracht werden könnte.

Abschreckendes Beispiel für den verfehlten Versuch, über Teilhabe an der Macht die Dinge zu beeinflussen sind für mich die Grünen: schnell ging ihr Weg von der pazifistischen Basispartei zur Kriegs-, Rüstungs- und Interventionsrechtfertigung, notfalls auch ohne UN-Mandat.

*Georg Friedrich Gerchen*

**Zum Beitrag „Weniger Geld für die Post, mehr für die Politik!“ von Christoph Neeb in *ZivilCourage* 2/2021, Seite 3**

Dieser Text ist doch einigermaßen verstörend: wegen seiner Argu-

mentationsstruktur, wegen des dazugehörigen Tonfalls, wegen des zugrundeliegenden politischen Denkens.

Argumentiert wird schlicht neoliberal: Wir haben ein tolles Produkt, wir können es noch „breiter verbreiten“, wenn wir es billiger verbreiten, und deshalb müssen „wir alle zusammen“ unsere Gewohnheiten ändern, was wir ja aber eigentlich schon längst gemacht haben „angesichts der portablen Computer, die wir inzwischen haben“ (was gegen alle Erkenntnis als klima- und umweltfreundlich verkauft wird) und, wenn wider Erwarten doch nicht alles nach Plan läuft mit der Umpolung des Konsumverhaltens, werden „andere Möglichkeiten“ aufgezogen (in der Form selbstverständlich demokratisch).

Natürlich fährt auch das politische Denken auf der neoliberalen Schiene: Mehr Geld komme von effizienterem Wirtschaften (inkl. der im selben Heft und vom selben Autor vertretenen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge). Das alte Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Märchen im betriebswirtschaftlichen Gewand. Kommt nicht mehr Geld von einer Politik, die das Entstehen von gigantischen Reichtümern in privater Hand bei gleichzeitiger Verarmung des sozialen und alternativen Sektors verhindert und rückbaut?

Was Christoph Neebs Worte so entmutigend macht, ist die Brutalität, mit der wieder einmal offengelegt wird, wie sehr oppositionelle Arbeit in den Fängen des System verheddert ist. Ob wir wollen oder nicht, wir schwimmen mit dem Strom. (Zu dieser ganzen Problematik siehe auch den Beitrag von Detlef Mielke im selben Heft.) Das Dilemma: Ein pazifistischer Verband, der auf der Grundlage von Digitalisierung und „effizienter wirtschaften“ Friedensarbeit leisten will, macht sich mit dem Kriegssystem gemein. Marcuse sprach von Opposition als qualitativer Differenz. Welche Qualität, gar Differenz, hat politisches Engagement auf solchem Fundament?

Wäre nicht gerade die konsequen-

te Aufrechterhaltung und Nutzung des Analogen Friedensarbeit? Analog ist kein Umweg, sondern der Ho-Chi-Minh-Pfad gegen die imperialistische Digitalisierungsoffensive (die allerdings – das Dilemma – schon gesiegt hat).

Die entscheidende – auch friedenspolitische – Frage ist doch: Wie macht man in einem System, das mittels KI und anderer algorithmusbasierter Konterrevolutionen in Echtzeit Lebenswelten vernichtet und Körper kolonisiert, Opposition, die dieses System tatsächlich beendet? Technik ist im Kapitalismus zuallererst Ware, also Selbstzweck. Wir werden den vielbeschworenen system change – und nur um ihn geht es – nicht schaffen, wenn wir Technik nicht zuallererst als Angriff verstehen. (Ich bin mir bewusst, dass es hier von militaristischen Begriffen und Metaphern nur so wimmelt ...)

*Heiko Linnemann*

**Zum Beitrag „Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrag“ von Christoph Neeb und Michael Schulze von Glaßer in *ZivilCourage* 2/2021, Seite 30 f.**

Im Beitrag vom Bundeskassierer Christoph Neeb und dem politischen Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer geht es nicht nur um die Erhöhung von Mitgliedsbeiträgen, auch die Umverteilung von Mitgliedsbeiträgen zu Lasten der Gruppen und Landesverbände droht.

Noch können Gruppen und Landesverbände entscheiden, die Kampagnen und Arbeitsgruppen des Bundesverbandes zu unterstützen, oder ob sie ihre eigenständigen regionalen und überregionalen Aktivitäten voranbringen oder eine Mischung aus beidem betreiben. Über die „Minus-Finanzpolitik“ werden aber schleichend Fakten geschaffen und Strukturen verändert, die eigenständiges Handeln für Gruppen und Landesverbände erschweren. Denn es geht im Artikel nicht nur um die Erhöhung von Mitgliedsbeiträgen, sondern auch um strukturelle Veränderungen.

Weder die Gruppe Flensburg noch der Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein brauchen eine Beitragserhöhung. Wir können unsere Aktivitäten finanzieren, ohne dass Mitglieder mehr bezahlen müssen. Wir wollen auch kein Geld vom Bundesverband, er kann seinen Beitragsanteil, die Gewinne der Immobilie und meinetwegen auch alle Spenden behalten. Er soll aber damit aufhören, über seine „Minushaushalte“ eigenständige Gliederungen zu gefährden, um sich darüber zu stärken und damit die Zentralisierung voran zu bringen.

Gerechtfertigt wird das „Minus“ des Bundesverbandes damit, dass zwei Drittel der Mitglieder des Bundesausschuss den Minushaushalten zugestimmt hatten, weil „aufgrund einer hohen Liquidität das Minus der letzten Haushalte möglich war“. Die „hohe Liquidität“ des Bundesverbandes wurde aber auch teilweise über das Aufnehmen von Geldern finanziert, und dafür wurden Zinsen aus Mitgliedsbeiträgen bezahlt. Die Liquidität wurde teilweise auch über den Landesverband HH/SH und die Gruppe Flensburg hergestellt. Die Beitragsanteile für Gruppen und Landesverbände sollen vierteljährlich bis spätestens zum nächsten Monat nach Quartalsende ausgezahlt werden. Der Landesverband HH/SH bekommt seinen Beitragsanteil aber frühestens zum Quartalsende des darauf folgenden Quartals. Den Beitragsanteil des letzten Quartals 2020 hat der Landesverband HH-SH am 2. April 2021 bekommen, der des dritten Quartals 2019 ging am 3. Dezember 2019 auf dem Konto ein. Das sind keine Ausnahmen, sondern ist seit „den Minushaushalten“ die Regel. Bei den Beitragsanteilen der Gruppe Flensburg ist es genauso.

Im Artikel wird suggeriert, der Bundesverband würde Landesverbände und Gruppen unterstützen. Offensichtlich ist es ihm aber doch egal, wie Landesverbände und Gruppen ihre laufenden Kosten und eigenständigen Aktivitäten finanzieren, wenn er Beitragsanteile, die ihnen zustehen, zu-

rückhält, um die eigene Liquidität zu sichern. Das ist die Schwächung der Basisgliederungen zugunsten eines zentralistisch agierenden Bundesverbandes. Unterstützung wäre, wenn der Bundesverband mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln so verantwortlich haushalten würde, dass er die Existenz der anderen Gliederungen nicht gefährdet. Er ist die einzige Gliederung im Gesamtverband, die sich das Recht heraus nimmt, „Minushaushalte“ abzuliefern.

P.S. Ich habe mir Mühe gegeben, das Wort Schulden im Zusammenhang mit der Minus-Finanzpolitik des Bundesverbandes im Leserbrief zu unterlassen, da ich auf einem Treffen der Finanzkommission, einem Bundeskongress und zwei Bundesausschusstreffen darauf hingewiesen worden bin, das Wort Schulden im Zusammenhang mit dem „Minus“ des Bundesverbandes zu verwenden, sei nicht angebracht, da es sich nicht um Schulden handelt, sondern nur um ein „Minus“ für das Zinsen bezahlt werden. So sind meine „Umschreibungen“ zu verstehen.

*Siglinde Cüppers*

**Zum LeserInnenbrief von Dennis Riehle in *CivilCourage* 2/2021, Seite 38 f., in dem er sich zum Beitrag „Angriff auf linke Friedenspolitik“ von Tobias Pdlüger in der vorangegangenen Ausgabe äußerte:**

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Ohne Ausnahme! Es ist offensichtlich dringend notwendig, diese Grundsatzserklärung wieder auf allen Beitritts-erklärungen im Wortlaut abzudrucken und nicht nur zu schreiben „Ich unterstütze die DFG-VK Grundsatzserklärung“

“, ohne ihren Wortlaut zu dokumentieren. Anders ist es kaum zu erklären, dass es möglich ist, dass Dennis Riehle DFG-VK-Mitglied wurde, der es „unter gewissen Umständen für geboten“ hält, „unsere Soldaten an deeskalierenden Missionen unter klarem UN-Mandat zu beteiligen“. Er unterstützt also den Krieg von Soldaten „unter klarem UN-Mandat“, stellt sich damit klar gegen unsere Grundsatzserklärung, verharmlost den Krieg in der Sprachregelung der Militaristen als „deeskalierende Missionen“.

Mitglieder der DFG-VK, die in anderen Organisationen, Parteien, Kirchen aktiv sind, müssen sich gemäß unserer Grundsatzserklärung verpflichtet fühlen, unsere antimilitaristischen Grundsätze in ihre jeweilige Organisation, Partei, Kirche einzubringen und dort mehrheitsfähig zu verankern, so wie ich es in meiner Partei, der DKP, seit vielen Jahren tue. Inakzeptabel ist es, wenn ein Parteimitglied versucht, die kriegsbefürwortende Position, die es in seiner Partei Die Linke leider gibt, in die DFG-VK hineinzutragen und dafür auch noch um Verständnis bei den DFG-VK-Mitgliedern zu werben. Gerade dann, wenn die Partei Die Linke aus Gründen vermeintlicher Koalitionsfähigkeit Kriege befürworten will, müssen wir uns darauf verlassen können, dass DFG-VK-Mitglieder an unserer Grundsatzserklärung festhalten.

Verfügt ein DFG-VK-Mitglied über „unsere“ Soldaten? Die verabscheuungswürdigen Mordgesellen der Bundeswehr sind doch niemals „unsere“. Es sind die Kriegsknechte des auf Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung gegründeten deutschen Großkapitals und dessen Handlanger im Bundestag, zu denen ich nach Textanalyse des Leserbriefes von Dennis Riehle jetzt wohl auch die Abgeordneten der Linken zählen muss.

Auch Krieg im Namen der Uno ist Mord. Auch UN-Soldaten sind »

---

**„Wäre nicht gerade die konsequente Nutzung des Analogen Friedensarbeit?“**

---

» nichts anderes als professionelle Mörder. Von Korea bis Mali haben sich UN-Soldaten unter UN-Mandat immer an die Seite der imperialistischen Monopole gestellt. Denn es sind nicht pazifistische Basisbewegungen, sondern Regierungen mehrheitlich imperialistischer Staaten, die das UN-Mandat erteilen. Der militärisch-industrielle Komplex missbraucht die Uno für seine Profitinteressen. Dennis Riehle meint, „wir sind in der Pflicht gegenüber den bedrohten Menschen auf unserem Planeten, sie vor Unterdrückung, Folter und Mord zu beschützen“. Dann müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen und die Bundeswehr voll und ganz abschaffen. Denn die UN-Soldaten der Minusma in Kooperation mit der französischen Armee und „unserer“ Bundeswehr halten eine korrupte Elite in Bamako an der Macht, damit die Profite aus Ausbeutung der Menschen und Bodenschätze, der Kinderarbeit in den Minen, weiter auch nach Deutschland und Frankreich fließen. Diese menschenverachtenden Ausbeutungsverhältnisse aufrecht zu erhalten, nennt das UN-Mandat „Stabilisierung der Region“.

Wer der „traurigen Erkenntnis, dass wir in absehbarer Zeit die Bomben, Minen und Gewehre nicht aus der Welt schaffen können“, das Wort redet, hat sich mit der Fortexistenz der Armeen bereits abgefunden und tut nichts für die Abschaffung der Armee im eigenen Land. Er verweigert somit die Mitarbeit an der Beseitigung aller Kriegsursachen, der Kriegsursache Militär. Restlos absurd wird der „Gedanke einer friedenssichernden und Nothilfe leistenden Minimalarmee“. Soldaten können niemals Frieden sichern, niemals Nothilfe leisten. Sie können nur morden und Not bringen, nur dazu werden sie an Waffen ausgebildet. Demokratie und Menschenrechte können mit Militär nicht erreicht und erhalten werden, denn es ist das

Wesen eines jeden Militärs, beides mit den Stiefeln zu zertreten, schon in der Ausbildung. Das ist das Gegenteil davon, anderen zu helfen und ihr Leben zu schützen. Wenn Menschen, die heute noch bei der Bundeswehr sind, tatsächlich Frieden sichern wollen und Nothilfe leisten, dann wären sie keine Soldat\*innen mehr sondern Kriegsdienstverweigerer in ziviler Berufsausübung.

*Ralf Cüppers*

**Zu den LeserInnenbriefen zum „Thema Niemöller“ in *ZivilCourage* 2/2021, Seite 34 ff.**

**H**eft 2/2021 habe ich gelesen. Ich habe interessant gefunden die Meinungsbreite zur Person/Persönlichkeit Martin Niemöller. Die Aussage „Viel Licht, viel Schatten“ finde ich treffend. Auch Kants Spruch „Der Mensch ist aus krummem Holz gebaut“ passt.

Mir gefällt, dass der Diskussion Raum gelassen wird. Manchmal fand ich die *ZivilCourage* stalinistisch eng und streng, nur Thema „Raus aus der Nato“ und „BRD Kriegstreiber“. Diesmal okay. Gut, dass Ihr Euch in Kontinuität die Mühe der Konzeption eines Magazins macht! Habe heute 300 Euro Spende überwiesen. Gruß

*Hans-Peter Geiselhart*

**Ü**ber einige der Leserbriefe zur kritischen Auseinandersetzung mit Martin Niemöller bin ich erheblich irritiert. Da schimmert durch, als solle man sich nicht mit Persönlichkeiten der Vergangenheit, die die DFG-VK prägten, kritisch auseinandersetzen. Da gibt es den Satz, eine solche Auseinandersetzung sei überflüssig und gleichzeitig verdienstvoll. Das ist doch ein Widerspruch in sich. Ein Beitrag kann doch nur verdienstvoll sein, wenn er geschrieben wird, und damit ist er per se nicht überflüssig, wie

auch die vielen Leserbriefe zeigen.

Anscheinend fühlen sich einige DFG-VK-Mitglieder unangenehm berührt, wenn auch Kritisches über eine Persönlichkeit formuliert wird. Wir sind nicht frei von Fehlern, und die Chance, aus Fehlern zu lernen, besteht nur dann, wenn man sich kritisch mit ihnen auseinandersetzt. „Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen“, dieser Satz des US-amerikanischen Philosophen George Santayana sollte doch unser Leitmotiv sein. Und dafür plädiert ja zu Recht auch Wolfram Wette.

Ggf. sollte es ein Witz sein, wenn ich bei Thomas Rödl lese, Franz Beckenbauer sei eine Lichtgestalt. Er ist ein Geschäftsmann, das ist alles, und ihn in den Zusammenhang mit Martin Niemöller zu bringen, finde ich mehr als merkwürdig.

Ich bin seit 50 Jahren Mitglied der DFG-VK, habe als Redaktionsmitglied der antimilitarismus information in den 70er Jahren an mehreren Bundesvorstandssitzungen teilgenommen und dabei Martin Niemöller noch persönlich kennengelernt. So wie Günter Knebel schreibt, war auch ich beeindruckt von seiner Persönlichkeit und dass er sich noch im hohen Alter für Friedenspolitik einsetzte. Da konnte ich gut darüber hinwegsehen, dass er gelegentlich bei den Sitzungen einnickte.

Damals war noch nicht die Zeit bzw. hatten wir andere Themen, um sich mit Martin Niemöller auseinanderzusetzen. Aber wie viele Jahre hat es nach 1945 gebraucht, um sich mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen. Insofern ist eine kritische Beschäftigung mit Vergangenen nie zu spät und auch nicht überflüssig.

*Helmolt Rademacher*

**Zum LeserInnenbrief von Ortwin Bickhove-Swidorski in *ZivilCourage* 2/2021, Seite 40 f., in dem er sich zum Beitrag „(Kein) Urteil Im Namen des Führers ...“ von Wilfried Porwol in der vorangegangenen Ausgabe äußerte:**

---

**„Soldaten können niemals Frieden sichern, niemals Nothilfe leisten.“**

---

**S**ehr geehrter Herr Bickhove-Swiderski,

Sie schreiben in ihrem Leserbrief zur Verurteilung von W. Porwol: „Auch dass das Amtsgericht in Kleve Porwol abgeurteilt hat, ist mit den juristischen Grundsätzen völlig in Einklang zu bringen. Der Richter kann und darf nur Gesetze anwenden und auslegen, die ihm vorliegen.“ Das klingt nach Freude über ein demokratisches Urteil eines demokratischen Richters.

Als Gewerkschafter einer demokratischen Gewerkschaft ist es logisch, auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung zu stehen.

Die direkte Aktion des Herrn Porwol verstehe ich als politische und nicht als künstlerische Aktion. Sie ähnelt einer PR-Aktion und soll provozieren und Öffentlichkeit herstellen. Porwol plante wohl bewusst seine Verurteilung mit ein. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit musealen Werken der Vergangenheit sollte inhaltlichen Tiefgang mitbringen und keine populistischen Ziele verfolgen.

Wenn ich in einer nächtlichen direkten Aktion chauvinistische Autoritätsverherrlichungen umgestalte, so hat das eine andere Qualität, nämlich die der Anonymität. Solche Aktionen gab und gibt es glücklicher Weise in allen Zeiten.

Ihr Ruf nach einem wissenschaftlichen Kunst-Symposium mit Vertreter\*innen der Mitte unserer Gesellschaft über den Umgang mit Nazi-Kunst hört sich recht hilflos an. Entweder habe ich eine klammheimliche Freude über eine politische Aktion oder ich freue mich über die demokratische Verurteilung eines Kollegen.

Die Kunst ist frei – alles Weitere regelt die Polizei!

*Karl Bihn*

**D**ie Denunziation eines langjährigen Mitglieds unseres Verbandes im Sinne einer kleinbürgerlichen Rechtsprechung ist schlicht und einfach unanständig. Das Urteil des Amtsgerichts Kleve gegen Wilfried Porwol wegen Sachbeschädigung ist

ein politisches. Dies in Bezug auf einen Freund aus den eigenen Reihen gutzuheißen, ist verwerflich. Es dürfte bekannt sein, dass Wilfried Porwol als politisch motivierter Künstler sehr wohl in der Lage ist, eine eigene Performance in der Kunst zu entwickeln und umzusetzen. Dies haben seine Lithografien zum Thema Antimilitarismus – Krieg – Frieden längst bewiesen.

Kriegerdenkmäler sind keine Kunstwerke! Dies will Wilfried Porwol mit seiner Aktion vermitteln. Sie sind Objekte, welche die unmenschlichen „Heldentaten“ von Mördern und Massenmördern verklären und rechtfertigen sollen. Sie dienen der Verherrlichung von Intoleranz, Menschenverachtung und Arroganz als Grundlage einer militaristischen Weltanschauung. Sie sollen die Rechtfertigung dieser Geisteshaltung in die Gegenwart transportieren.

Dieses scheint der Befürworter einer Verurteilung nicht begriffen zu haben. Sie müssen somit umgewidmet werden im Sinne einer pazifistischen Weltanschauung (solange man sie nicht sprengen darf). Der Pazifist Wilfried Porwol hat in dieser Hinsicht eine großartige künstlerische Leistung vollbracht. Er verdient hierfür unser aller Lob und keinen Tadel. Denn: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit, wie es in unserem obersten Grundsatz heißt. Darüber sollte der Verfasser, falls er denn Mitglied unserer DFG-VK ist, nochmals gründlich nachdenken. Die Verherrlichung von Krieg gehört verurteilt, nicht derjenige, der auf solcherlei Schmutz hinweist.

Ich selbst bin seit über 50 Jahren Mitglied in unserem Verband. Ich habe eine derartige Verunglimpfung in unseren Reihen in all der Zeit nicht erlebt. Fast ebenso lang kenne ich Wilfried Porwol als aufrechten Streiter für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung, gegen jede Kriegsvorbereitung und Kriegsverherrlichung. Hierbei verdient er unsere uneingeschränkte Unterstützung.

*Pitt van Well*

### Trauer um Knut Andresen (1939 - 2021)

Über die Beteiligung an Aktionen in Heide, Husum und Jagel kam Knut zur DFG-VK. „Bundeswehr abschaffen“ war für ihn als Pazifist und Kommunist eine Selbstverständlichkeit.

Er war ein Aktivist. Von seinem nordfriesischen Haus auf dem Lande fuhr er regelmäßig mit vollgepacktem Fahrradanhänger zum Wochenmarkt nach Friedrichstadt, um dort Mahnwachen und Infostände mit selbst gestalteten Plakaten gegen Faschismus, Kriegsvorbereitung und Krieg, Kapitalismus und Umweltzerstörung zu machen. Dadurch wurde er zur Institution des Wochenmarktes, wird seit seinem Tod dort vermisst.

Die regelmäßige Teilnahme an den Mahnwachen des Landesverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein am Drohnen- und Tornadostandort Jagel und Aktionen in Heide und Husum waren für ihn Gelegenheit, sich auszutauschen und Kontakte aufrecht zu erhalten. Organisation war ihm weniger wichtig als persönlicher Kontakt und die Solidarität mit Gleichgesinnten.

Knut war bildender Künstler und Literat. Seine letzte Einzelausstellung in Husum kurz vor dem Lockdown fand in der Presse positive Kritik und breite Anerkennung. In seinen Werken kam seine Haltung gegen Militär und Krieg und vor allem auch seine Liebe zur Natur und ihren Lebewesen zum Ausdruck. Wir werden ihn und seine Gestaltungen „Standhaft für den Frieden“, „Lass Dich nicht zum Mörder machen“, „Mahnwache gegen Wahnmache“ oder „Corona – wir verlieren unseren Krieg gegen die Natur“ in guter Erinnerung behalten und in seinem Sinne weitermachen.



*Ralf Cüppers*

# Wieder entdeckt und gelesen

Was uns „alte“ Bücher heute sagen können

Von Werner Glenewinkel

**Wer kennt das nicht? Man zieht um, mistet aus, sucht etwas im Bücherregal. Und stößt auf ein altes Buch, von dem man denkt: Das war damals eine wichtige Lektüre, das wollte ich unbedingt noch einmal lesen. Und es könnte auch für andere bereichernd sein. Oder aus einem aktuellen Anlass gelesen werden sollen.**

**Den Anfang macht von dem 1920 ermordeten Pazifisten Hans Paasche: Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins Innerste Deutschland.**

**1912 erstmals veröffentlicht wurde die „Forschungsreise“ seitdem in vielen Auflagen und in unterschiedlichen Verlagen immer wieder veröffentlicht. Die aktuellste Auflage ist die 2016 im Donat-Verlag erschienen.**

**Wer selbst solche alten Schätze wieder entdeckt, der kann sie hier in dieser Rubrik präsentieren.**



**H**elmut Donat, Gründer und Eigentümer des Donat-Verlages in Bremen seit 1989 ([www.donat-verlag.de](http://www.donat-verlag.de)), hat bereits als junger Mann zum einhundertsten Geburtstag von Hans Paasche 1981 im Selbstverlag „Auf der Flucht erschossen...“ – Schriften von und über den „Zivilisationskritiker“, veröffentlicht. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass er mit einer sorgfältig editierten Ausgabe 2016 einen vorläufigen Schlusspunkt hinter die bewegende Geschichte des Autors Hans Paasche und seines erfolgreichsten Buches über die Forschungsreise setzt.

In dieser Ausgabe sind zunächst die neun Briefe von Lukanga Mukara an seinen König Ruoma enthalten: Lukanga wundert sich nicht nur über das Münzgeld und das Briefeschreiben, über den Vorrang der Arbeit und die Bekleidungsitten, über Armut und Reichtum, über die Rolle der Frauen, die Mobilität, sondern auch über das Essen, das Rauchen und über die Art und Weise, den König zu feiern. Aus diesen Anlässen kann man diese grundsätzlichen Themen herauslesen: „... die ökologische Betrachtungsweise des alltäglichen Lebens, die Ursachen und Folgen ungehemmten Wirtschaftswachstums, der Verlust des Einklang mit einer natürlichen Umwelt, die Unterdrückung der Frau, die Jagd nach Geld und Profit, der Ehrgeiz und die ziellose Hektik eines falschen Lebens, das Verzweiflung und Einsamkeit, Angst und Freudlosigkeit, Krankheit und Tod gebiert“ – so Helmut Donat in seinem Beitrag zur Rezeptionsgeschichte dieses Buches (S. 117).

**Im Vorwort** der erstmals 1912/13 im „Vortrupp“ abgedruckten Forschungsreise schreibt der Autor, dass er auf seiner letzten Reise nach Afri-

ka die Erkenntnis gewonnen habe, fremde Länder und ihre Menschen seien für uns ein Segen. Von ihnen könnten wir lernen, uns selbst besser zu erkennen.

Ein ungewöhnliches Ereignis habe ihm die Aufgabe, selber zur Kritik an unseren Zuständen auffordern zu sollen, abgenommen. „Ein Neger, den ich am Hofe des Königs Ruoma traf, ist meiner Anregung gefolgt und hat sich von dem Herrscher des Landes Kitarra den Auftrag geben lassen, Deutschland zu bereisen“.

Lukanga Mukara von der Insel Ukara im Viktoriasee schreibt in neun Briefen an seinen Herrscher, wie er die Zustände in Deutschland zu dieser Zeit wahrnimmt, und legt dabei seinen Maßstab an. „Was uns gewohnt erscheint“, schreibt Paasche weiter, „fällt ihm auf. Seine Beobachtungsgabe und die Nacktheit seines Urteils bringen es mit sich, dass er bedeutend über Dinge sprechen kann, denen wir selbst gar nicht einmal unbefangen gegenüberstehen können.“

Damals war es noch üblich, das N-Wort wie selbstverständlich und unbefangen zu gebrauchen. Glücklicherweise hat sich der Donat-Verlag nicht veranlasst gesehen, angesichts aktueller Debatten für die jetzige Ausgabe eine Sprachkorrektur vorzunehmen.

Schließlich gibt es einen 10. Brief an den König Ruoma, in dem Lukanga – immer noch auf der Reise – von



Ländern wie dem nördlichen Uganda berichtet, in denen es sehr gefährlich sei und den Kindern größtes Leid angetan werde. In Europa habe er mit Hilfe des Fernsehens viel über die Welt kennengelernt – von dem Krieg in Afghanistan, von Terroranschlägen, dem Geist des Materialismus bis hin zu Gewalt in den Familien – und könne deshalb dem König mehr davon erzählen.

Dieser Brief wurde von Kamilla Jaworska 2007 verfasst.

**Außerdem enthält diese Ausgabe** einen Beitrag von Iring Fetscher, dem 2014 verstorbenen Politikwissenschaftler, der schon 1984 in der „Zeit“ eine Rezension zu Paasches Lukanga geschrieben hatte. Er zeichnet sorgfältig die Entwicklung des Hans Paasche (1881-1920) vom Kapitänleutnant der kaiserlichen Marine zum Pazifisten und Radikaldemokraten nach.

Hans Paasches Vater, ein führender Vertreter der Nationalliberalen Partei und viele Jahre Vizepräsident des Reichstages, zählte zu den „Stützen des Kaiserreiches, dem er diente und an dem er verdiente“ (S. 124). In diesem nie aufgelösten Vater-Sohn-Konflikt „manifestierten sich die wesentlichen Strömungen der jüngeren deutschen Geschichte: Militarismus und Pazifismus“ (S. 126).

**Paasche greift mit der Form** des Briefromans eine alte Tradition auf: Den „Lettres Persanes (Montesquieu 1721) und den „Cartas Marruecas“ (de Caldaso 1789). Diese Tradition hat Herbert Rosendorfer mit „Briefe in die chinesische Vergangenheit“ (1986) wieder aufgenommen.

Er hat – ungewöhnlich für seine Zeit – die Schutzbehauptung der Kolonialherren, sie brächten den „Negern europäische Hochkultur“ (S. 111) als Lüge und Selbsttäuschung zurück gewiesen.

**Schließlich berichtet Helmut Donat** in einem interessanten Beitrag, dass das Buch während des Ersten Weltkrieges von den Militärbehörden unterdrückt wurde und erst 1921 wieder erscheinen konnte.

1929 erschien im Fackelreiter-Verlag bereits die 7. Auflage. Nach 1933 wurde „Lukanga Mukara“ wie alle anderen Schriften von Paasche verboten.

Von Paasches hundertstem Geburtstag bis zum Jahre 2009 hat das Buch immer wieder ein vielfältiges Echo in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen. Es überwiegt die Einschätzung, dass uns dieses Buch auch heute noch etwas zu sagen habe: Nämlich „die vermeintliche Überlegenheit der Alten Welt gegenüber der Dritten Welt zu überdenken“ (Berliner Tagesspiegel 1984, S. 127).

Im Mai dieses Jahres hat Deutschland die Verbrechen an den Herero und Nama als Völkermord anerkannt. Der Bundespräsident hat sich entschuldigt. In den nächsten 10 Jahren sollen 1,1 Milliarden Euro in soziale Projekte investiert werden. Ein Angebot zur Versöhnung, das noch nicht angenommen worden ist.

Im Juli dieses Jahres ist das „Humboldt-Forum“ eröffnet worden. Es enthält auch ein

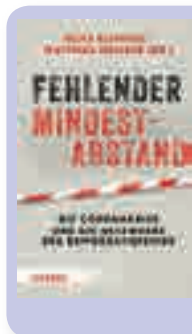
ethnologisches Museum. Dort werden u.a. die Benin-Bronzen präsentiert werden. Über die Rückgabe an Nigeria wird demnächst verhandelt. Die Debatte um die andauernden Auswirkungen der kolonialen und imperialen Aneignung und Ausbeutung der Welt ist im vollen Gange.

In diesem Kontext erscheint es mehr als sinnvoll, sich von einem fremden Blick zu einer angemessenen Selbst-Kritik drängen zu lassen.

**Hans Paasche** ist nur 39 Jahre alt geworden. Am 21. Mai 1920 wurde sein Gutshaus in Berlin aufgrund einer Denunziation von zwei Offizieren und ca. 50 Soldaten nach Waffen durchsucht. Paasche kam vom Baden im nahe gelegenen See und wurde „auf der Flucht erschossen“. Ein Strafverfahren gegen die Beteiligten wurde nicht eröffnet (S. 105).

*Werner Glenewinkel ist langjähriges DFG-VK-Mitglied. Vor einigen Monaten veröffentlichte er das Buch „Enkel sind das Dessert des Lebens“. Eine kurze Besprechung findet sich auf der nächsten Seite.* <<

## Buchbesprechungen



Heike Kleffner, Matthias Meisner (Hg.): Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde. Freiburg 2021; 352 Seiten; 22 Euro

**D**a reibt sich manche wackere Veteran\*in der Friedensbewegung die Augen: Auf den Demos der Corona-Spinner\*innen weht die regenbogenfarbene Friedensfahne gleich neben der Reichskriegsflagge und anderen Unappetitlichkeiten. Wie konnte das passieren? Im Buch „Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde“ vertreten die von den Herausgeber\*innen Heike Kleffner und Matthias Meisner versammelten Autor\*innen u.a. die These, dass der anhand der Flaggenverwirrung sichtbar werdende fehlende Mindestabstand nach rechts das Ergebnis einer langanhaltenden Entwicklung ist, die in der Friedensbewegung weitgehend ignoriert wurde.

In „Fehlender Mindestabstand“ versammeln die Herausgeber\*innen auf ca. 350 Seiten die Beiträge von 39 Autor\*innen. In eher kurzen Artikeln beschreiben sie, wie die fehlende Abgrenzung nach rechts in weiten Teilen des Bürger\*innentums in der Corona-Krise sichtbar wird. Sie zeigen damit, dass autoritäre Einstellungen und Menschenfeindlichkeit kein Problem der gesellschaftlichen Ränder sind, sondern leider einen festen Platz in der Mitte der Gesellschaft haben.

Die Autor\*innen zeigen auch auf, dass Nazis den Aufruf zum Unpolitisch-sein jenseits von rechts und links nicht zufällig als Einladung interpretieren. Relativierungen der Shoa (Anne-Frank-Bezüge, „Wie 1933!“-Zitate) betreiben nicht nur Täter-Opfer-Umkehr, sie suggerieren auch, dass der Infektionsschutz, das Tra-

gen einer Maske und nette freundliche Cops, die mit dem Wasserwerfer über die Köpfe der Menge hinwegzielen, irgendwie mit dem ab 1933 einsetzenden Terror, der zum Zweiten Weltkrieg und der Ermordung von über sechs Millionen Juden führte, dasselbe seien. Auch Hetze gegen „die da oben“, „Bill Gates“ o.ä. verweist auf antisemitische Stereotype, die von weiten Teilen des Bürger\*innentums geteilt werden und an die Nazis selbstverständlich anknüpfen können. Und warum sich viele von einem neu-imperialistischen Autokraten wie Putin retten lassen wollen, ist mir nach wie vor unverständlich, lässt sich aber laut den Autor\*innen mit einer Akzeptanz für autoritäre Politikmodelle erklären.

Ein Kapitel widmen die Autor\*innen eigens der Friedensbewegung. Unter dem Titel „Ein Angstszenario nach dem anderen“ beschreibt Sebastian Leber die Mahnwachen-Bewegung von 2014 und den sog. „Friedenswinter“ als Wiege der Corona-Bewegung. Leber zeigt, dass zentrale Akteure der Berliner Mahnwache auch die Corona-Protteste organisieren. Anhand von Zitaten der Schlüsselfiguren zeichnet er nach, dass es bei beiden Bewegungen um dieselben autoritären Inhalte ging. Für mich war es erschreckend zu lesen, wie krass der Antisemitismus eines Ken Jebsen schon 2014 war, und zu wissen, dass eigentlich ganz vernünftige und angesehene Leute in der Friedensbewegung Jebsen für einen geeigneten Bündnispartner hielten. Auf der einen Seite wollen wir immer ganz seriös sein und mit Lobbyismus Abgeordnete und Entscheidungsträger\*innen erreichen, und auf der anderen Seite kreiselt unser politischer Kompass so sehr, dass wir autoritäre und menschenfeindliche Verschwörungsknallis nicht als das erkennen, was sie sind, sondern sie für geeignete Bündnispartner\*innen für eine Kampagne wie den „Friedenswinter“ hielten. Ich würde mir deshalb

deutlich mehr Positionierungen unserer Verbandsspitze gegen Verschwörungs-Blödsinn wünschen.

Wer mehr dazu wissen möchte, aber leider keine Zeit hat, dass 22 Euro kostende im Herder-Verlag erschienene Buch zu lesen, ist am Montag, den 11. Oktober, herzlich in die Mehringhöfe in Berlin, Gneisenaustraße 2A. eingeladen. Die Antimilitaristische Aktion Berlin (amab), das Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BAMM) und der Berliner Landesverband der DFG-VK veranstalten dort um 19 Uhr eine Diskussion mit dem Titel „Frieden für Deutschland? Was tun gegen Rechtsoffenheit in der Friedensbewegung!“ Dazu haben wir neben der Herausgeber\*in Heike Kleffner und dem Autor Sebastian Leber auch Fabian Virchow eingeladen, um die Thesen des Buches zur Friedensbewegung zu diskutieren.

Und wer lieber Fernsehen guckt, findet hier eine Aufzeichnung der Buchpremiere: <https://bit.ly/2VsUc8M>  
Hauke Thoroe



Werner Glenewinkel: Enkel sind das Dessert des Lebens. Gespräche zwischen den Generationen: Opa-Enkel-Dialoge. Hamburg 2021; 240 Seiten; 10,99 Euro (E-Book: 6,90 Euro)

Was macht ein alter Pazifist – alt im Sinne von langjährig und seines Lebensalters? Werner Glenewinkel ist so ein alter Pazifist mit 76 Lebensjahren und einigen Jahrzehnten DFG-VK-Mitgliedschaft. Dank seiner Zugehörigkeit zu einer Patchwork-Familie ist er Großvater von fünf Enkelkindern – und schreibt darüber ein Buch. Eigentlich ein Gesprächsbuch.

Denn er nimmt seine Enkelkinder und ihre Fragen ernst. Und das

Buch enthält deshalb überwiegend „Opa-Enkel-Dialoge“.

Der promovierte Jurist Werner Glenewinkel war Asta-Vorsitzender, Zeitsoldat, staatlich nicht anerkannter Kriegsdienstverweigerer, Dozent an einer Fachhochschule, Familientherapeut, Vorsitzender der Zentralstelle KDV ... ein reiches Leben mit großem Erfahrungsschatz und vielen Einsichten des kritischen Zeitgenossen fächert sich da auf.

Krieg und Frieden sowie Demokratie und Gerechtigkeit sind die beiden großen Themenbereiche und Interessen im Leben des Großvaters. Und so tauchen diese in vielen der Dialoge mit den Enkeln auf. Die Kinder fragen, er erklärt Zusammenhänge, beschreibt, was er erlebt hat und wie der das bewertet. Damit sind die Gespräche auch ein Stück Geschichtsunterricht, aber eben nicht im Sinne der Vermittlung theoretischer oder sachlicher Inhalte. Sondern entwickelt aus der persönlichen Erfahrung und so, dass die Enkel viel fragen und verstehen können.

Ein Beispiel für den Stil der Dialoge, hier zum Thema Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung:

(...) Was wäre gewesen, wenn du dich geweigert hättest – wegen „Nie wieder Krieg!“? Ich hätte den Kriegs-

dienst mit der Waffe veweigern können. Das war ja im Grundgesetz in Artikel 4 Absatz 3 ausdrücklich vorgesehen. Warum hast du das nicht gemacht? Meine Eltern haben mir die Entscheidung überlassen. Ja, leider. Nachdenkliche Pause. Obwohl die den Krieg erlebt hatten? Ja, und ich hatte keinen Lehrer, der mich ange-regt hätte, darüber genauer nachzu-denken. Und deine Klassenkamera-den? Einige mussten nicht zur Bun-deswehr. Verweigert hat keiner. Die Enkelkinder drängen sich aufgeregt um den Opa. Opa, muss ich auch zur Bundeswehr? (...)

Und warum „Dessert des Lebens“? Ein schönes Sprachbild. Es beinhaltet auch, das nach der „Mühe der Erziehungsarbeit“ mit den eigenen Kindern nun eine schöne und leichte Lebensphase folgt. Wie der krönende und genussvolle Abschluss einer guten Mahlzeit. Zu wünschen wäre Werner Glenewinkel – und auch den Enkeln –, dass ihm noch viel Zeit bleibt für den fruchtbaren Austausch mit der neuen Generation.

Und vielleicht kann die Lektüre des Buches andere „alte PazifistInnen“ anregen, seinem Beispiel auf je ihre Weise zu folgen.

Stefan Philipp

# FELDPOST



## TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Afghanistan – im Felde unbesiegt, aber an der Heimatfront keine Unterstützung. So konnte die Verteidigung des Vaterlandes am Hindukusch nicht gelingen. Und über unsere Alliierten, zu deren Unterstützung wir in den Kampf gezogen waren, besser kein Wort. Also: Helm ab zum Gebet! Jetzt richtet sich unser Blick nach Osten, zum Südchinesischen Meer, wohin unsere Fregatte Bayern bereits ausgelaufen ist, um an ruhmreiche Taten am Beginn des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen. Seit den Zeiten Kaiser Wilhelms wissen wir: Der Chinese versteht nur die Sprache der Waffen. Lassen wir uns nicht einlullen vom Gesäusel um die neue Seidenstraße und von beiderseitigem Vorteil durch Handel und Wandel. Es geht um unseren Vorteil! Und ganz nebenbei: Unsere Werften sind ohnehin unterbeschäftigt; da kommt jeder Auftrag der Bundesmarine sehr gelegen und nützt uns – und nicht dem Koreaner oder dem Chinesen. Die Marine ist unsere Zukunft.

Ahoi!

Alex von Lingua, Feldpostmeister

# Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

### Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich  Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig  Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

### Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

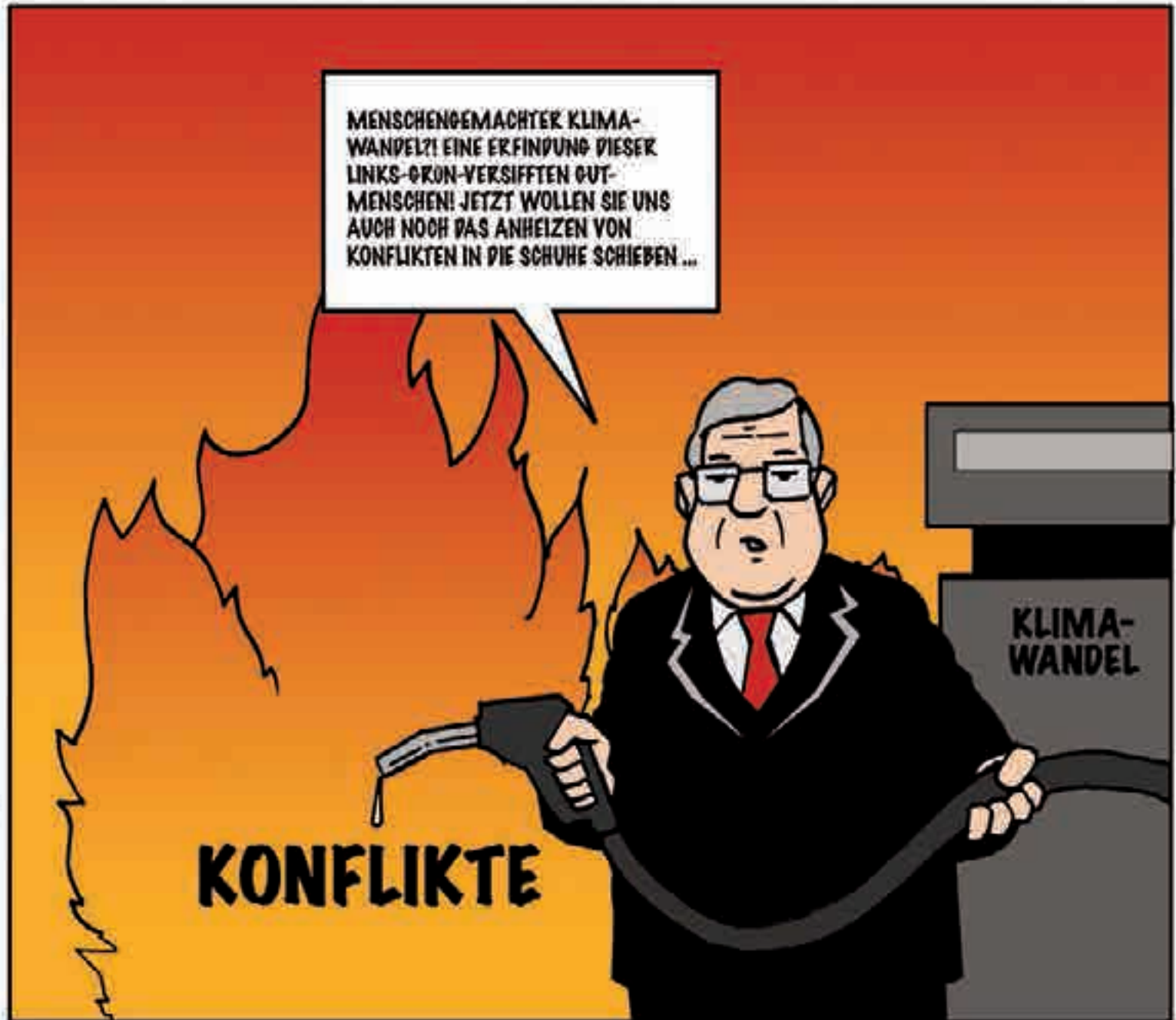
Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto  
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00  
BIC: BFSWDE33XXX



# Die ZivilCourage-Karikatur



**Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!**

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband  
Hornbergstraße 100  
70188 Stuttgart



**Die Grundsatzklärung der DFG-VK:**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher erntschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.